OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Mai 2020

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2020

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 23. April 2020

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Weltwirtschaft: Tiefer Abschwung für 2020 erwartet, große Unsicherheit über den Verlauf der Erholung 6

Kasten: EZB-Rat schnürt umfangreiches geldpolitisches Maßnahmenpaket in Reaktion auf den Ausbruch des Coronavirus (Covid-19) im Euroraum 12

CESEE: Starker Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität im Jahr 2020 gefolgt von einer zögerlichen Erholung 14

Österreich: Konjunktur auf Talfahrt 21

Kasten: Probleme der Inflationsmessung aufgrund der COVID-19-Krise 29

Niedrige Zinssätze als unterstützende Rahmenbedingung für die Bewältigung der Coronakrise 31

Gutes Jahresergebnis 2019 für Österreichs Kreditinstitute 33

Annex 35

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 5. März bis 20. April 2020 36

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 42

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die COVID-19 Pandemie hat die Aussichten für die Entwicklung der Weltwirtschaft in kürzester Zeit auf den Kopf gestellt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet in seiner Prognose vom 14. April 2020 einen Rückgang des globalen realen BIP um 3,0% im Jahr 2020. Gegenüber der letzten Prognose vom Jänner bedeutet dies eine Abwärtsrevision um 6,3 Prozentpunkte. Der Euroraum ist mit einem prognostizierten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 7,5% stärker betroffen als die Weltwirtschaft. Für 2021 erwartet der IWF einen starken Anstieg des globalen Wirtschaftswachstums auf 5,8%. Diese Prognose ist jedoch aufgrund der Einzigartigkeit der aktuellen Situation mit einem hohen Ausmaß an Unsicherheit behaftet.

In den meisten Ländern wurden teils drastische Maßnahmen zur Bekämpfung der weiteren Ausbreitung des Virus getroffen, die weitreichende Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivitäten zur Folge haben. Diese werden von geld- und fiskalpolitischen Reaktionen zur Abfederung dieser Effekte flankiert.

Das Eurosystem hat rasch eine Vielfalt von Maßnahmen beschlossen. In einem ersten Schritt beschloss der EZB-Rat am 12. März 2020 eine Reihe geldpolitischer Maßnahmen, um die Liquiditätsversorgung sicherzustellen und damit Finanzierungsbedingungen für private Haushalte, Unternehmen und Banken im Euroraum zu unterstützen. In den folgenden Tagen und Wochen, in denen das volle Ausmaß der Coronavirus-Krise klarer wurde, folgten weitere Schritte. Insgesamt führten diese zu einem umfassenden Maßnahmenpaket, das sicherstellen soll, dass alle Sektoren durch günstige Finanzierungsbedingungen in die Lage versetzt werden, den Schock bestmöglich aufzufangen. Dies gilt gleichermaßen für private Haushalte, Unternehmen, Banken und öffentliche Haushalte.

Die Österreichische Bundesregierung verabschiedete bislang drei Gesetzespakete mit Maßnahmen im Ausmaß von 38 Mrd EUR; darüber hinaus wurden bisher 5 Mrd EUR für Kurzarbeit zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahmen zielen einerseits auf eine Stärkung der Liquidität und Solvenz der Unternehmen ab, andererseits werden direkte Auszahlungen an Selbstständige und Unternehmen vorgenommen. Die OeNB legt den Schwerpunkt ihrer Konjunkturbeobachtung derzeit auf die Analyse zeitnah verfügbarer Indikatoren. Die starken Rückgänge im Stromverbrauch (-21%) und der LKW-Fahrleistung (-35%) zwischen Anfang März bis Mitte April verdeutlichen die Stärke des Einbruchs. Durch die Schließungen von Unternehmen ist die Zahl der Arbeitslosen in einem Ausmaß gestiegen, das mit keiner der vorangegangenen Rezessionen in der Zweiten Republik vergleichbar ist. Die Zahl der Arbeitslosen stieg Mitte März um 237.000 im Jahresabstand. Eine noch weit größere Anzahl von Beschäftigten ist von Kurzarbeit betroffen (Stand 13. April: 704.000).

In der großen Bandbreite der aktuellen Prognoseszenarien für das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahr 2020 spiegelt sich die ungewöhnlich hohe Unsicherheit der aktuellen Situation wider. Die im März und April veröffentlichten Szenarien reichen von einem Einbruch um -2% bis zu -9%. Eine aktuelle Branchenanalyse der OeNB zeigt, dass der Bereich Beherbergung und Gastronomie mit Abstand am stärksten betroffen ist und aufgrund der schwachen finanziellen Ausstattung sehr vulnerabel ist. Reisebüros und Reiseveranstalter leiden unter einem fast vollständigen Umsatzeinbruch und sind darüber hinaus von angebotslimitierenden Faktoren betroffen. Die Krise trifft auch die Bereiche Sport und Unterhaltung sowie die sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen massiv.

[1] Autor: Gerhard Fenz, Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Weltwirtschaft: Tiefer Abschwung für 2020 erwartet, große Unsicherheit über den Verlauf der Erholung[2]

Covid-19-Pandemie verursacht hohe und steigende Verluste an Menschenleben weltweit

Vor wenigen Monaten war die Coronavirus-Mutation SARS-CoV-2 noch völlig unbekannt. Im Zuge der regen Reisetätigkeit rund um den chinesischen Jahreswechsel, verbreitete sich Covid-19 Ende Jänner 2020 in die großen chinesischen Metropolen, von wo aus das Virus seine Reise in die ganze Welt antrat.

Um Menschenleben zu schützen und um die Funktionsfähigkeit der Gesundheitssysteme zu erhalten, wurden drastische Maßnahmen der Isolierung und sozialen Distanzierung, sowie Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivitäten verordnet. Der aktuelle Ausnahmezustand hat im Verlauf des März 2020 alle großen Wirtschaftsräume der Welt erfasst und strapaziert zurzeit die jeweiligen Gesundheitssysteme sowie das soziale und ökonomische Gefüge in einem nicht für möglich gehaltenem Ausmaß.

Die hohe Unsicherheit über den Verlauf der Covid-19-Pandemie macht wirtschaftliche Prognosen nahezu unmöglich

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet in seiner Prognose vom 14. April 2020 einen Rückgang des globalen realen BIP um 3,0% im Jahr 2020; dies ist deutlich stärker als während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 bis 2009. Im Jahr 2009 schrumpfte die Weltwirtshaft um 0,1%. In seinem Baseline-Szenario, welches ein Verschwinden der Pandemie und eine graduelle Rücknahme der Beschränkungen im zweiten Halbjahr 2020 annimmt, erwartet der IWF einen starken Anstieg des globalen Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 auf 5,8%, da sich Dank der wirtschaftspolitischen Hilfsmaßnahmen die wirtschaftliche Aktivität wieder rasch normalisiert. Doch wie realistisch ist dieser V-förmige Verlauf?

Prognose des Internationalen Währungsfonds zum realen Weltwirtschaftswachstum

	Wachstumsrate in %				Revision ggü. Jänner in Prozentpunkten	
	2018	2019	2020	2021	2020	2021
Welt gesamt	3.6	2.9	−3.0	5.8	−6.3	2.4
USA	2.9	2.3	−6.9	4.7	−7.9	3.0
Euroraum	1.9	1.2	−7.5	4.7	−8.8	3.3
Deutschland	1.5	0.6	−7.0	5.2	−8.1	3.8
Frankreich	1.7	1.3	−7.2	4.5	−8.5	3.2
Italien	0.8	0.3	−9.1	4.8	−9.6	4.1
Spanien	2.4	2.0	−8.0	4.3	−9.6	2.7
Japan	0.3	0.7	−5.2	3.0	−5.9	2.5
Vereinigtes Königreich	1.3	1.4	−6.5	4.0	−7.9	2.5
China	6.7	6.1	1.2	9.2	−4.8	3.4
Welthandel (Volumen)	3.8	0.9	−11.0	8.4	−13.9	4.7

Quelle: IWF, World Economic Outlook, April 2020.

Der IWF betont, dass die Prognose mit extrem hoher Unsicherheit behaftet ist. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sind von einer Reihe von Faktoren abhängig, die auf eine komplexe und schwer vorhersehbare Art miteinander interagieren.

[2] Thomas Scheiber (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Darunter fallen der Verlauf der Pandemie selbst, die Intensität und Dauer der Beschränkungen, das Ausmaß der Produktionsunterbrechung und Arbeitslosigkeit, die Auswirkungen der Verschärfung der globalen Finanzierungsbedingungen, Verhaltensänderungen von Konsumenten (z.B. Vermeidung von großen Menschenansammlungen in Einkaufszentren, von öffentlichem Verkehr, Fern- und Dienstreisen) und Unternehmen (z.B. Re-Orientierung von Wertschöpfungsketten, Investitionszurückhaltung), Vertrauenseffekte und volatile Rohstoffpreise. Vor diesem Hintergrund überwiegen laut IWF die Abwärtsrisiken.

Daher hat der IWF zusätzlich zur Baseline drei Szenarien mit unterschiedlichen Verläufen der Covid-19-Pandemie gerechnet. Im ersten Szenario dauert die Eindämmung der Pandemie 50% länger als im Baseline Szenario; dies führt zu mehr Firmenschließungen und einem dauerhaft niedrigen Kapitalstock. Niedrigeres Potentialwachstum, höhere Finanzierungskosten und stärkerer Vertrauensverlust führen zu einem Rückgang des globalen realen BIP um weitere 3 Prozentpunkte um insgesamt -6% für 2020 und einem weniger dynamischen Aufschwung 2021 mit 3% Wachstum. Das zweite Szenario berücksichtigt einen erneuten, jedoch milderen Ausbruch der Pandemie im Jahr 2021. Dies würde das globale Wachstum im Jahr 2021 um 5 Prozentpunkte gegenüber der Baseline auf 0,8% reduzieren. Das dritte Szenario kombiniert beide Annahmen (50% längerer Verlauf und erneuter Ausbruch in 2021). Dabei kommt es nun auch zum Auftreten nicht-linearer Effekte sowohl durch erhöhte Unsicherheit an den Finanzmärkten (i.e. höheren Finanzierungskosten) als auch durch Verlagerungen internationaler Produktionsketten. Im Ergebnis fällt das globale reale BIP um -6% im Jahr 2020 und um -2% im Jahr 2021, wobei Schwellenländer auf Grund limitierter Fiskalpolitik noch stärker betroffen wären.

Grundsätzliche makroökonomische Wirkungszusammenhänge[3]

Der Grund für den außergewöhnlich starken Wirtschaftseinbruch liegt in der Natur des Schocks.[4] Makroökonomisch betrachtet stellt die Covid-19-Pandemie zunächst einen Angebotsschock dar. Infektionen reduzieren das Arbeitsangebot und die Beschäftigung und erhöhen die Gesundheitsausgaben. Die verordneten gesundheitlichen Eindämmungsmaßnahmen (Quarantäne, Herunterfahren von wirtschaftlichen Aktivitäten, soziale Distanzierung) reduzieren die Mobilität und treffen insbesondere jene Wirtschaftssektoren, die auf soziale Interaktionen angewiesen sind (bspw. Reisen, Beherbergung, Restaurants, Sport- und Kulturveranstaltungen, persönliche Dienstleistungen). Die Schließung von Arbeitsstätten und Grenzen unterbricht (internationale) Produktionsketten und senkt die Produktivität. Die Folgen diese Angebotsschocks sind Kündigungen, Einkommensverluste, Angst vor Ansteckung und erhöhte Unsicherheit, welche zu einem Nachfrageschock führen, da private Haushalte und Unternehmen weniger ausgeben. Dieser Nachfrageausfall führt in Folge zu weiteren Kündigungen und Unternehmensschließungen im Inland, sowie zu negativen Rückkopplungen bei den Handelspartnern im Ausland, welche die Auswirkungen der Krise verstärken.

Eine weitere Verstärkung der Krise erfolgt zudem über Rückkopplungen zwischen der Realwirtschaft und den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten. Die Bewertung vieler Vermögensgüter ist vom Barwert des Stroms der zukünftigen Zahlungen abhängig. Die plötzliche Unterbrechung der wirtschaftlichen Aktivitäten in Folge der Covid-19-Maßnahmen sowie die

[3] Siehe International Monetary Fund, World Economic Outlook, 14. April 2020; Luca Fornaro and Martin Wolf, Coronavirus and macroeconomic policy, Vox CEPR policy portal, 10. März 2020.

[4] Für eine rezente Gegenüberstellung der Covid-19-Krise mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Euroraum siehe A. Breitenfellner und P. Ramskogler, 2020. How deep will it fall? Comparing the euro area recessions of 2020 and 2009, SUERF Policy Note, Issue 150.

einhergehende Unsicherheit führen zu starken Preiskorrekturen an den Finanzmärkten. Anleger und Investoren flüchten in sichere Anlagen, Fonds und Unternehmen versuchen ihre Liquiditätspuffer zu erhöhen, um ihren kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Praktiken wie *margin calls*, höhere Abschläge auf hinterlegte Sicherheiten (*hair cuts*), Abstufungen im Kreditrating oder spekulative Leerverkäufe verstärken diese Dynamik und können Notverkäufe auslösen. Dadurch steigen Finanzierungskosten bzw. Refinanzierungen und Kredite werden verknappt, was den Fortgang der wirtschaftlichen Tätigkeiten zusätzlich erschwert. Besonders betroffen sind jene Wirtschaftssektoren, die (schon vor der Krise) ein relativ höheres Ausfallsrisiko aufweisen. Steigende Arbeitslosigkeit erhöht zusätzlich das Risiko von Kreditausfällen im Haushaltssektor. All diese Effekte werden über internationale Finanznetzwerke vervielfacht und treffen insbesondere jene Länder, die auf die Finanzierung ihrer Schulden durch das Ausland relativ stärker angewiesen sind. Plötzliche Kapitalabflüsse durch ausländische Banken und Investoren können in einigen Schwellen- und Entwicklungsländern zu Währungs- und Schuldenkrisen führen. Tatsächlich haben schon über 90 Länder beim IWF ihr Interesse an finanzieller Notfallunterstützung angemeldet, bis zum 16. April hat das IWF *Executive Board* bereits 17 Anträge genehmigt.[5]

Die schwächere globale Nachfrage drückt auch auf die Rohstoffpreise, wobei besonders der Ölpreis seit dem Jahresanfang um über 50% eingebrochen ist. Rohstoffexportierende Länder spüren daher zusätzlichen Druck auf ihre öffentlichen Finanzen und auf die Realwirtschaft.

Schließlich führt der kombinierte Angebots- und Nachfrageschock zu starken Anstiegen der öffentlichen Verschuldung. Zunächst steigen die Gesundheitsausgaben. Mit dem Anspringen der automatischen Stabilisatoren steigen zudem die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik und gleichzeitig sinken die Staatseinnahmen aus Steuern und Abgaben. Historisch einzigartig sind die bisher beschlossenen Fiskalpakete, um den Zusammenbruch ganzer Wirtschaftssektoren zu verhindern und den Einnahmeausfall des privaten Sektors teilweise zu kompensieren. Wenn große und kleine Unternehmen mit eigentlich nachhaltigen Geschäftsmodellen die Krise nicht überleben und massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden, ist eine rasche Erholung der Wirtschaft nach Eindämmung der Pandemie ausgeschlossen. Diese Maßnahmen implizieren neben einem Anstieg der privaten Verschuldung auch einen raschen Aufbau von öffentlichen Schulden. Damit kehrt nach der Überwindung der Pandemie die Frage nach der Schuldentragfähigkeit[6] zurück – welche auf Grund der unvollendeten Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion den Euroraum jetzt schon trifft.

Stimmungsindikatoren und Frühindikatoren signalisieren einen tiefen Abschwung

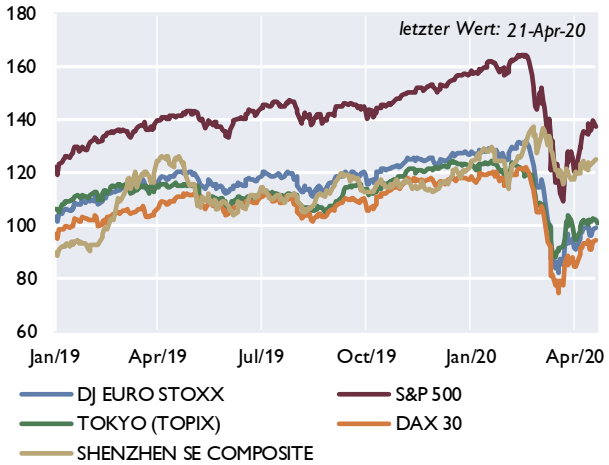
Die ökonomischen Auswirkungen sind bereits in jenen Ländern in den Wirtschaftsdaten sichtbar, die zuerst von der Pandemie betroffen waren. Chinas Industrieproduktion, Einzelhandelsumsätze und Anlageinvestitionen brachen bereits im Jänner und Februar 2020 ein. Mit dem Ausbruch der Covid-19-Krise in Italien und weiteren europäischen Ländern kam es zu heftigen Korrekturen an den internationalen Aktienbörsen. Die Flucht in sichere Anlagen (bspw.

[5] Siehe IWF website https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/COVID-Lending-Tracker. Unter den genehmigten Anträgen befinden sich jene für Albanien, Kosovo und Nordmazedonien (Rapid Financing Instrument).

[6] Ein häufig genannter Indikator der Schuldentragfähigkeit öffentlicher Haushalte ist die Staatsschuldenquote. Sie wird berechnet als Schulden des Gesamtstaates dividiert durch das nominale BIP. In einer Rezession steigt die Staatsschuldenquote rasch, da sich nicht nur der Zähler „Gesamtschuldenstand“ erhöht (bspw. auf Grund eines Budgetdefizits), sondern auch der Nenner „nominales BIP“ schrumpft.

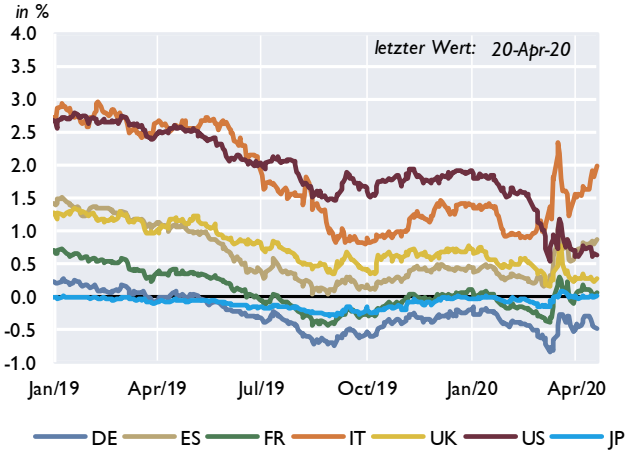
deutsche oder U.S. amerikanische Staatsanleihen oder Gold) und zeitweise auch in Sichteinlagen führten zu starken Preisausschlägen auf den Märkten für Staatsanleihen. Resolutes Eingreifen der Federal Reserve und des Eurosystems führten zu einer gewissen Beruhigung.

Aktienmärkte *1.1.2015=100*



Quelle: Macrobond.

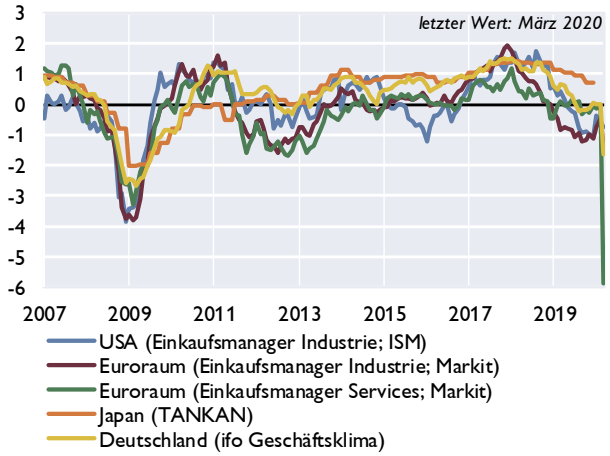
Zinsen 10-jährige Staatsanleihen



Quelle: Macrobond.

Geschäftsklima Indikatoren

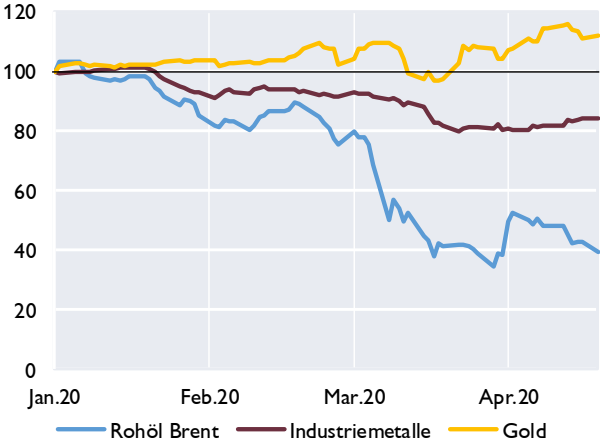
Abweichung vom Mittelwert des Indikators relativ zur Standardabweichung.



Quelle: IFO, Markit, ISM, ESRI, eigene Berechnungen.

Rohstoffpreise

Index 2. Jänner 2020 = 100 *Letzter Wert: 20-Apr-20*



Quelle: Macrobond, eigene Berechnungen.

Die rasche Eintrübung der Wachstumsaussichten zuerst in China und dann weltweit löste einen starken Rückgang der Rohstoffpreise für Industriemetalle aus. Die massive Einschränkung der Reisetätigkeit und der Einbruch der Industrieproduktion dürften laut Internationaler Energie Agentur die globale Nachfrage nach Rohöl im laufenden Jahr um durchschnittlich 9% reduzieren, wobei für das zweite Quartal ein Nachfrageausfall von rund 23% erwartet wird. Zusätzlich kündigten die OPEC und Russland am 6. März an, ihre Förderbeschränkungen aufzuheben und das globale Ölangebot ab 1. April um 5 Mio. Fass/Tag auszuweiten[7]. Auf Druck der G20 lenkten die OPEC und Russland am 9. April ein und versprachen ab 1. Mai die globale Angebotsmenge um rund 10% zu senken. Außerdem forderten sie von den USA, das Angebot zu drosseln, um zu verhindern, dass die Lagerkapazitäten sich erschöpfen.[8]

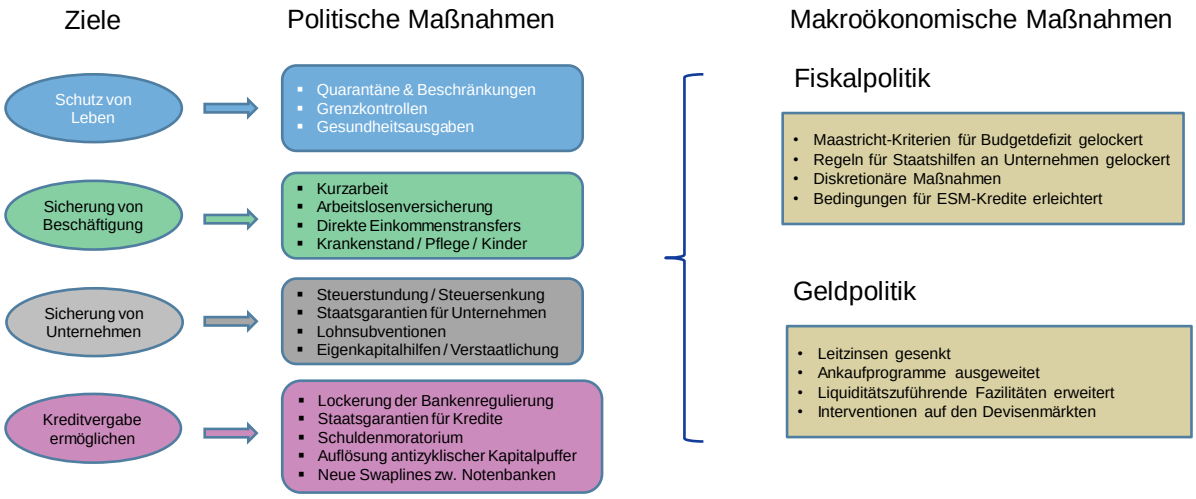
[7] Fünf Millionen Fass/Tag entsprachen im ersten Quartal 2020 in etwa 5% des globalen Rohölverbrauchs/Tag.

[8] International Energy Agency. Oil Market Report, April 2020. https://www.iea.org/topics/oil-market-report.

Umfassende wirtschaftspolitische Maßnahmen sind nötig, um einen raschen Aufschwung zu ermöglichen

Vor dem Hintergrund der sich entfaltenden dramatischen Gesundheits- und Wirtschaftskrise im Jahr 2020 waren und sind rasche, umfassende und massive wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. Die folgende schematische Darstellung gibt einen Überblick über den Mix an gesundheits- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die insbesondere in den Industriestaaten umgesetzt worden sind, um folgende Ziele zu erreichen: nämlich Menschenleben zu schützen, den Fortbestand von Beschäftigung und Unternehmen während der Beschränkungen zu sichern und die Vergabe von Krediten aufrecht zu erhalten.[9]

Expansive Geld- und Fiskalpolitik unterstützen die umfassenden politischen Maßnahmen zur Sicherung von Menschenleben und Wirtschaft



Anmerkung: Schematische Darstellung, die vor allem auf die Reaktionen in der EU abstellt.

Da einzelne Wirtschaftssektoren sehr unterschiedlich von der Krise betroffen sind, wurden die Fiskal-, Geld- und Finanzmarktstabilitätspolitik teilweise sektorspezifisch ausgestaltet. Generell zielen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen darauf ab, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Akteuren während der Zeit der Beschränkungen zu retten, damit das wirtschaftliche Leben Hand in Hand mit der allmählichen Zurücknahme der Beschränkungen zügig wieder aufgenommen werden kann; d.h. der erwartete Verlust an Potentialwachstum möglichst gering ausfällt.

Wenn sich ein Ende der Pandemie abzeichnet, dann wird allerdings ein zusätzlicher breit angelegter fiskalischer Impuls nötig sein, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das Vertrauen in die Wirtschaft zu stärken. Die Rückkehr zum Potentialoutput wird auf Grund der zu erwartenden schweren globalen Rezession ein langer Weg sein, gerade vor dem Hintergrund der zu erwartenden Häufung von Insolvenzen privater Haushalte und Unternehmen, der zu erwartenden hohen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und der Verlagerung internationaler Produktionsketten.

Die geldpolitischen Maßnahmen der großen Zentralbankender letzten Wochen umfassten sowohl geldpolitische Lockerungen als auch Liquiditätssichernde Maßnahmen, um systemischen

[9] Einen länderweisen Überblick der umgesetzten wirtschafts- und gesundheitspolitischen Maßnahmen bieten die websites der OECD (https://www.oecd.org/coronavirus/en/#) und des IWF (https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Policy-Responses-to-COVID-19).

Stress an den Finanz- und Kapitalmärkten zu reduzieren. Diese Maßnahmen haben das Vertrauen gestärkt und die negativen Rückkopplungen zwischen Real- und Finanzwirtschaft gedämpft. Ziel ist es, die Finanzierungskosten günstig zu halten, um einen tieferen Abschwung zu vermeiden und ausreichend Kapital für die Finanzierung des Aufschwungs parat zu haben. Wesentlich dafür sind auch die Maßnahmen im Bereich der Regulierung und makroprudenziellen Politik, die unter anderem eine rasche Nachverhandlung von Kreditverträgen privater Haushalte und Unternehmen ermöglichen soll, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind oder noch geraten werden.

Euroraum: Asymmetrische Auswirkungen erfordern gemeinsames Handeln

Aus der regionalen Verteilung der Zahl der Covid-19-Todesfälle zeichnet sich ab, dass die einzelnen Euroraumländer recht unterschiedlich von der Covid-19-Pandemie betroffen sind. Makroökonomisch stellt dies einen asymmetrisch wirkenden Schock für die Währungsunion dar, der einen koordinierten wirtschaftspolitischen Impuls erforderlich macht.

Das Eurosystem hat rasch und entschlossen eine Vielfalt von Maßnahmen beschlossen, die Geldpolitik weiter zu lockern, die Liquiditätsversorgung zu sichern, die Finanzmarktstabilität zu stärken und eine Fragmentierung des Währungsraums abzuschwächen[10].

Die beschlossenen gesundheits- und fiskalpolitischen Maßnahmen waren zu Beginn der Krise nationale Alleingänge und ließen die europäische Perspektive vermissen. Dies birgt die Gefahr, dass sich die asymmetrischen Auswirkungen des Schocks eher verstärken, da die stärker betroffenen Staaten Griechenland, Italien und Spanien auf Grund ihrer hohen Staatsschuldenquote relativ kleine Maßnahmenpakete schnüren, was mittelfristig das Potentialwachstum reduzieren und ein Herauswachsen aus der Krise und der krisenbedingt stark steigenden Verschuldung erschweren dürfte.[11] Vor dem Hintergrund dieser ungleichen Belastung hat die Eurogruppe am 9. April 2020 ein 3-teiliges Soforthilfepaket beschlossen.[12] Das Paket mit einer Gesamthöhe von 500 Mrd EUR (4% des Euroraum BIP) umfasst vorsorgliche Kreditlinien beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit eingeschränkter Konditionalität (rund 240 Mrd EUR.), Garantien der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Darlehen an Unternehmen, sowie eine temporäre Arbeitslosenrückversicherung für Hilfskredite an Mitgliedsstaaten zur Finanzierung von Kurzarbeit und Einkommensersatzhilfen an Selbständige (insgesamt 100 Mrd EUR). Noch in Diskussion ist ein großes EU-weites Konjunkturpaket im Ausmaß von 1.000 Mrd EUR. Dabei wolle man – zusätzlich zur Solidarität – auch auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen fokussieren und das erforderliche Maß an Konditionalität berücksichtigen.

Die Europäische Kommission betont, dass internationale Kooperation essenziell ist, um erstens die Verbreitung des Virus zu verlangsamen und Therapien und Impfstoffe zu entwickeln. Zweitens bleibt ein Ausstieg aus dem Ausnahmezustand ohne internationale Kooperation notwendigerweise unvollständig; dies gilt insbesondere für die kleinen offenen Volkswirtschaften des Euroraums, die sowohl untereinander und als auch mit den wichtigsten Wirtschaftsregionen der Welt stark verflochten sind. Die EU-Kommission hat gemeinsam mit dem Präsidenten des Europäischen Rates einen Fahrplan mit Empfehlungen und Kriterien für die Aufhebung der

[10] Ein Überblick der Maßnahmen des Eurosystem findet sich im Kasten am Ende dieses Beitrags bzw. auf der EZB website.

[11] Siehe Anderson, J. et al. 2020. The fiscal response to the economic fallout from the coronavirus. Bruegel Datasets. https://www.bruegel.org/publications/datasets/covid-national-dataset/

[12] Siehe Eurogroup Presseaussendung vom 9. April 2020. https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/04/09/report-on-the-comprehensive-economic-policy-response-to-the-covid-19-pandemic/

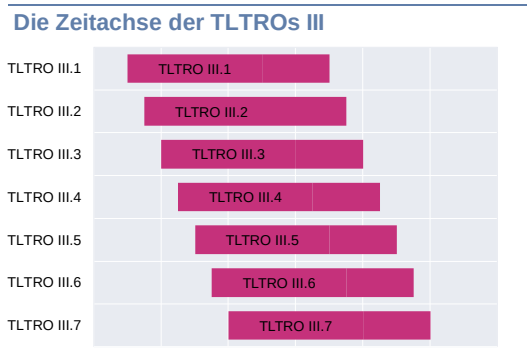
Corona-Maßnahmen vorgelegt. Dieser koordinierte europäische Plan für eine schrittweise Rückkehr zur Normalität geht allerdings nur mit dem richtigen Timing und unter der Voraussetzung auf, dass sich alle Länder an gemeinsame Kriterien halten.[13]

Kasten: *EZB-Rat schnürt umfangreiches geldpolitisches Maßnahmenpaket in Reaktion auf den Ausbruch des Coronavirus (Covid-19) im Euroraum*[14]

In einem ersten Schritt beschloss der EZB-Rat am 12. März 2020 eine Reihe geldpolitischer Maßnahmen, um die Liquiditäts- und Finanzierungsbedingungen für private Haushalte, Unternehmen und Banken im Euroraum zu unterstützen. In den folgenden Tagen und Wochen, in denen das volle Ausmaß der Coronavirus-Krise klarer wurde, folgten weitere Schritte. Insgesamt führten diese zu einem umfassenden Maßnahmenpaket, das sicherstellen soll, dass alle Sektoren der Euroraum-Volkswirtschaft durch günstige Finanzierungsbedingungen in die Lage versetzt werden, den Schock bestmöglich aufzufangen. Dies gilt für Familien, Unternehmen, Banken und öffentliche Haushalte gleichermaßen.

Damit es zu keinem langfristigen Schaden im Sinn einer Beeinträchtigung des langfristigen Wachstumspotenzials durch die Coronavirus-Krise kommt, müssen die Wirtschafts- bzw. Produktionsstrukturen soweit wie möglich aufrechterhalten werden. Das Eurosystem mobilisiert mit seinen Maßnahmen das Bankensystem, um Unternehmen mit Betriebskapital zu versorgen, damit sie ihre Beschäftigten und ihre Rechnungen weiterhin bezahlen können. Die Wirtschaft im Euroraum ist bankbasiert. Die Förderung der Kreditvergabe trägt also dazu bei, dass die Liquidität rasch jeden Bereich der Wirtschaft erreicht.

- *Um unmittelbar Liquiditätsunterstützung für Banken im Euroraum zur Verfügung zu stellen, werden vorübergehend einmal pro Woche zusätzliche langfristige Refinanzierungsgeschäfte (LRG) zu einem Fixzinssatz mit voller Zuteilung durchgeführt. Der Zinssatz, zu dem sich Banken dabei Liquidität leihen können, entspricht erstmals bei einem Geschäft ohne Bedingungen dem durchschnittlichen Zinssatz für die Einlagefazilität während der Laufzeit des jeweiligen Geschäfts (derzeit −0,5%). Oder anders ausgedrückt, Banken erhalten für ihre Ausleihungen vom Eurosystem 0,5% Zinsen. Alle langfristigen Refinanzierungsgeschäfte dieser Art laufen am 24. Juni 2020 aus; das ist der Zeitpunkt zu dem das nächste gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäft (TLTRO III) angeboten wird, sodass die Banken auf diese Fazilität umsteigen können.*



Quelle: OeNB.

- *Die Bedingungen der bereits bestehenden gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) werden für den Zeitraum von Juni 2020 bis Juni 2021 deutlich günstiger gestaltet. Diese Geschäfte sollen die Kreditvergabe an jene stützen, die am stärksten von der Ausbreitung des Coronavirus betroffen sind, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Über diese gezielten Kreditlinien wird den Banken zu einem negativen Zinssatz Liquidität im Ausmaß von bis zu 3 Billionen EUR zur Verfügung gestellt. Die Untergrenze für den negativen Zinssatz liegt dabei bei −0,75%. Das ist der niedrigste Zinssatz, der jemals vom Eurosystem angeboten wurde. Die Laufzeit aller TLTROs III liegt bei drei Jahren, sie können aber nach einem Jahr vorzeitig zurückgezahlt werden.*

[13] Details zum Fahrplan siehe https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_652.

[14] Autorin: Claudia Kwapil (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

- *Damit Banken diese Kreditlinien voll ausschöpfen können, wurde darüber hinaus ein gezieltes Maßnahmenpaket zur Lockerung der Kriterien für Kreditsicherheiten geschnürt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf kleineren Unternehmen, Selbstständigen und Privatpersonen. Die NZBen des Eurosystems können bei ihren Kreditgeschäften Darlehen der Banken an Unternehmen und Selbstständige als Sicherheiten akzeptieren, die von einem Covid-19-Garantiesystem abgedeckt sind. Auch kleinere Kredite sind als Sicherheiten zugelassen. Durch diese Maßnahmen wird es für Banken attraktiver, Kredite an Kleinstunternehmen und Einzelunternehmer zu vergeben, die in der Regel einen weniger guten Zugang zu Krediten haben.*
- *Um die Schwierigkeiten bei der US-Dollar-Finanzierung von Banken im Euroraum abzufedern, wurde das seit dem Jahr 2011 bestehende Netzwerk von Währungsswap-Linien zwischen der Bank of England, der Bank of Canada, der Bank of Japan, der Federal Reserve, der Schweizerischen Nationalbank und der EZB, über die die teilnehmenden Zentralbanken Währungen voneinander erhalten können, reaktiviert. Das Eurosystem bietet im Rahmen dieser Swap-Linien Banken im Euroraum US-Dollar-Liquidität mit einer Laufzeit von einer Woche bzw. drei Monaten an. Dieses Angebot gilt so lange, wie es für das reibungslose Funktionieren der Refinanzierungsmärkte in US-Dollar notwendig ist.*
- *In einem ersten Schritt wurde am 12. März 2020 der Rahmen des bestehenden Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) vorübergehend bis Ende des Jahres 2020 um zusätzliche Nettoankäufe in Höhe von 120 Mrd EUR erweitert.*
- *In einem zweiten Schritt wurde am 18. März 2020 zusätzlich das Pandemie-Notfall-Ankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) mit einem Gesamtumfang von 750 Mrd EUR ins Leben gerufen. Das PEPP umfasst alle Kategorien von Vermögenswerten, die im Rahmen des bereits bestehenden Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zugelassen sind. Zudem wurde die Bandbreite ankauffähiger Vermögenswerte im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) auf Commercial Paper von Nichtfinanzunternehmen ausgeweitet. So erhalten Unternehmen zusätzliche Unterstützung beim täglichen Cashflow-Management, und ein unnötiger Stellenabbau wird vermieden.*
- *Im Rahmen aller Ankaufprogramme (APP und PEPP insgesamt) wird das Eurosystem bis Ende 2020 Anleihen in Höhe von mehr als 1 Billion EUR erwerben. Die Käufe werden dabei was Anlageklassen und Länder betrifft flexibel gestaltet.*

Mit all diesen Maßnahmen versucht das Eurosystem, der prozyklischen Verschärfung der Finanzierungsbedingungen während einer der größten Rezessionen der Neuzeit entgegenzuwirken.

CESEE: Starker Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität im Jahr 2020 gefolgt von einer zögerlichen Erholung

OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder und Russland[15,16]

*Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie erwarten wir einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in der **CESEE-6-Region** um −4,5% im Jahr 2020. Für 2021 und 2022 gehen wir von einer Erholung des Wirtschaftswachstums auf 3,0% bzw. 3,3% aus. Damit wird das Bruttoinlandsprodukt in beiden Jahren niedriger ausfallen als noch vor der Krise angenommen. Abgesehen vom öffentlichen Konsum werden alle Komponenten des BIP negativ zum Wachstum beitragen. Der Absturz des privaten Konsums und der Investitionen führt zu einem ausgeprägten Rückgang der inländischen Nachfrage, was sich auch dämpfend auf die Importe auswirken wird. Gleichzeitig werden aufgrund der Schwäche der internationalen Nachfrage auch die Exporte schrumpfen. Die erwartete Erholung für 2021 und 2022 wird von einer höheren Dynamik der Binnennachfrage aufgrund eines positiven Basiseffekts und der fiskal- und geldpolitischen Stimuli getrieben. Exporte und Importe werden sich ebenso erholen, die Außenwirtschaft wird aber weiterhin nicht substanziell zum Wachstum beitragen.*

*Die **Risiken** für die vorliegende Prognose sind hoch und meist abwärtsgerichtet. Die größten Risiken gehen von der weiteren Entwicklung der COVID-Infektionen in CESEE und auch international sowie von den möglichen Auswirkungen der Krise auf internationale Wertschöpfungsketten aus.*

OeNB/BOFIT-BIP-Prognose 2020-2022 im Vergleich zum World Economic Outlook des IWF

	Eurostat/ Rosstat	OeNB/BOFIT April 2020			IWF World Economic Outlook April 2020			Differenzen zwischen OeNB und IMF		
					Prognose					
	2019	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
	Jahreswachstum in %							*in Prozentpunkten*		
CESEE-6	**3.9**	**-4.5**	**3.0**	**3.3**	**-4.9**	**4.8**	**..**	**0.4**	**-1.8**	**..**
Bulgarien	3.4	-6.4	4.3	3.7	-4.0	6.0	..	-2.4	-1.7	..
Kroatien	3.0	-7.6	4.2	4.5	-9.0	4.9	..	1.4	-0.7	..
Tschechien	2.5	-3.8	2.9	2.8	-6.5	7.5	..	2.7	-4.6	..
Ungarn	4.9	-3.5	3.2	3.9	-3.1	4.2	..	-0.4	-1.0	..
Polen	4.1	-4.3	2.8	3.3	-4.6	4.2	..	0.3	-1.4	..
Rumänien	4.2	-4.9	2.7	3.1	-5.0	3.9	..	0.1	-1.2	..
Russland	1.3	-3.0	2.0	1.8	-5.5	3.5	..	2.5	-1.5	..

Anmerkung: saisonbereinigte Daten für 2019.
Quellen: OeNB/BOFIT-Prognose April 2020, IWF, Eurostat, Rosstat.

*Die Corona-Pandemie und fallende Ölpreise haben sich erheblich auf die Wachstumsaussichten in **Russland**[17] ausgewirkt. Die russische Wirtschaft wird laut BOFIT im Jahr 2020 um −3% schrumpfen, bevor sich das Wachstum im Jahr 2021 im Gleichklang mit der Weltwirtschaft und aufgrund steigender Staatsausgaben wieder erholen wird (+2%). Abwärtsrisiken für diese Prognose sind signifikant und beruhen vor allem auf der weiteren Entwicklung von Rohstoffpreisen und dem weiteren Verlauf von COVID-Infektionen.*

[15] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

[16] Stichtag für die dieser Prognose zugrunde liegenden Daten: 30. März 2020 Die Projektionen für die CESEE-6-Länder – Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, die Tschechische Republik, und Ungarn – wurden von der OeNB erstellt; jene für Russland wurden von der Bank of Finland in Kooperation mit der OeNB ausgearbeitet. Die Projektionen beruhen auf der Annahme einer achtwöchigen Dauer der Eindämmungsmaßnahmen im Euroraum, gefolgt von einer langsamen Erholung im weiteren Verlauf von 2020.

[17] Die Ölpreisannahme der Bank of Finland bezieht sich auf Preisnotierungen für Brent-Terminkontrakte (Fünftagesdurchschnitt der Tagespreisnotierungen) mit Stichtag 3. April 2020. Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Terminkontrakte für Brent-Rohöl deuten darauf hin, dass sich der Ölpreis während des dreijährigen Prognosezeitraums leicht erholen wird (von 36 USD je Barrel in 2020 auf 39 USD je Barrel in 2021 und 42 USD je Barrel in 2022.

OeNB projections for CESEE-6: coronavirus pandemic has fueled uncertainty and will lead to a broad-based decline in economic activity

The outbreak of the coronavirus in China and its development into a worldwide pandemic is deemed to be the largest crisis since the end of World War II by many European policymakers. This crisis has thoroughly altered the outlook for the CESEE economies. Even before the outbreak of the pandemic, a slowdown in economic momentum for the CESEE region was evident, given the U.S.-China trade conflict, shrinking world trade amid weaker global growth in general, and a sluggish performance in Germany. In the fourth quarter of 2019, average quarter-on-quarter growth in the CESEE-6 countries stood at 0.7%, the lowest level in three years. Nevertheless, at 3.9%, average growth for the whole year 2019 came in only moderately lower than in 2018 (4.4%).

Since the beginning of the year, and even more so in recent weeks and days, a completely new situation has been rapidly unfolding. At the cutoff date for this forecast, far-reaching economic restrictions have been imposed across CESEE and the duration, coverage and extent of these restrictions remains unclear. For several sectors of the economy, activity has been brought close to a standstill and a general economic recession is becoming inevitable. The question how deep the recession is going to turn out, however, is surrounded by an extraordinarily high degree of uncertainty.

First, there is still a lack of hard data for February and March that could provide facts on the impact of the coronavirus pandemic on CESEE economies and that could inform projections for the following quarters. One of the few available figures is the latest release of the European Commission's Economic Sentiment Indicator (ESI). The March reading of the indicator for the CESEE-6 countries came in at an average of 97.3 points, 3.6 points lower than in the previous months. While this represents the lowest value since early 2014, the drop in the euro area's ESI reading was even more pronounced (–8.9 points to 94.5 points). The comparatively low decline in the CESEE-6 countries could be related to the timing of the fieldwork for the survey (between February 26 and March 23); it cannot be ruled out that most survey responses were collected before strict containment measures were enacted.

Second, the duration of shutdown measures (and consequently the depth and duration of recession) is wide open and depends on how well people will comply with hygiene and social distancing requirements and on the subsequent development of coronavirus infections.

Third, national authorities have entered partly uncharted territory with the policy measures taken to contain the economic fallout from the crisis. The current crisis is unique in that it stems from a politically imposed almost complete reduction in economic activity for public health reasons, resulting in a drastic shortage of supply and a subsequent loss of demand. Against this backdrop, previous crises can only partly serve as a blueprint for finding an adequate policy mix and gauging the current situation's implications for near and medium-term economic developments.

Fourth, individual sectors of the economy will be affected to a very different degree. While sectors like tourism, arts, cultural, recreational and sports activities, as well as large parts of wholesale and retail trade are literally lying idle, other sectors are running at full speed (e.g. health care, trade of daily consumer goods). The composition of the slump in economic activity will therefore differ markedly from previous crises. We have reason to expect that private consumption will collapse to a much greater extent than in previous recessions and – on the supply side – the service sector will not be able to act as a stabilizing element.

Fifth, given the very nature of this crisis, a rather swift rebound in economic activity after the lifting of containment measures cannot be ruled out. As most CESEE economies entered the current downturn in generally solid economic shape without any major macroeconomic imbalances, impediments to kick-starting economic activity should, in principle, be low. However, a swift rebound crucially depends on a number of factors: how long the shutdown measures last (the longer they last, the more likely they will have an impact on the growth potential), whether disruptions of the global value chains are of a temporary or permanent nature and how the international environment will evolve. The major regions of the world economy are sequentially entering the shutdown phase and the question arises whether the lifting of related measures will occur simultaneously or in a more staggered approach.

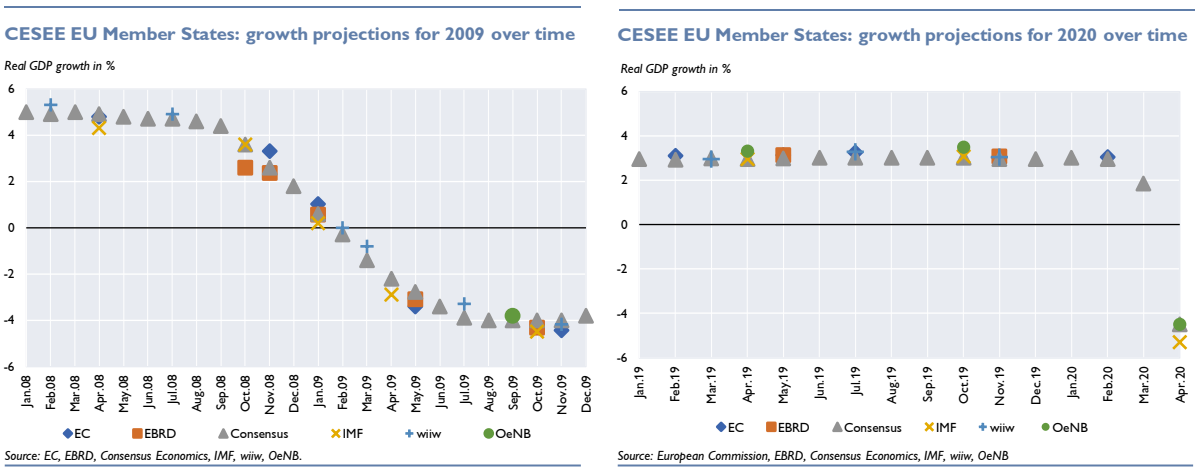
Decline in economic activity stronger than during great financial crisis

Given the lack of data available to capture the impact of the coronavirus pandemic, we assume a moderately negative shock to economic activity in the first quarter of 2020, a strongly negative shock in the second quarter of 2020 and, again, a moderately negative shock in the third quarter of 2020. Given positive base effects and catch-up effects buttressed by massive demand-side fiscal and monetary support, we have penciled in a moderately positive shock for 2021.

Against this backdrop, we project real GDP growth to decline to an average of –4.5% in 2020. This is a hard brake on economic activity compared to 2019 (+3.9%). The projected recession will be even deeper than in the year 2009 at the height of the global financial crisis (–1.8%), mostly because the Polish economy will no longer act as a stabilizing anchor for the region. On the country level, we expect output to decline, with rates ranging from –3.5% in Hungary to –7.6% in Croatia. The response to the shock will strongly depend on idiosyncratic factors such as the availability of fiscal space and the specific structure of the economy.

In general, we are currently witnessing an unprecedented decline in growth projections for the CESEE region as is shown by a comparison of different forecast vintages. This is illustrated in chart 1, which shows projections for the year 2009 at different points in time compared to projections for the current year.

Chart 1



For the year 2021, we see a muted recovery to an average growth rate of 3.0%, mainly on the back of positive base effects and fiscal and monetary stimuli for the region. Furthermore, we penciled in a somewhat stronger rebound of investment spending as the financing periods of the EU multiannual financial frameworks for 2014–2020 and 2021–2027 overlap. However, the level of economic activity will remain notably below the baseline of our previous forecast, not least

given second-round effects of the recession (e.g. higher unemployment, weaker wage growth and a deterioration in consumer confidence). Real GDP growth will return to positive levels in all CESEE-6 countries in 2021 and range from 2.7% in Romania to 4.3% in Bulgaria.

Economic dynamics in 2022 will be very much like those expected in 2021, with an average real GDP growth rate of 3.3% and a broadly similar range of outcomes at the country level as in the previous year.

Broad-based recession in 2020 affecting all GDP components

The downturn in 2020 will be broadly based and encompass all components of GDP except for public consumption. The largest negative growth contributions will come from private consumption, but gross fixed capital formation will have a largely equal negative impact on growth in Romania and Poland. In line with weaker projections for euro area import growth, CESEE-6 export growth will also substantially lose steam in 2020. Given the high import content of exports and fading domestic demand, however, we also project a strong decline in import growth. This translates into a roughly neutral growth contribution of the external sector.

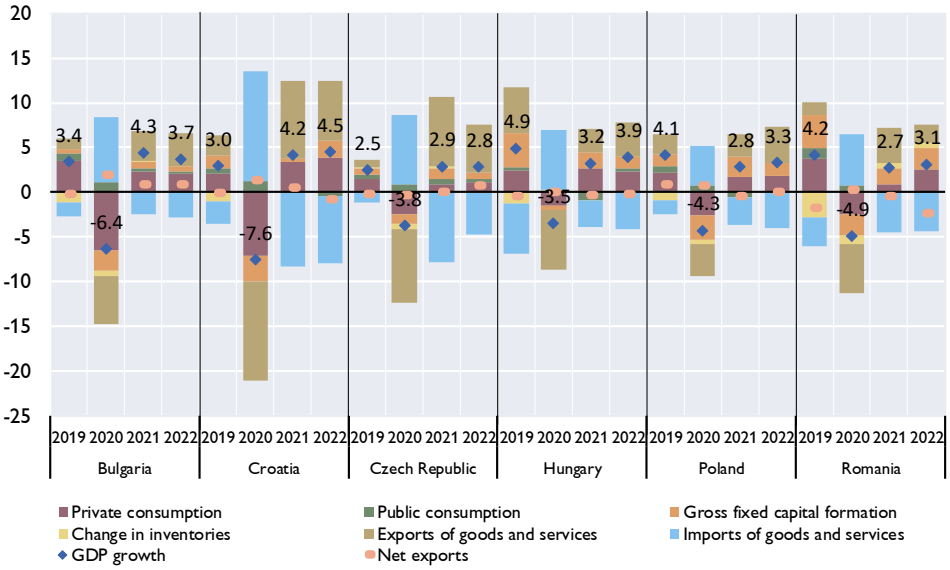
Comparing these trends with the experience of the 2009 recession, we expect a broadly similar decline of investments but a much larger contraction of private consumption in the current year than back then. Furthermore, the external sector will not act as a stabilizing element as it did in 2009, as the collapse of imports will not be more pronounced than the collapse of exports according to our projections. (Import growth in the global financial crisis had come down from very high and partly unsustainable levels.)

The recovery in 2021 and 2022 will be just as broadly based as the downturn in 2020, with all components of domestic demand bolstering GDP growth. The growth contribution of net exports will remain about neutral, as both, export and import growth are set to accelerate. Compared to 2009, we project a stronger rebound of domestic demand on the back of comprehensive monetary and fiscal measures and a larger base effect.

Chart 2

CESEE-6: GDP and GDP components

GDP contributions in percentage points, year-on-year GDP growth in %



Note: Realized data for 2019, projections for 2020 to 2022.
Source: Eurostat, OeNB.

Risks to projections are extraordinarily high and mostly tilted to the downside

As outlined above, the current situation is surrounded by an unusually high degree of uncertainty. Therefore, the risks to our CESEE-6 forecast are high and crucially depend on the accuracy of the assumed shocks our projections are based on.

The most important risk relates to the duration of the shutdown measures. Far-reaching restrictions to economic activity beyond the second quarter of 2020 represent the most important downside risk to our forecast. A quicker lifting of restrictions than assumed in our scenario represents an upside risk to our forecast. Furthermore, the possibility of repeated waves of infections (and shutdown measures) until the development of a vaccine also is a downward risk that could alter the outlook for 2021 and 2022.

Certainly, economic growth of the world economy, in general, or the euro area, in particular, could turn out higher (or lower) than assumed in our baseline scenario and would thus translate into higher (or lower) growth prospects for the CESEE-6 countries. A better than expected coordination of the international policy response to the approaching recession represents an upward risk to our projections. In our overall risk assessment, however, we conclude that the risks to external demand are tilted to the downside. The U.S.A. – the largest economy of the world and an important component of final demand for CESEE products – are currently developing into a hot spot of the coronavirus pandemic and infection is spreading at alarming speed. The U.S.A. have so far been rather reluctant to fight the spread of the virus, but the introduction of more full-fledged (European style) measures is becoming more likely. At the European level, there are still many uncertainties regarding the future relationship between the U.K. and the EU.

The coronavirus crisis could potentially accelerate the process of de-globalization that we have been witnessing in recent years and thus impact negatively on supply as well. The closing of European (and international) borders, the ensuing interruption of the free flow of goods and people and the consequent scarcity of supplies that are vital to our economies and health-care systems (the most prominent example being protective masks) could lead to a reconsideration of the current international division of labor. A shift or a complete dismantling of global production chains would be especially harmful for CESEE, as the region is tightly interwoven in such structures. However, in the medium term, the region could also benefit from a reallocation of production capacities from more remote destinations to Europe and closer to European consumer markets given the still existing wage advantage vis-à-vis Western Europe.

The CESEE-6 countries' ability to manage a quick economic recovery after the acute phase of the crisis might be impaired by a permanent loss of productive capacity, following waves of bankruptcies and surging unemployment. A shift in demand patterns and/or a substantial sectoral restructuring would render previous investment decisions and qualifications obsolete and thus cause notable hysteresis effects. While policy measures are being introduced to avoid such a scenario, it still represents a downside risk especially for the years 2021 and 2022.

Governments throughout CESEE are trying to shield companies, workers and households from the most severe consequences of the coronavirus-induced economic slump by lending fiscal support, which will lead to higher public debt. A drastic tightening of global financial conditions and/or the deterioration of sentiment could impinge on (re)financing this debt. The same is true for other European countries, especially those with already high debt levels. If the solvency of a core member of the euro area should be at risk, a general loss of confidence in the single currency could not only have detrimental effects on the euro area but also on the CESEE region. This represents a negative tail risk.

BOFIT-OeNB projection for Russia: Russian economy set to contract in 2020

Russia's GDP growth slowed down last year to 1.3% due to lower growth in private consumption resulting from the hike in value-added tax and because of shrinking exports. The coronavirus pandemic and falling oil prices have seriously eroded prospects for the Russian economy. Thus, we expect Russia's growth to turn negative this year, reaching –3%. Growth is expected to revive next year as the outlook for the global economy recovers and Russia's public sector spending rises further. The risk of a weaker than expected outcome is significant due to the uncertainty on commodity markets and effects of the coronavirus pandemic.

If the weakening of the global economy remains temporary, Russia is expected to stick to current spending plans. Under the approved 2020–2022 budget framework, public sector spending will increase by 6% to 7% a year in nominal terms. With the current oil price outlook, however, the net deficit will turn negative this year. Russia's ability to deal with external shocks is supported by the Russian government's comfortable financial position. The Russian government carries little debt (14% of GDP), but U.S. sanctions restrict its ability to borrow internationally. Russia has also built up its sovereign wealth fund again. The National Welfare Fund now holds about USD 150 billion in liquid assets (9% of GDP). So far public sector support measures related to the coronavirus situation have been relatively limited in terms of spending and realized within the current budget framework, but additional measures may be decided.

Consumption is expected to contract this year hampered by slower economic activity and measures to contain the coronavirus pandemic. Recent ruble depreciation is likely to increase inflation and thus reduce purchasing power. In addition, consumption growth will be restrained

by lower growth in consumer credit due to tighter regulation. In coming years, consumption growth is expected to pick up, supported by a gradual rise in incomes, including planned increases in social spending. Fixed investment recovered slightly last year, growing by slightly more than 1%. Fixed investment is expected to decline substantially this year due to the deteriorating economic outlook over the near term; notably, private sector capital formation is expected to decline sharply, whereas public sector investment may slightly increase, with the government attempting to push forward national projects. Fixed investment should then gradually pick up in the coming years as spending on national projects gets into full swing.

Russian exports contracted by 2% in 2019 for the first time in decades. Much of the contraction was due to a decline in metal and grain exports. Exports are expected to contract even more this year due to the weakness in the global economy. Exports should recover gradually next year as demand returns. Russian imports grew moderately last year supported by ruble appreciation. Imports are expected to fall substantially this year, constrained particularly by ruble depreciation from lower oil prices. Imports should also be dampened by investment demand's public sector focus, which favors domestic suppliers. In addition, imports of tourism services will fall substantially due to the coronavirus pandemic.

In the current situation, forecasting risks are exceptionally high. Russia's economic development may turn out considerably weaker if the coronavirus pandemic is prolonged and oil prices fall further for an extended period. Russia, however, has the capacity to soften the impact of negative shocks through government support. The planned referendum on changes to the Russian constitution and the State Duma elections in 2021 could also create pressure to increase public sector spending. In addition, a stronger than expected fall in imports could mitigate the GDP contraction.

Österreich: Konjunktur auf Talfahrt[18]

Aktuelle Prognoseszenarien für das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahr 2020 zwischen -2% und -9%

In der großen Bandbreite der aktuellen Prognoseszenarien für das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahr 2020 spiegelt sich die ungewöhnlich hohe Unsicherheit der aktuellen Situation wider. Die im März und April veröffentlichten Szenarien reichen von einem BIP-Einbruch um nur -2% bis zu -9%.

Die OeNB hat Ende März drei Szenarien berechnet, die sich bezüglich der Länge des Lockdowns unterscheiden. Im milden Szenario wird ein 5-wöchiger Lockdown gefolgt von einer schrittweisen Lockerung über weitere 5 Wochen bis Mitte Mai angenommen, im schweren Szenario ein Lockdown von 13 Wochen und eine 10-wöchige Lockerungsphase. Im Double-Dip Szenario wird aufbauend auf dem milden Szenario für das vierte Quartal eine zweite Infektionswelle und ein zweiter Lockdown von 5 Wochen und eine 10-wöchige Lockerungsphase unterstellt. Die drei Szenarien führen zu einem BIP-Verlust von -3,2%, -8,1% bzw. -8,3%. Allen Szenarien liegt die Annahme zugrunde, dass die Produktions- und Nachfragekapazitäten aufgrund der Stützungsmaßnahmen der Regierung erhalten bleiben und mit Ende der Lockerungsphase ein BIP-Niveau erreicht wird, das jenem von 2019Q4 entspricht.

Das WIFO (IHS) geht in seinem Szenario Ende März von einem Containment von 6 (4) Wochen bis Ende (Mitte) April aus. Danach erwartet das WIFO eine Phase von 4 Wochen, in denen die Maßnahmen gelockert werden, das IHS gibt hierfür keinen genauen Zeitraum an. Die zuletzt veröffentlichten Prognoseszenarien sind teils deutlich pessimistischer. Der IWF erwartet für Österreich im heurigen Jahr einen Rückgang des BIP um -7%, die Bank Austria um -9%. Detaillierte Annahmen für die IWF-Prognose liegen nicht vor, die Bank Austria unterstellt eine ähnliche zeitliche Abfolge wie in China. Die IIASA hat in Zusammenarbeit mit WIFO und IHS im April zwei Szenarien veröffentlicht, denen ein 9- bzw. 13-wöchiger Lockdown zugrunde liegen, und die zu einem BIP-Rückgang von -4% bzw. -6% führen.

Prognoseszenarien für das reale BIP-Wachstum in Österreich im Jahr 2020

	Veränderung zum Vorjahr in %
OeNB März 2020	
Moderates Szenario	−3.2
Schweres Szenario	−8.1
Double Dip Szenario	−8.3
WIFO Prognoseszenario März 2020	−2.5
IHS Prognoseszenario März 2020	−2.0
IWF April 2020	−7.0
Bank Austria April 2020	−9.1
IIASA/WIFO/IHS April 2020	
Mildes Szenario	−4.0
Schweres Szenario	−6.0

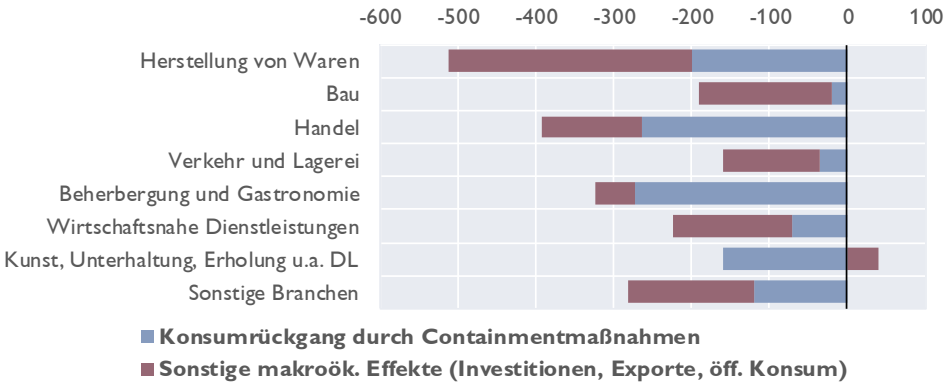
[18] Autoren: Gerhard Fenz, Friedrich Fritzer, Doris Prammer, Christian Ragacs, Martin Schneider und Alfred Stiglbauer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

Unterschiedliche Betroffenheit der österreichischen Unternehmen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie

Eine Studie der OeNB analysiert die Betroffenheit und Vulnerabilität der österreichischen Unternehmen auf Branchenebene durch die von der Regierung in Kraft gesetzten Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Die Ergebnisse zeigen, dass der Bereich Beherbergung und Gastronomie mit Abstand am stärksten von Nachfragerückgängen betroffen und aufgrund der schwachen finanziellen Ausstattung sehr vulnerabel ist. Reisebüros und Reiseveranstalter leiden unter einem fast vollständigen Umsatzeinbruch und sind darüber hinaus von angebotslimitierenden Faktoren betroffen. Die Krise trifft auch die Bereiche Sport und Unterhaltung sowie die sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen massiv.

Wertschöpfungsrückgang während der Containmentphase

Rückgang der Wertschöpfung je Woche in Mio. EUR



Quelle: OeNB.

Im Verkehrssektor ist die Luftfahrt am stärksten betroffen. In der Sachgütererzeugung sind vor allem die Hersteller von Möbeln und sonstigen Waren sowie die Hersteller von Textilwaren und Schuhen vom Rückgang der Konsumnachfrage aufgrund der Schließungen im Einzelhandel betroffen. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie die Hersteller von Druckerzeugnissen leiden vor allem durch Beeinträchtigung ihrer Zulieferfunktion bzw. durch die Beeinträchtigung der für sie wichtigen internationalen Wertschöpfungsketten. Im Vergleich zu den tourismusbezogenen Dienstleistungen haben die betroffenen Unternehmen der Sachgütererzeugung jedoch durchwegs eine bessere Solvenz- und Liquiditätsposition. Die vollständige Studie ist auf Homepage der OeNB veröffentlicht.[19]

Fiskalische Maßnahmen zur Mitigation der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Zur Mitigation der Auswirkungen der COVID-19 Pandemie verabschiedete die Österreichische Bundesregierung bislang drei Gesetzespakete. Die bisher angekündigten fiskalischen COVID-19-Maßnahmen haben ein Volumen von ca. 45 Mrd EUR. Diese setzen sich in erster Linie aus 7 Mrd EUR für Kurzarbeitshilfen, 10 Mrd EUR für Steuerstundungen sowie 28 Mrd EUR für den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zusammen. Die 28 Mrd EUR des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (5. COVID-Gesetz) ergeben sich aus einer Addition der Mittel für den ursprünglichen COVID-19-Fonds (weiterhin 4 Mrd EUR), der Notfallhilfe für

[19] Martin Schneider und Walter Waschiczek (2020). Betroffenheit der österreichischen Unternehmen durch die COVID-19 Pandemie nach Branchen. Konjunktur aktuell – Sonderheft, OeNB, https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/konjunktur-aktuell.html

besonders betroffene Branchen (weiterhin 15 Mrd EUR) und der sonstigen Garantien und Haftungen (weiterhin 9 Mrd EUR) und stellen im Grunde eine Umschichtung dar.
Der Großteil des fiskalischen Maßnahmenpakets ist dem Erhalt des Produktionspotenzials gewidmet: Durch liquiditätsstärkende Maßnahmen, Transfers und Subventionen für Kurzarbeit soll sichergestellt werden, dass Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Produktion nach Ende des Containments rasch wieder beginnen kann. Letztere Maßnahme dient gleichzeitig auch der sozialen Abfederung, da sie viele Arbeitnehmer vor großen Einkommensverlusten durch Arbeitslosigkeit bewahrt.

Die Maßnahmen werden – gemäß ihrer ursprünglichen Unterteilung – im Folgenden in vier Blöcken dargestellt; zusätzlich werden die Maßnahmen zur Kurzarbeitsunterstützung präsentiert:

- *Ursprünglicher COVID-19-Fonds* (4 Mrd EUR). Innerhalb des COVID-19 Fonds ist der Härtefallfonds im Ausmaß von derzeit 2 Mrd EUR der bedeutendste Block. Der Härtefallfonds ersetzt besonders stark von der Krise betroffenen unternehmerisch tätigen Personen (Kleinstunternehmer, Selbstständige) die Einkommenseinbußen mittels eines Zuschusses. Er könnte somit als „Arbeitslosengeld für Selbstständige" interpretiert werden.
- *Corona Hilfs-Fonds* (15 Mrd EUR). Der Corona Hilfs-Fonds unterstützt unmittelbar von der COVID-19-Krise betroffene Unternehmen mit insgesamt bis zu 15 Mrd EUR. Mittels Garantien und Direktkrediten soll die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen erhalten bleiben. Zusätzlich sollen auch direkte Zuschüsse gewährt werden, um entstandene Kosten (wie etwa Mieten, Löhne) zu ersetzen. Die Garantieübernahme erfolgt über die COFAG, die eine Garantie für 90% des vergebenen Kredits bzw. 100% für Kredite bis zu 500.000 EUR übernimmt.
- *Kreditgarantien* (9 Mrd EUR). Der Bund übernimmt Haftungen und Garantien im Ausmaß von 9 Mrd EUR, damit die Liquidität der Unternehmen sichergestellt ist. Die Abwicklung erfolgt je nach Unternehmen über das Austria Wirtschaftsservice (AWS) für KMUs und EPUs, über die Österreichische Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) für Tourismusbetriebe und die Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) für exportierende Unternehmen.
- *Stundung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen* (10 Mrd EUR). Auch mit der Stundung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und der Herabsetzung von Steuervorauszahlungen wird Unternehmen Liquidität zur Verfügung gestellt. Auf Antrag der Unternehmen können Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge) auf Löhne für die Monate Februar bis April gestundet werden. Ebenso können auf Antrag die Vorauszahlungen der Einkommen- und Körperschaftsteuer für 2020 herabgesetzt werden. Bisher wurde von der Regierung ein Volumen von 10 Mrd EUR als Richtwert genannt.
- *Kurzarbeit* (7 Mrd EUR). Die Mittel für Kurzarbeit betragen gegenwärtig 7 Mrd EUR (Erhöhung erfolgt über Verordnung). Das Kurzarbeitsmodell soll betriebsbedingte Kündigungen bei vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten verhindern. Die Kurzarbeitsmaßnahmen betragen gegenwärtig eine Dauer von drei Monaten, mit einer Verlängerungsmöglichkeit um weitere 3 Monate. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten während dieser Zeit 80% bis 90% des bisherigen Nettoentgelts unabhängig von der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erhalten vom AMS die Kosten für die tatsächlichen Ausfallstunden (inkl. Sozialversicherungsbeiträgen) ersetzt, d.h. die Aufwendungen für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden bleiben eine finanzielle

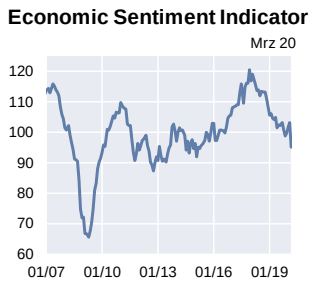
Verpflichtung der Arbeitgeber. Da allerdings auch bei reduziertem Lohn die vollen Sozialversicherungsbeiträge (Dienstnehmer und -geber) fällig werden, kommt es zu keiner Schlechterstellung der Arbeitnehmer in Bezug auf zukünftige Sozialleistungen (Pensionen, Arbeitslosenunterstützungen).

Die budgetären Effekte dieser Maßnahmen sind sehr unterschiedlich. Beim Kurzarbeitsmodell und beim Härtefallfonds handelt es sich um Auszahlungen an Unternehmen, die eine Verschlechterung des Budgetsaldos nach sich ziehen. Kredite, Garantien und Haftungen werden nur dann budgetrelevant (ausgabenerhöhend), wenn sie schlagend werden und Steuer- bzw. Sozialversicherungsstundungen werden nach ESVG 2020 nur teilweise budgetwirksam. Zieht man in Betracht, dass mit dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds 28 Mrd EUR als Ausgaben budgetiert wurden, so hat die Regierung großen diskretionären Spielraum, ohne weitere gesetzliche Änderungen zusätzliche Staatsausgaben und/oder Garantievergaben vorzunehmen.

Umfragewerte zeigen stärksten Vertrauensverlust seit November 2008

Der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission sank im März um 8,2 Punkte auf 95 Punkte. Das ist der stärkste Rückgang seit November 2008. Der Erhebungszeitraum 26. Februar bis 23. März 2020 macht aber deutlich, dass sich der Umfang der aktuellen Krise in den Umfragen noch nicht voll widerspiegelt. Der ESI und seine Subindikatoren liegen mit Ausnahme des Vertrauensindikators für den Einzelhandel noch deutlich über den historischen Tiefstständen infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

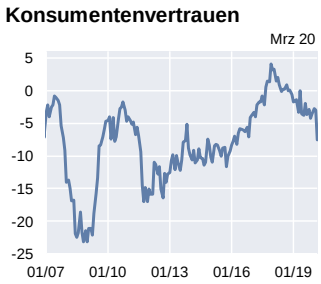
Der EinkaufsManagerIndex sank im März um 4,4 Punkte (stärkster Rückgang seit 2008M11) auf 45,8 Punkte und damit deutlich unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten. IHS Markit hat die Umfrage in der Woche vom 16.3 bis 22.3 durchgeführt - nach dem 15.März, aber noch vor weiteren Verschärfungen von Maßnahmen und der wahrgenommenen Situation in den europäischen Nachbarländern. Die aktuelle Lage wurde daher noch nicht vollständig in der Umfrage erfasst und im nächsten Monat muss mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden.



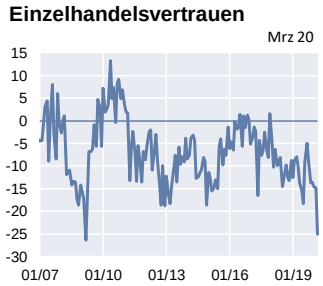
Quelle: Europäische Kommission.

Quelle: Europäische Kommission.

Quelle: Europäische Kommission.



Quelle: Europäische Kommission.



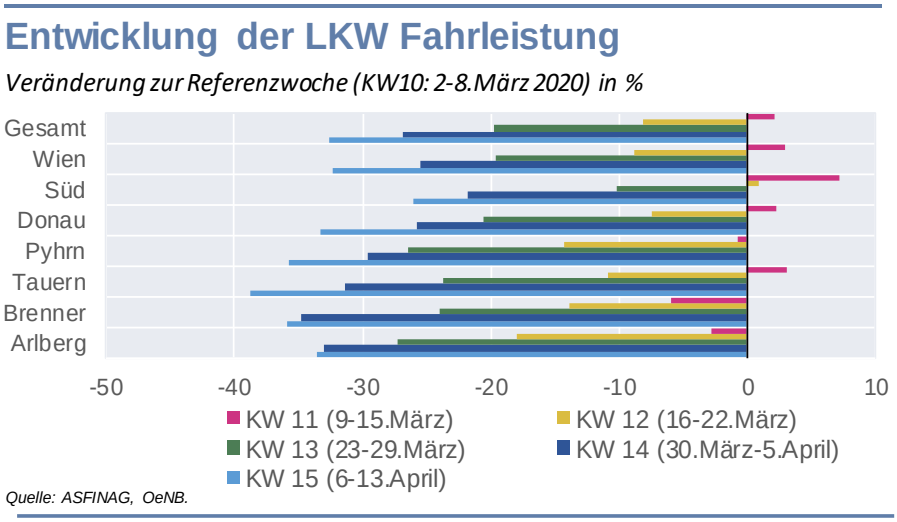
Quelle: Europäische Kommission.

Quelle: Europäische Kommission.

Sehr starke Rückgänge des Stromverbrauchs (rund 20%) und des LKW-Verkehrs (rund 33%)

Der *Stromverbrauch* ist gemäß Austrian Power Grid (APG) in der Kalenderwoche 14 (30.März bis 5. April) um 14% im Vergleich zur Referenzwoche (2. bis 8. März) bzw. um 5% im Vergleich zur Vorjahreswoche gesunken. In der Kalenderwoche 15 (6.-13. April, Karwoche) lag der Rückgang im Vergleich zur Referenzwoche (2. bis 8. März) bei 21%. Gegenüber der gleichen Woche im Vorjahr betrug er 13%. Der Rückgang in Kalenderwoche 15 ist aber durch saisonale Effekte (Ostern) nach unten verzerrt.

In der Kalenderwoche 15 (6.bis 13. April) ist die *LKW-Fahrleistung* laut ASFINAG gegenüber der Referenzwoche vom 2. bis 8. März um 33% zurückgegangen. Hierbei war kein signifikanter Unterschied zwischen Autobahnabschnitten bei Grenzstationen und bei innerösterreichischen Abschnitten zu verzeichnen. Der Einbruch von 33% Prozent war deutlich ausgeprägter als der Einbruch während der Krise in den Jahren 2008 und 2009. Hier belief sich der stärkste Quartalseinbruch gegenüber den Vorjahreswerten im ersten Quartal 2009 auf -18%.

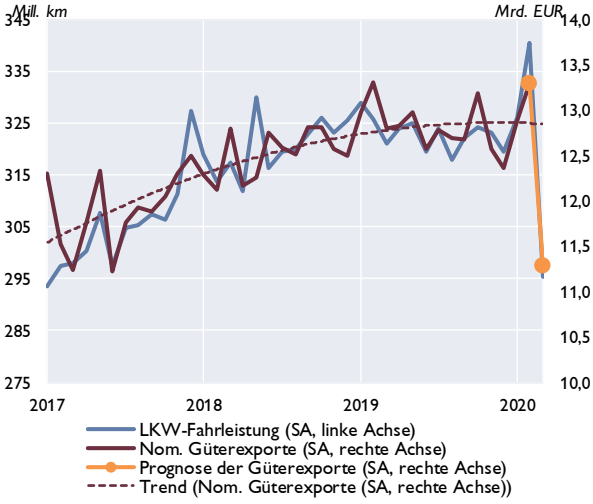


Eine einfache Brückengleichung zwischen dem Wirtschaftswachstum und der LKW-Fahrleistung ergibt, dass ein 35%iger Rückgang der LKW-Fahrleistung im Vergleich zur Vorjahresperiode einen Rückgang des realen BIP im bisherigen Zeitraum der Containment-Maßnahmen von über 10% implizieren würde. Diese Schätzung stellt in der aktuellen Situation aus zwei Gründen eine untere Grenze dar. Erstens ist angesichts der wirtschaftlichen Verwerfungen von einem geringeren Auslastungsgrad bei den LKW-Transporten auszugehen. Zweitens sind gegenwärtig mit Dienstleistungsbereichen wie Beherbergung und Gastronomie Sektoren betroffen, die im Gegensatz zur Industrie in einem geringeren Ausmaß auf Transportdienstleistungen angewiesen sind.

Deutliche Rückgänge des Außenhandels im März – Ergebnisse des OeNB-Exportindikators

Die LKW-Fahrleistungen liegen auch der Kurzfristschätzung für die *Entwicklung der nominellen Güterexporte* zugrunde. Allerdings ist für die Prognose der Exporte auch der Umstand zu berücksichtigen, dass der Auslastungsgrad von LKWs in einem Abschwung typischerweise sinkt, das Frachtvolumen im Vergleich zur Fahrleistung also stärker zurückgeht. Gemäß den aktuellen Ergebnissen des auf LKW-Fahrleistungsdaten basierenden OeNB-Exportindikators waren die nominellen Güterexporte bereits in den Monaten Jänner und Februar bereinigt um Saison- und Arbeitstageffekte im Jahresabstand leicht zurückgegangen (-0,7% bzw. -0,2%). Im März betrug der Rückgang hingegen 9,8%. Für das erste Quartal ergibt sich damit ein Rückgang um 3,9% im Jahresabstand. Im Vergleich zum vierten Quartal 2019 betrug der Rückgang bereinigt um Saison- und Arbeitstageffekte 1,7%.

LKW-Fahrleistung und Güterexporte

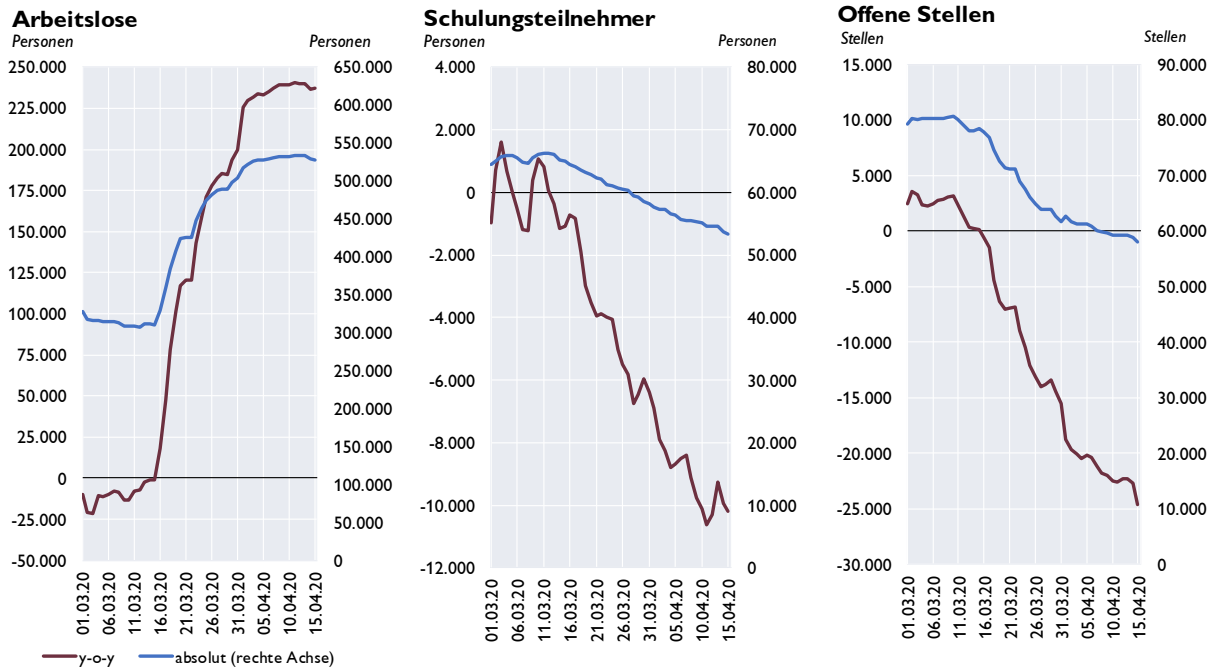


Quelle: ASFINAG, OeNB.

Arbeitslosigkeit steigt stärker als in jeder früheren Krise der zweiten Republik

Durch die Schließungen von Unternehmen im Zuge der COVID-19-Pandemie ist die Zahl der Arbeitslosen in einem Ausmaß gestiegen, das mit keiner der vorangegangenen Rezessionen in der Zweiten Republik vergleichbar ist. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Mitte März rund 528.000, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr (y-o-y) von rund 237.000 entspricht. Auch die Zahl der Schulungsteilnehmer und die offenen Stellen sind zurückgegangen. Am Osterwochenende haben sich die Arbeitslosenzahlen stabilisiert und sind seither in geringem Maße rückläufig.

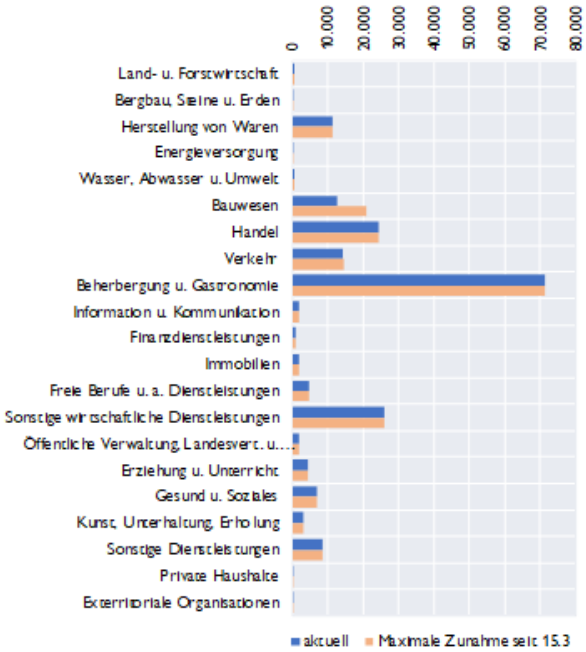
Arbeitsmarktentwicklung seit Anfang März (auf Tagesbasis, im Jahresabstand und absolut)



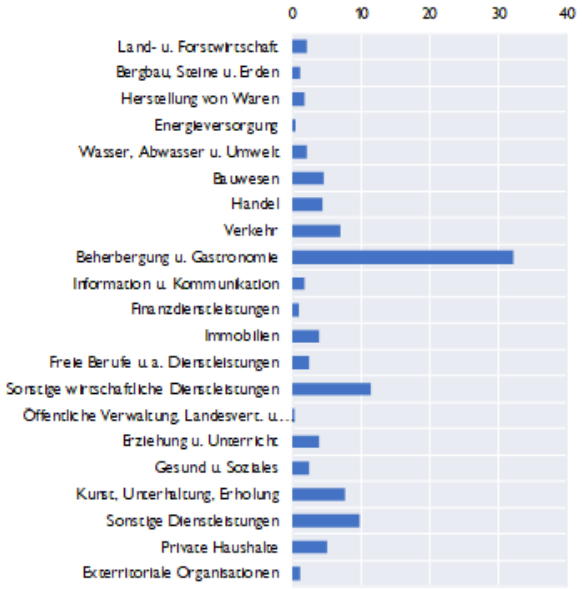
Quelle: AMS. Stand per 15. April 2020.

Die sektorale Betroffenheit bei der Arbeitslosigkeit ist sehr unterschiedlich. Absolut und gemessen an der Beschäftigung vor der Krise stieg die Arbeitslosigkeit vor allem im Beherbergungs- und Gastronomiesektor sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (vor allem Arbeitskräfteüberlassung) stark an.

Zunahme der Arbeitslosenzahlen seit 15. März 2020 absolut in Personen



Zunahme der Arbeitslosigkeit relativ zur Beschäftigung Ende Februar 2020 (SA) in Prozent

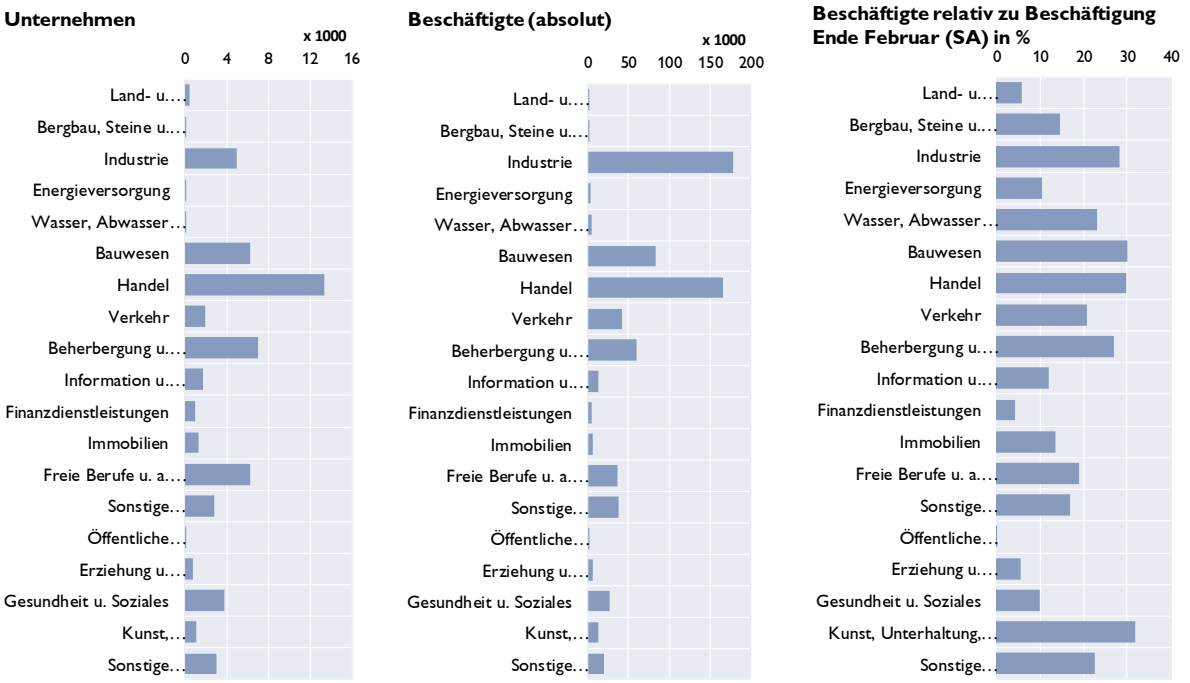


Quelle: AMS.

Eine noch weit größere Anzahl von Beschäftigten ist von *Kurzarbeit* betroffen: Bisher (Stand 13. April) haben knapp 57.000 Unternehmen Kurzarbeitsanträge für 704.000 Beschäftigte gestellt.

Absolut wurden die meisten Kurzarbeitsanträge für Beschäftigte in der Industrie und im Handel gestellt.

Kurzarbeit (Anträge)



Quelle: BMAJF. Stand per 13. April 2020.

Bisher liegen keine Informationen darüber vor, wie groß die damit verbundenen Reduktionen der Arbeitszeit sind. Einschätzungen vonseiten des Arbeitsministeriums legen jedoch nahe, dass diese beträchtlich ausfallen. Wir gehen vorläufig von einer durchschnittlichen Reduktion der Arbeitszeit um zwei Drittel aus.

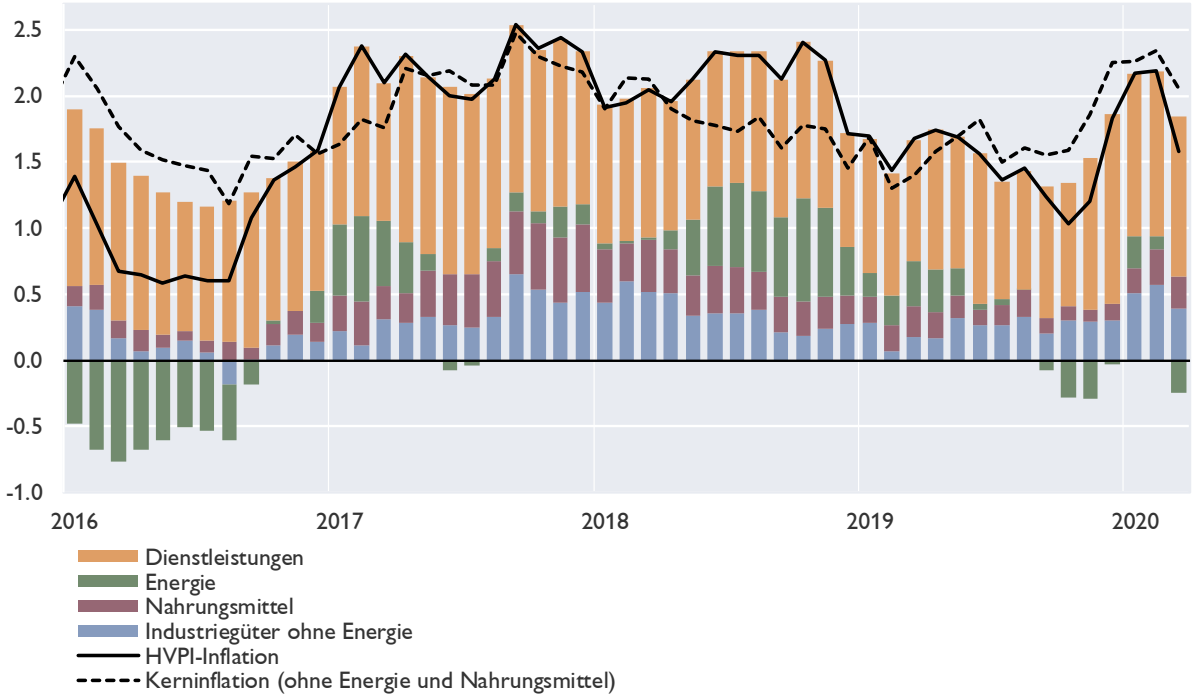
Deutlicher Rückgang der Inflation im März 2020

Nachdem die österreichische HVPI-Inflationsrate im Oktober 2019 mit 1,0% ihren Tiefststand erreicht hatte, beschleunigte sie sich bis Februar 2020 auf 2,2 %. Dieser Anstieg war auf alle Produktgruppen des HVPI zurückzuführen (Energie, Dienstleistungen, Industriegüter ohne Energie, Nahrungsmittel). Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate belief sich im Februar 2020 auf 2,3 % und stieg gegenüber Oktober 2019 um 0,7 Prozentpunkte an. Im März 2020 verringerte sich die HVPI-Inflationsrate allerdings auf 1,6 %, während die Kerninflationsrate auf 2,1% zurückging. Ausschlaggebend für den deutlichen Rückgang der HVPI-Inflationsrate von Februar auf März 2020 war größtenteils die Preisentwicklung von Energie und Industriegütern ohne Energie. Bei Industriegütern ohne Energie hingegen waren vor allem Bekleidung und Schuhe für den Rückgang der Jahresinflationsrate von Februar 2020 auf März 2020 ausschlaggebend. Die Produktgruppe Bekleidung und Schuhe ist durch sehr stark variierende saisonale Preisschwankungen gekennzeichnet.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Jahresinflationsraten;
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten

Letzte Beobachtung: März 2020.



Quelle: Statistik Austria.

Der Rückgang des Rohölpreises seit Anfang dieses Jahres ging nach dem Scheitern der OPEC-Verhandlungen um eine Förderkürzung Anfang März in eine ungebremste Talfahrt über, zu der auch die Folgen der COVID-19-Pandemie und die damit einhergehende Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Entwicklung beigetrugen. Im März notierte der Rohölpreis in EUR um 47% niedriger als im Dezember 2019. Obwohl sich die OPEC+ (OPEC einschließlich wichtiger Nicht-OPEC-Rohölproduzenten wie Russland) am 12. April 2020 einigte, für Mai und Juni 2020 die Erdölförderung um rund 10 Millionen Barrel pro Tag zu kürzen, war bisher (Stand 16.4.2020) noch kein deutlicher Anstieg des Rohölpreises beobachtbar.

Die Containmentmaßnahmen der österreichischen Regierung dürften sich in der März-Inflationsentwicklung noch nicht vollständig widerspiegeln, da die Preiserhebung für den Monat März größtenteils in der Woche vom 9.3. bis 14.3. und damit fast gänzlich vor Inkrafttreten der Containmentmaßnahmen durchgeführt wurde.

Kasten: Probleme der Inflationsmessung aufgrund der COVID-19-Krise[20][21]

Die weitreichenden Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie, insbesondere die angeordneten Geschäfts- und Betriebsschließungen, haben folgenschwere Auswirkungen auf die Inflationsmessung. Viele der üblicherweise lokal, in Geschäften in verschiedenen Städten in Österreich erhobenen Preise werden aufgrund der geschlossenen Geschäfte nicht mehr erhebbar sein oder können

[20] Autor: Fabio Rumler (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

[21] Dieser Kasten basiert auf einer ausführlichen Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die österreichische Inflationsentwicklung im Quartalsbericht Inflation aktuell Q1/20: https://www.oenb.at/dam/jcr:1f218e9a-7f2f-4827-a2a7-83f0ba2d75a5/Inflation%20aktuell_Q1-20%20final.pdf.

aufgrund der Verkehrsbeschränkungen nicht vor Ort erhoben werden. Dies betrifft vor allem Preise im Tourismussektor, im Freizeitbereich, in der Gastronomie, in Teilen des Handels (z.B. Bekleidung, Einrichtungsgegenstände, Elektronikgeräte) sowie andere Dienstleistungen (wie z.B. Friseurdienstleistungen), die insgesamt etwa zwei Drittel des gesamten Warenkorbs ausmachen.

Laut Handbuch zur Erstellung des HVPI[22] müssen alle Subindizes des HVPI in jedem Monat berechnet werden, auch wenn die zugrundeliegenden Preise nicht verfügbar sind. Kurzfristig, d.h. bis zu zwei Monate, können die Preise von vorübergehend nicht verfügbaren Produkten mit dem letzten erhobenen Preis fortgeschrieben werden. Dies würde bedeuten, dass in den ersten beiden Monaten nach den Geschäftsschließungen bei den betroffenen Produkten weder ein preistreibender noch preisdämpfender Effekt auftritt.[23] Wenn das Produkt im dritten Monat nach wie vor nicht verfügbar ist, müsste es laut Handbuch durch ein anderes, vergleichbares Produkt ersetzt werden. Wenn aber auch letzteres nicht verfügbar ist, muss der Preis geschätzt bzw. imputiert werden. Dies würde frühestens in der Inflationserhebung im Mai 2020 schlagend werden.

Laut kürzlich von Eurostat veröffentlichter methodologischer Leitlinien im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise[24] sollen die nicht in Geschäften erhebbaren Preise möglichst auf andere Weise, etwa im Internet oder auf telefonischem Wege erhoben werden. Die Statistikämter in jenen Ländern, die über Scannerdaten von Supermärkten verfügen und diese bereits in die Inflationsmessung einbauen (wie z.B. die Niederlande), könnten verstärkt auf diese Daten zurückgreifen. Ist die ersatzweise Erhebung im Internet oder durch Scannerdaten nicht möglich, weil die Produkte oder Dienstleistungen schlichtweg nicht angeboten werden, schlägt Eurostat vor, die nicht verfügbaren Preise entweder mit der Veränderungsrate aller anderen verfügbaren Subindizes im HVPI fortzuschreiben oder, wenn die betroffenen Preise üblicherweise über einen längeren Zeitraum konstant sind (wie z.B. bei Taxigebühren), sie auch länger als zwei Monate konstant fortzuschreiben. Ersteres hat den Vorteil, dass die nicht verfügbaren Produkte auf die Inflationsrate neutral wirken und diese weder nach oben oder unten beeinflussen. Der zweite Ansatz würde zwar die Inflationsrate dämpfen, aber zumindest keinen unrealistischen Preisverlauf implizieren, wenn die Preise üblicherweise sehr selten angepasst werden. Bei Produkten oder Dienstleistungen mit saisonalen Preisschwankungen könnten die Preise mit einem saisonalen Faktor fortgeschrieben werden, d.h. saisonale Preisschwankungen früherer Jahre würden dann auf die aktuelle Preisentwicklung übertragen werden. Ein Beispiel dafür wären die Preise für Flugtickets, die etwa zu Ostern oder in den Sommermonaten immer saisonbedingt gestiegen sind.

Ein weiteres Problem der Inflationsmessung in den kommenden Monaten ergibt sich aus der Verschiebung des Konsums weg von Dienstleistungen und langlebigen Konsumgütern hin zu Nahrungsmitteln und Drogerie- sowie Gesundheitsprodukten. Dies bedeutet, dass der bestehende HVPI-Warenkorb, der auf den Konsumgewohnheiten in der Vergangenheit beruht, die erzwungene Substitution innerhalb des Konsums nicht abbildet. Die auf Basis eines fixen Warenkorbs errechnete Preisentwicklung wird somit zumindest vorübergehend von der von den Konsumenten erlebten Preisentwicklung abweichen. Teilweise Abhilfe könnte auch hier die stärkere Einbindung von Online-Preisen in die Inflationsmessung bieten, dies aber nur in jenen Bereichen, wo Produkte oder Dienstleistungen ersatzweise online angeboten werden, wie z.B. beim Lieferservice von Restaurants.

Aus den oben genannten Gründen wird die Inflationsmessung in den nächsten Monaten (und möglicherweise darüber hinaus) mit erhöhter Unsicherheit behaftet sein und daher sollte die veröffentlichte Inflationsrate auch mit großer Vorsicht interpretiert werden.

---

[22] Harmonised Index of Consumer Prices (HICP) – Methodological Manual, November 2018, Eurostat.

[23] Da die Inflationsrate im Jahresabstand gemessen wird, kann sich eine Bewegung der Inflationsrate bei konstanten aktuellen Preisen nur dann ergeben, wenn sich die Preise in der Vergleichsperiode des Vorjahres merklich nach oben oder unten bewegt haben.

[24] Methodological note: Guidance on the Compilation of the HICP in the context of the COVID-19 crisis, 3 April 2020, Eurostat: https://ec.europa.eu/eurostat/documents/10186/10693286/HICP_guidance.pdf

Niedrige Zinssätze als unterstützende Rahmenbedingung für die Bewältigung der Coronakrise[25]

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen der COVID-19-Krise stellen die in der Vergangenheit von der EZB durchgeführten expansiven geldpolitischen Maßnahmen und die damit einher gegangenen niedrigen Kundenzinssätze im Kreditneugeschäft eine unterstützende Rahmenbedingung für die österreichischen Unternehmen und privaten Haushalte dar. Die skizzierte Entwicklung basiert noch auf Daten vor der COVID-19-Krise und zeigt für das Jahr 2019 ein stabiles Kreditwachstum und historisch niedrige Kreditzinssätze. Erste potenzielle Auswirkungen der Krise und der in diesem Zusammenhang gesetzlich beschlossenen Maßnahmen (z. B. 38 Mrd EUR Hilfspaket, Stundung von Kreditrückzahlungen) auf Kreditvergabe, Kreditwachstum und Zinssätze sollten anhand der statistischen Daten frühestens ab Ende April ersichtlich sein.

Die expansiven geldpolitischen Maßnahmen bzw. die daraus folgenden geringeren Geldmarktzinssätze haben im Jahr 2019 in Österreich zu weiteren Zinssenkungen bei den Kundenzinssätzen für das Kreditneugeschäft geführt. Unternehmen profitierten im Jahr 2019 von günstigeren Finanzierungskonditionen. Die Zinssätze sowohl für Kredite an selbstständig Erwerbstätige als auch für Unternehmenskredite bis 1 Mio EUR erreichten in Österreich im Dezember 2019 mit 1,86 % bzw. 1,63 % historische Tiefststände. In beiden Fällen lagen die Zinskonditionen in Österreich unter den Euroraum-Durchschnitten von 2,09 % bzw. 1,84 %, die sich ebenfalls auf neuen Tiefstständen befanden. Bei Großkrediten über 1 Mio EUR waren in Österreich keine deutlichen Veränderungen zu erkennen. Mit einem kapitalgewichteten Durchschnittszinssatz von 1,36 % lag Österreich in diesem Segment auch geringfügig über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,27 %.

Robustes Kreditwachstum bei Österreichs Unternehmen

Das geringe Zinsniveau hat im letzten Jahr die Kreditaufnahme von Unternehmen begünstigt. Diese weiteten ihr aushaftendes Kreditvolumen bei österreichischen Banken um 6,3 % (+9,6 Mrd EUR) auf insgesamt 163,4 Mrd EUR aus. Diese Entwicklung wurde ausschließlich von Krediten mit einer Laufzeit von über einem Jahr positiv beeinflusst (Jahreswachstumsrate von 8,8 %), während hingegen kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr mit – 5,1% abgebaut wurden.

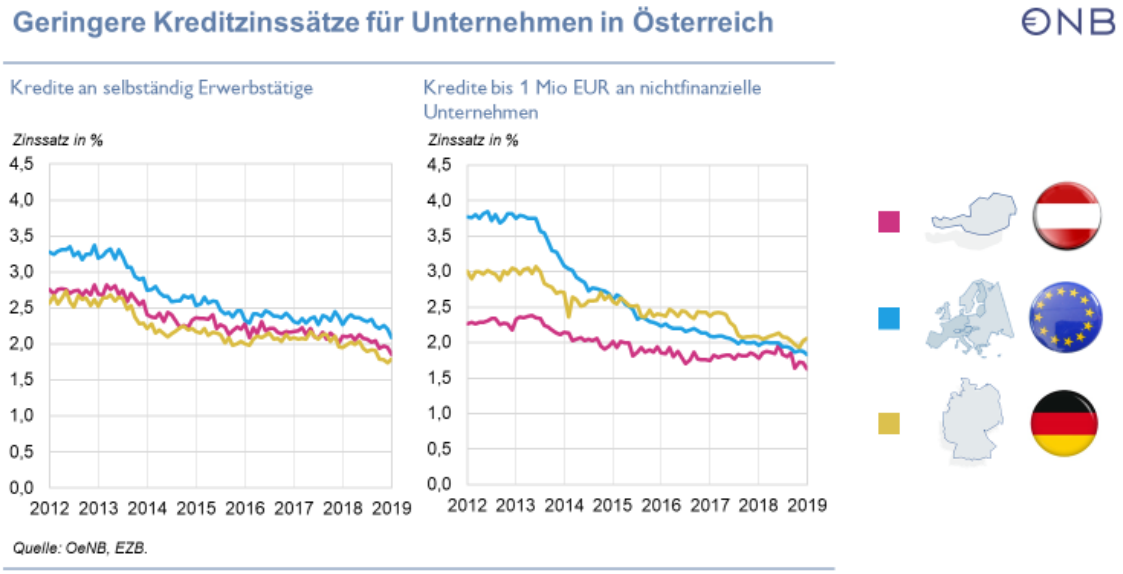
Gleichzeitig stieg das Einlagenvolumen nichtfinanzieller Unternehmen bei österreichischen Banken im Jahr 2019 um 5,2 % (+3,5 Mrd EUR) auf den neuen Höchststand von 70,9 Mrd EUR an. Neben den niedrigen Kreditzinssätzen dürfte der hohe Bestand an kurzfristig verfügbaren Bankeinlagen eine weitere Unterstützung für Unternehmen bei der Bewältigung des sich abzeichnenden Wirtschaftsabschwungs sein. Im Euroraum insgesamt war der Einlagenanstieg von Unternehmen bei Banken im Jahr 2019 – trotz den sich immer stärker verbreitenden Negativ-Zinssätzen – mit +6,0 % noch stärker ausgeprägt.

[25] Autor: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

Langfristige Wohnbaukredite noch nie so günstig

Private Haushalte profitierten 2019 vor allem bei neuen Wohnbaukrediten von neuerlichen Zinssatzsenkungen. Insbesondere Kreditzinssätze mit sehr langen Zinsbindungen (über 10 Jahre) waren mit einem Wert von 1,61 % um 62 Basispunkte niedriger als im Vorjahr verzinst. Der Zinsaufschlag zwischen variabel verzinsten Krediten (1,20 %) und Krediten mit über 10-jähriger Zinsbindung wies damit in Österreich nur noch einen Wert von 41 Basispunkten auf. Dieser Umstand ließ die Nachfrage nach Krediten mit sehr langen Zinsbindungen (über 10 Jahre) weiter ansteigen, sodass deren Anteil am gesamten Neugeschäft im Dezember 2019 mit 42 % bereits geringfügig über jenem von variabel verzinsten Krediten lag.

Grafik 1



Gutes Jahresergebnis 2019 für Österreichs Kreditinstitute[26]

Die österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute können mit einem aggregierten Jahresergebnis in Höhe von rund 6,7 Mrd EUR auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2019 zurückblicken[27]. Das Jahresergebnis 2019 lag um 0,2 Mrd EUR unter dem Vorjahresvergleichswert[28], befindet sich aber immer noch auf hohem Niveau. Österreichs Banken sind dank ihrer stabilen Ertragslage gut für die durch das Coronavirus bedingten stürmischen Zeiten gerüstet. Internationale Aufsichtsbehörden gehen davon aus, dass die Banken bei Ausschüttungen von Dividenden, Gewinnen und Boni besonnen agieren, die Entscheidungen über mögliche Auszahlungen in den Herbst verschieben und wohlüberlegt in Einklang mit ihrer Risikotragfähigkeit handeln.

Die aggregierten Betriebserträge lagen im Jahr 2019 um 4,1 % über dem Vorjahreswert. Positiv auf die Betriebserträge wirkte sich einerseits das um 2,5 % gestiegene Nettozinsergebnis aus. Andererseits erwiesen sich der Handelserfolg und die Bewertungsergebnisse (+63,7%) sowie das Provisionsergebnis (+1,8) % als unterstützende Elemente.

Das aggregierte Betriebsergebnis ist um 1,2 % zurückgegangen. Dies ist vorrangig durch den Anstieg bei Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen) um 62,2% zu erklären, wobei absolut gesehen die Hälfte auf Beteiligungen entfällt. Zudem drückten die um 1,3 % gestiegenen Verwaltungsaufwendungen das Betriebsergebnis.

Insgesamt wurde somit ein leichter Rückgang beim aggregierten Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen um 2,9 % verzeichnet. Neben dem leicht gesunkenen Betriebsergebnis belastete vor allem der Anstieg des Ergebnisses aus Wertminderungen/ Wertaufholungen (bspw. Wertberichtungen für Kredite und Forderungen sowie Rückstellungen für erteilte Zusagen und Garantien) um 82,2 % und der sonstigen Rückstellungen (350,7 %) das Jahresergebnis.

---

[26] Autor: Norbert Ernst (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

[27] Das angeführte aggregierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen des Jahres 2019 in Höhe von 6,7 Mrd EUR basiert auf den zum Zeitpunkt der Analyse vorliegenden aufsichtsstatistischen Meldedaten. Aus dem Vergleich zu den von Bankprüfern geprüften IFRS-Jahresabschlüssen, die zum aktuellen Zeitpunkt erst vereinzelt vorliegen, können sich noch Änderungen ergeben.

[28] Es ist zu beachten, dass die Daten für das Jahresende 2019 auf den Bilanzierungsvorschriften gemäß IFRS 16 beruhen, während die Vergleichswerte für 2018 noch unter IAS 17 erstellt wurden. Diese Regelwerke unterscheiden sich hauptsächlich in den Vorgaben zur Erfassung von Leasingverhältnissen.

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage der österreichischen Bankkonzerne und Einzelinstitute

		2019	2018	Differenz	
		in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	relativ
	Zinsergebnis, netto [1]	15.589	15.210	379	2,5%
+	Provisionsergebnis, netto	7.226	7.097	129	1,8%
-	Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital	0	0		
+	Dividendenerträge	612	628	−16	-2,6%
+	Handelserfolg und Bewertungsergebnisse	732	447	285	63,7%
+	Bewertungsergebnisse bei Ausbuchungen	312	210	102	48,4%
+	Sonstiges betriebliches Ergebnis	527	431	96	22,2%
=	**BETRIEBSERTRÄGE, NETTO**	**24.997**	**24.023**	**974**	**4,1%**
−	Verwaltungsaufwendungen	14.413	14.232	181	1,3%
−	Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten inkl. Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen	2.320	1.430	890	62,2%
=	**BETRIEBSERGEBNIS**	**8.264**	**8.361**	**−97**	**-1,2%**
−	Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und erteilten Zusagen und Garantien	689	378	311	82,2%
−	Sonstige Rückstellungen	271	60	211	350,7%
+	Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	1.276	1.064	212	19,9%
+	Gewinn oder Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen	19	−131	151	A
+	Sonstiger Saldo in Summe	30	103	−73	-70,6%
=	**PERIODENERGEBNIS VOR STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN**	**8.631**	**8.959**	**−328**	**-3,7%**
−	Ertragssteuern	1.382	1.444	−62	-4,3%
+	Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	85	−9	94	A
+	Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	14	14	−1	-5,4%
−	Minderheitenanteile	634	605	29	4,8%
=	**PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN**	**6.713**	**6.916**	**−202**	**-2,9%**

Quelle: OeNB.

[1] Die prozentuelle Veränderung in einer Position wird nur dargestellt wenn zu beiden Meldeterminen positive Werte gemeldet werden. In allen anderen Fällen symbolisiert "A" einen Anstieg und "R" einen Rückgang.

Datenstand: 26.03.2020

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 5. März bis 20. April 2020[29]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
16. April 2020	Inf. ECOFIN Rat	Schwerpunkte • Europäisches Semester: Der informelle ECOFIN-Rat unter kroatischem Vorsitz, in der Zusammensetzung der Finanzminister, begrüsst die Leitlinien zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen, welche bis Ende April angenommen werden sollen. Im Rahmen des Europäischen Semesters wird angesichts der COVID-19-Krise eine pragmatische Vorgehensweise unter möglicher Einhaltung aller Fristen angestrebt. • Solidaritätsinstrument SURE: Die Finanzminister unterstützen die von der EK vorgeschlagene temporäre Arbeitslosen-rückversicherung namens SURE (Europäisches Instrument für befristete Unterstützung zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken im Notfall nach dem COVID-19-Ausbruch) im Umfang von bis zu 100 Mrd EUR. Die finanzielle Unterstützung soll den Mitgliedstaaten in Form von EU-Darlehen zu günstigen Bedingungen gewährt werden. Es handelt sich um eine befristete Maßnahme, deren Dauer und Anwendungsbereich auf die Bewältigung der Folgen der Coronavirus-Pandemie beschränkt bleiben. Technische Details zum EK-Vorschlag des Solidaritätsinstruments SURE befinden sich in Ausarbeitung.
9. April 2020	Eurogruppe	Euro-Gruppe legt COVID-19 Unterstützungspaket in Höhe von 540 Mrd EUR mit folgenden Schwerpunkten vor: • Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM): Die Eurogruppe empfiehlt, einen „Pandemic Crisis Support“, basierend auf der existierenden Enhanced Conditions Credit Line (ECCL) des ESM von bis zu 240 Mrd EUR, falls alle Euroraum-Mitgliedsstaaten Unterstützung beantragen. • Die Eurogruppe betont, dass die Balance-of-Payments Support-Fazilität für EU-Mitglieder außerhalb des Euroraums zur Verfügung steht.

[29] Autoren: Sylvia Gloggnitzer, Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		• Europäische Investitionsbank (EIB): Etablierung eines pan-europäischen Garantiefonds für Unternehmenskredite über 25 Mrd EUR zur Mobilisierung von bis zu 200 Mrd EUR.
2. April 2020	EK	Solidaritätsinitiative SURE – Europäische Hilfe für Kurzarbeit in den EU-Mitgliedstaaten Die EK veröffentlicht einen Vorschlag über ein Europäisches Instrument SURE (Support mitigating Unemployment Risks in Emergency) für befristete Unterstützung, zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken im Notfall, in der Höhe von 100 Mrd EUR.
30. März 2020	Rat	Rat stimmt für die Corona Response Investment Initiative (CRII) Auf Vorschlag der EK werden nach Zustimmung des Rats 37 Mrd EUR aus dem Bereich Kohäsionspolitik für die Bekämpfung der Corona-Krise bereitgestellt. 8 Mrd EUR stammen aus Mitteln der Struktur- und Investitionsfonds, die die Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr nicht wie geplant ausgegeben haben. 29 Mrd EUR werden den Ländern vorzeitig ausgezahlt, damit sie ihre Gesundheitssysteme stärken und kleine und mittlere Unternehmen, Kurzarbeitsregelungen und gemeindebasierte Dienste unterstützen können.
26./27. März 2020	ER	Schwerpunkte • EZB: Die Staats- und Regierungschefs begrüßen das entschiedene Vorgehen der EZB. • Staatliche Beihilfen: Der ER befürwortet den befristeten Rahmen der Kommission für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19 • Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): Der ER unterstützt die noch nie da gewesene Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel im Rahmen des SWP. • Corona Response Investment Initiative (CRII): Der ER empfiehlt die rasche Annahme des Kommissionsvorschlags für eine Investitionsinitiative im Rahmen der Kohäsionspolitik in der Höhe von 37 Mrd EUR für Investitionen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise. • EU-Erweiterung: ER billigt Ratsschlussfolgerungen vom 25.März 2020 zum Erweiterungs-, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den Republiken Nord-Mazedonien und Albanien.
24. März 2020	Eurogruppe	Schwerpunkte • Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM): Finanzminister erörtern unterschiedliche Möglichkeiten der Nutzung des ESM. Das derzeitige ESM Volumen für Kreditvergabe beträgt 410 Mrd EUR. Die "Enhanced Conditions Credit Line (ECCL)" soll als Pandemiekrisenunterstützungsinstrument innerhalb des ESM-Vertrags eingesetzt werden, in dem sie für alle Mitgliedstaaten der Eurozone verfügbar wäre. Es konnte keine

		Einigung über die Nutzung des ESM erzielt werden. • Finanzieller Beistand der EU für Mitgliedstaaten in Notsituationen – („Unemployment Reinsurance Scheme"): Finanzminister diskutieren die Möglichkeit Art. 122.2 AEUV zu nutzen, um Arbeitsplätze in den EU-Mitgliedsstaaten zu sichern, z.B. über Finanzierung von Kurzarbeitsprogrammen, Unterstützung für nationale Arbeitslosenversicherung. Die EK arbeitet diesbezüglich an einem konkreten Vorschlag, wobei die Mittel aus dem EU-Budget kommen könnten.
23. März 2020	ECOFIN-Rat	Schwerpunkte • Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP): Der ECOFIN-Rat kommt überein, ein Höchstmaß an Flexibilität im haushaltspolitischen Rahmen der EU anzuwenden. Es wird die sogenannte Allgemeine Ausweichklausel des SWP aktiviert. Damit erhalten Mitgliedsstaaten die Flexibilität zur Durchführung zeitgerechter, gezielter, vorübergehender Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Gesundheits- und Wirtschaftssektoren. Mitgliedstaaten bekennen sich aber grundsätzlich zum SWP. Die Finanzminister bekennen sich weiterhin uneingeschränkt zur Einhaltung des SWP. • Europäisches Semester: Da die Prognostizierung der ökonomischen Auswirkungen der COVID19-Pandemie derzeit schwierig sei, einigen sich Rat und EK auf eine flexible, pragmatische Vorgangsweise bei Durchführung des aktuellen Europäischen Semesters.
17. März 2020	ER	Bewältigung der sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Krise Der ER billigt die Erklärung der Euro-Gruppe vom 16. März und unterstützt die verschiedenen Initiativen der EK in den Bereichen des Binnenmarkts, wie etwa die Anpassung der Vorschriften für staatliche Beihilfen, die Nutzung der Spielräume des SWP, sowie die Inanspruchnahme von EU-Haushaltsmitteln.
16. März 2020	Eurogruppe	Eurogruppe (19 MS) Griechenland: Es findet eine Diskussion über den fünften Bericht zur verstärkten Überwachung statt. Griechenland übertraf nun zum fünften Mal seine Budgetziele und erreichte 2019 einen Primärüberschuss von 4%. Griechenland verfüge hinsichtlich der COVID19-Auswirkungen über eine gewisse Flexibilität, steht aber mit Corona- und Migrationskrise vor doppelter Herausforderung
13. März 2020	EK	Vorschlag koordinierter Maßnahmen für die Abfederung wirtschaftlicher Auswirkungen des Coronavirus • Corona Response Investment Initiative (CRII): Im Rahmen dieser neuen Initiative schlägt die Kommission vor, 37 Mrd EUR aus dem Bereich Kohäsionspolitik für die Bekämpfung der Corona-Krise bereitzustellen. Zur Umsetzung von CRII hat die EK einen Vorschlag zur Änderung der Dachverordnung der Strukturfonds vorgelegt, Rat und EP sollen die Verordnung

		rasch verhandeln. • Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): EK wäre bereit, dem Rat eine „Allgemeine Escape Klausel“ vorzuschlagen, mit der im Fall eines schweren Wirtschaftseinbruchs in Eurozone oder EU eine Suspendierung einer vom Rat empfohlenen budgetären Anpassung (Vorgaben zur Korrekturen eines übermäßigen Defizits) durch den Rat möglich wäre. Durch diese Klausel würde in Zusammenarbeit mit dem Rat die von ihm empfohlene Haushaltsanpassung im Falle eines schweren Konjunkturabschwungs im Euro-Währungsgebiet oder in der gesamten Union ausgesetzt. • Staatliche Beihilfen: Die Mitgliedstaaten können im Einklang mit den bestehenden EU-Vorschriften umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen konzipieren. Sie können beschließen, Lohnzuschüsse zu gewähren oder die Zahlung von Körperschaft- und Umsatzsteuern oder Sozialbeiträgen auszusetzen. Nach Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV können die Mitgliedstaaten Unternehmen für durch außergewöhnliche Ereignisse entstandene Schäden einen Ausgleich gewähren und auf dieser Grundlage auch Maßnahmen für die Luftfahrt und den Tourismus durchführen. EK erarbeitet einen speziellen rechtlichen Rahmen, der sich auf Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV stützen und bei Bedarf angenommen werden soll.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

15.April 2020	IWF	Short Term Liquidity Line: Das IWF Exekutivdirektorium beschließt eine neue Fazilität, die „Short-term liquidity Line“, eine wiederkehrende (revolvierende) Liquiditätslinie in Höhe von bis zu 145 Prozent der Quote des jeweiligen Landes, wobei diese Linie für Länder mit starken Fundamentaldaten zur Verfügung stehen wird.
14. April 2020	IWF	World Economic Outlook: Unter Vorwegnahme der teilweisen Ergebnisse des im Mai zu publizierenden *World Economic Outlook* präsentiert die Chökonomin des IWF, G. Gopinath, die Schätzungen des IWF zur weiteren globalen Wirtschaftsentwicklung. Das globale reale BIP würde (im baseline szenario) im laufenden Jahr um rd. 3 % fallen, dies entspricht einer Abwärtsrevision gegenüber der letzten Prognose im Jänner 2020 um rd. 6,3 %. Das reale BIP der Industrieländer würde um rd. 6,1 %, jenes der U.S. um rd. 5,9 %, jenes des Euroraums um rd. 7,5 % und jenes der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer um rd. 1,0 % zurückgehen. Die Wirtschaftsleistung Chinas würde im heurigen Jahr in vergleichsweise geringem Ausmaß um rd. 1,2 % zunehmen. Für Österreich rechnet der IWF mit einem Sinken des realen BIP in Höhe von rd. 7,0 %. Sowohl für die Industrie- als auch die Schwellen- und Entwicklungsländer rechnet der IWF im kommenden Jahr mit einer Rückkehr auf den Wachstumspfad, wobei die prognostizierten Steigerungsraten die globalen realen BIP-Verluste des heurigen Jahres nicht kompensieren würden.

13. April 2020	IWF	Catastrophe Containment and Relief Trust (CCRT): Das IWF Exekutivdirektorium beschließt Schuldendiensterleichterungen für 25 einkommensschwache Mitgliedsländer. Die Finanzierung der Schuldendiensterleichterungen erfolgt über den *CCRT* (aktuelles Finanzierungsvolumen rd. 500 Mio USD). Im Rahmen des *CCRT* werden den Empfängerländern nicht-rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden, die in weiterer Folge in den kommenden sechs Monaten zur Tilgung von Schuldverpflichtungen dem IWF gegenüber verwendet werden sollen. Zu den Empfängerländern zählen Afghanistan, Benin, Burkina Faso, die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Komoren, Kongo, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Liberia, Madagaskar, Mali, Mozambique, Nepal, Niger, Rwanda, Sao Tomé und Principe, Sierra Leone, Solomon Islands, Tadschikistan, Togo und Jemen. Aufgrund der ablehnenden Stellungnahme der EZB zum Gesetzesentwurf 2016 kann sich Österreich bzw. die OeNB am CCRT nicht beteiligen.
10. April 2020	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium genehmigt eine Inanspruchnahme des Rapid Financing Instrument (RFI) für Nordmazedonien in Höhe von 176,53 Mio EUR (140,3 Mio SZR, 100% der Quote) sowie für Albanien in Höhe von 174 Mio EUR (139,3 Mio SZR, 100% der Quote). Weiters erhält der Kosovo Mittel aus dem RFI in Höhe von 51,6 Mio EUR (41,3 Mio SZR, 50% der Quote).
9. April 2020	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium beschließt u.a. in Anbetracht der hohen Anzahl finanzieller Unterstützungsansuchen der Mitgliedsländer, die institutionellen Abläufe zur Genehmigung einer Inanspruchnahme des *Rapid Financing Instrument (RFI)* und der *Rapid Credit Facility (RCF)* zu beschleunigen sowie die Betragsbeschränkungen temporär (sechs Monate) auf 100 % der Quote sowie kumulativ 150 % der Quote zu erhöhen.
30. März 2020	IWF	Bilaterale Darlehen: Das IWF Exekutivdirektorium beschließt das Regelwerk der ab 1.Jänner 2021 geplanterweise in Kraft zu tretenden neuen Runde von bilateralen Kreditlinien des IWF mit einzelnen Mitgliedsländern.
27. März 2020	IWF	NAB Verdoppelung: Der U.S.-Kongress stimmt einer Beteiligung der U.S. an der am 16. Jänner 2020 im IWF-Exekutivdirektorium beschlossenen Verdopplung des NAB-Gesamtvolumens auf rd. 364,7 Mrd SZR (rd. 504 Mrd USD) zu. Damit wird ein Inkrafttreten der NAB-Verdoppelung ab Jänner 2021 wahrscheinlicher.
25. März 2020	IWF	IWF Schuldenerleichterung für Somalia: IWF und Weltbank sind zu der Entscheidung gelangt, dass Somalia nunmehr alle notwendigen Schritte unternommen habe, sodass die Schulderleichterungen gemäß der *enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC)-Initiative* gewährt werden können. Durch diese Maßnahmen wird die Staatsverschuldung Somalias schrittweise von rd. 5,2 Mrd USD (per Ende 2018) auf rd. 557 Mio USD (per Ende März 2023) reduziert werden. An der Entschuldigungsoperation sind neben IWF und Weltbank auch im Pariser Club vertretene Gläubigerländer (u.a. U.S., Russland, Italien,

		Frankreich) sowie die Internationale Entwicklungsorganisation und die Afrikanische Entwicklungsbank beteiligt.
19. März 2020	IWF	Ernennung des neuen First Deputy Managing Director des IWF: Das IWF-Exekutivdirektorium stimmt der beschleunigten Ernennung von Geoffrey Okamoto als *First Deputy Managing Director* des IWF zu. G. Okamoto war zuletzt als *U.S. Acting Assistant Secretary of the Treasury for International Finance and Development* tätig.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 23. April 2020

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
A = Anstieg
R = Rückgang

Prognose des Internationalen Währungsfonds für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
USA	−5,9	4,7	0,6	2,2	10,4	9,1	−15,4	−8,6	108,0	110,0	−2,6	−2,8
Japan	−5,2	3,0	0,2	0,4	3,0	2,3	−7,1	−2,1	237,6	238,4	1,7	1,9
China	1,2	9,2	3,0	2,6	4,3	3,8	−11,2	−9,6	60,9	65,4	0,5	1,0
Euroraum	−7,5	4,7	0,2	1,0	10,4	8,9	−7,5	−3,6	82,3	80,8	2,6	2,7
EU28	−7,1	4,8	0,6	1,2	×	×	−7,2	−3,4	78,9	77,6	2,7	2,9
Österreich	−7,0	4,5	0,4	1,7	5,5	5,0	−7,1	−1,6	67,7	65,1	1,9	2,0
Deutschland	−7,0	5,2	0,3	1,2	3,9	3,5	−5,5	−1,2	55,7	53,1	6,6	6,7
Vereinigtes Königreich	−6,5	4,0	1,2	1,5	4,8	4,4	−8,3	−5,5	84,8	84,6	−4,4	−4,5
Polen	−4,6	4,2	3,2	2,6	9,9	8,0	−6,7	−3,5	47,3	47,1	0,2	0,1
Ungarn	−3,1	4,2	3,3	3,2	5,4	4,0	−3,0	−1,6	65,1	62,9	−0,1	−0,6
Tschechische Republik	−6,5	7,5	2,1	2,0	7,5	6,0	−4,7	−1,7	30,5	29,7	−2,1	−0,9

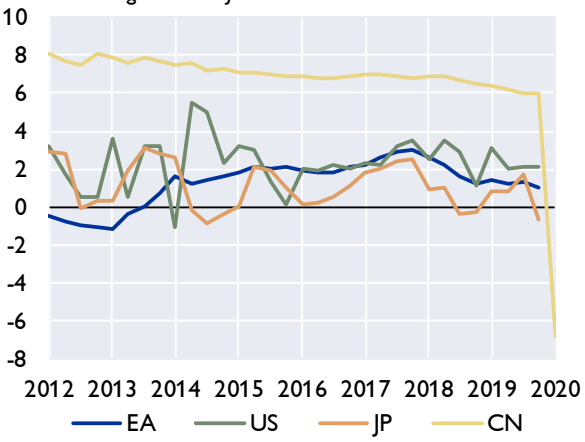
Quelle: IWF-WEO Prognose April 2020.

[1] HVPI-Inflation; China, USA, Japan: VPI.

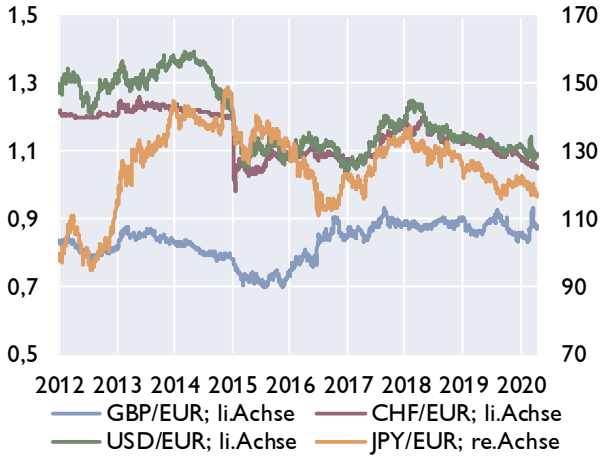
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

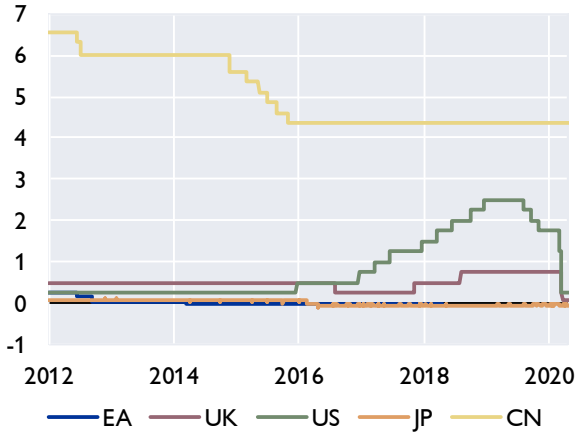


Wechselkurse zum Euro



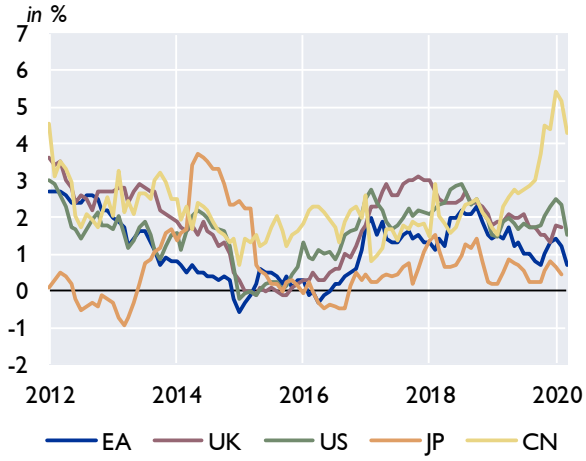
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



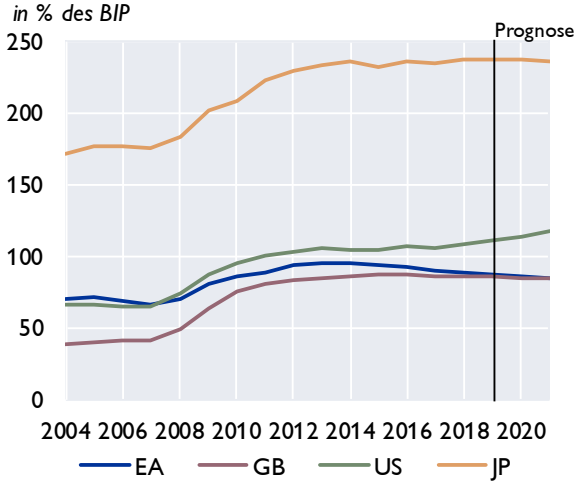
Verbraucherpreisindizes

in %



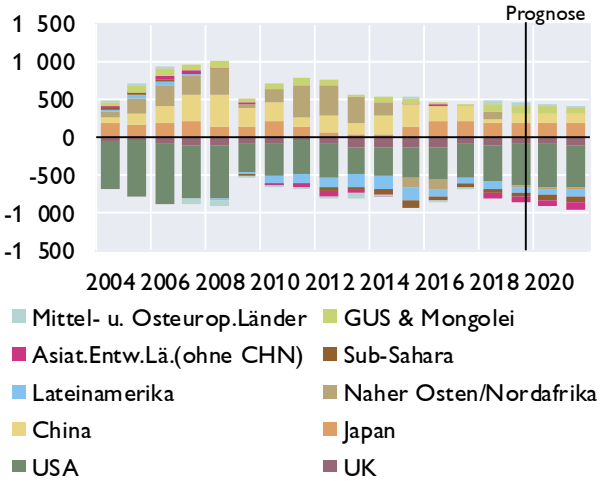
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

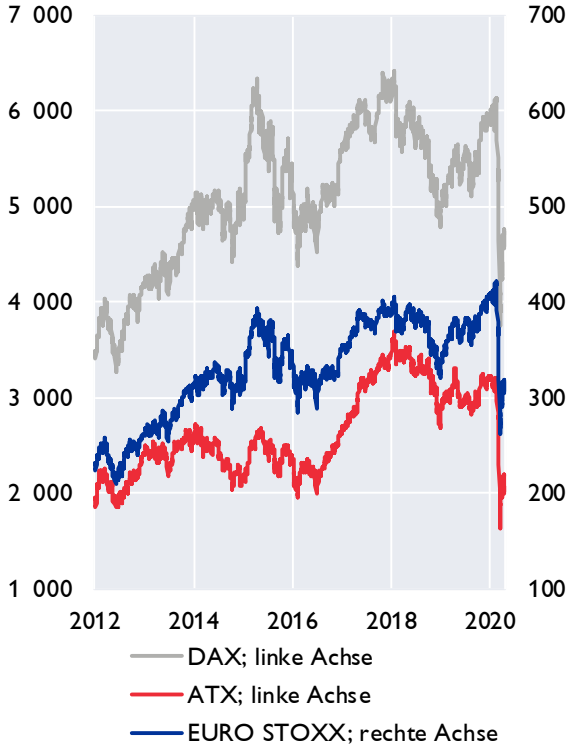


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK November 2019 und IWF WEO April 2020.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

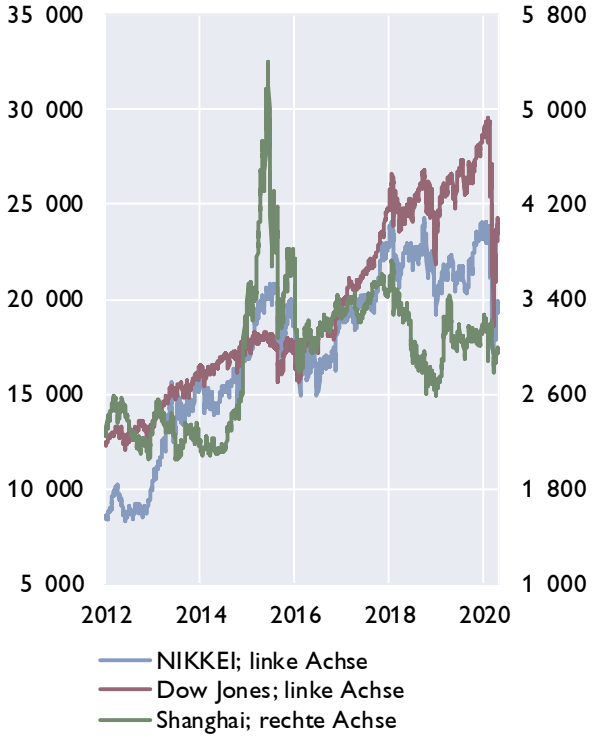
Aktienkurse - Europa

in Punkten



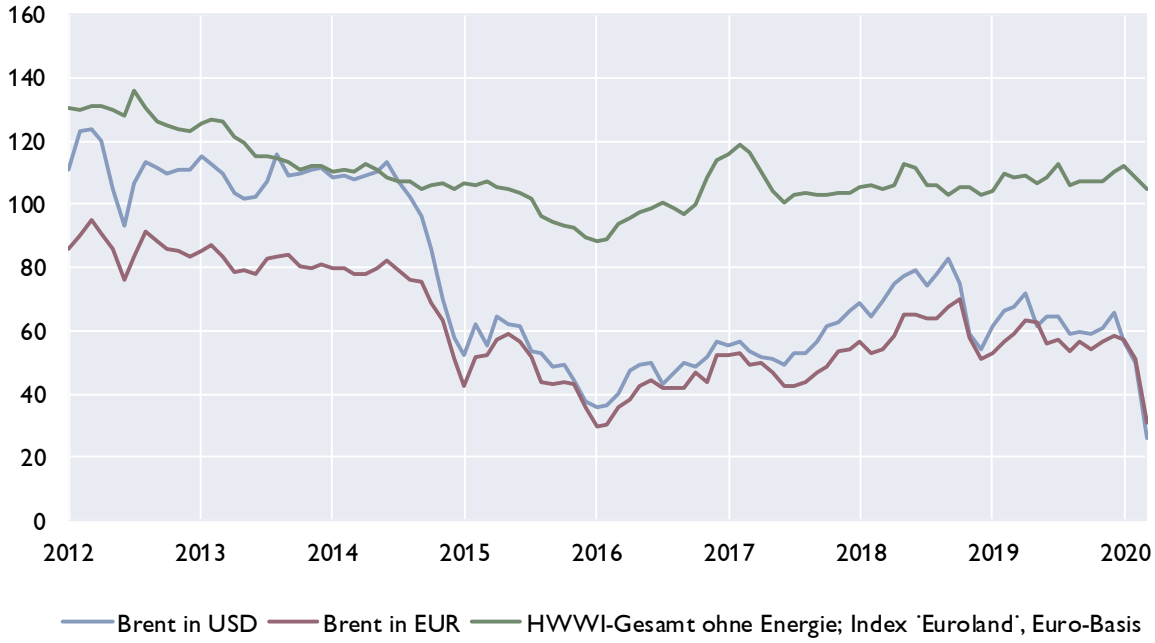
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD		IWF		EU-Kommission	
	März 2020			Interim März 2020 / Nov. 2019[1]		April 2020		Interim Feb. 2020 / Nov. 2019[2]	
	2020	2021	2022	2020	2021	2020	2021	2020	2021
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	0,8	1,3	1,4	**0,8**	**1,2**	−7,5	4,7	**1,2**	**1,2**
Privater Konsum, real	1,2	1,2	1,2	1,3	1,2	×	×	1,2	1,2
Öffentlicher Konsum, real	1,7	1,5	1,5	1,4	1,3	×	×	1,5	1,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,4	1,9	2,2	0,3	1,8	×	×	2,0	1,9
Exporte, real	1,6	2,5	2,6	×	×	×	×	2,1	2,3
Importe, real	1,8	2,7	2,8	×	×	×	×	2,6	2,7
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP Deflator	1,4	1,4	1,5	1,3	1,5	×	×	1,5	1,5
HVPI	1,1	1,4	1,6	1,1	1,4	0,2	1,0	**1,3**	**1,4**
Lohnstückkosten	1,6	1,2	1,4	1,8	1,6	×	×	1,4	1,4
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Beschäftigte	0,5	0,3	0,4	0,5	0,5	×	×	0,5	0,5
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	7,6	7,6	7,5	7,5	7,4	10,4	8,9	7,4	7,3
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	3,1	3,1	3,0	3,1	2,9	2,6	2,7	3,2	3,1
Öffentliches Defizit	−1,1	−1,5	−1,5	−0,9	−1,0	−7,5	−3,6	−0,9	−1,0
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	56,4	55,6	55,4	60,0	60,0	35,6	37,9	**60,4**	**56,9**
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,4	−0,5	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	**−0,4**	**−0,4**
USD/EUR	1,09	1,09	1,09	1,11	1,11	1,12	1,13	**1,11**	**1,11**
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	×	×	×	**1,9**	**2,1**	−5,9	4,7	1,8	1,6
BIP, real Welt	2,9	3,2	3,2	**2,4**	**3,3**	−3,0	5,8	3,0	3,1
Welthandel[3]	1,4	2,6	2,7	1,6	2,3	−11,0	8,4	2,3	2,6

[1] *fett unterlegte Werte: OECD Interimsprognose März 2020 (ausschließlich ausgewählte Indikatoren); restliche Daten OECD Prognose Nov.2019.*

[2] *fett unterlegte Werte: EK Winterprognose Feb.2020 (ausschließlich ausgewählte Indikatoren); restliche Daten EK Prognose Nov.2019.*

[3] *EZB: Welthandel (ohne Euroraum), EK: Welthandel (Weltimporte).*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2018	2019	2019 Q1	2019 Q2	2019 Q3	2019 Q4	2020 Q1	2019 Dez	2020 Jän	2020 Feb	2020 Mär
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,8	1,2	1,4	1,4	1,0	1,0	1,1	1,3	1,4	1,2	0,7
Kerninflation	1,0	1,0	1,0	1,1	0,9	1,2	1,1	1,3	1,1	1,2	1,0
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,4	1,2	1,2	1,6	1,1	1,0	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,8	2,0	2,4	2,3	1,7	1,9	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	2,2	2,0	2,2	2,1	2,2	1,7	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,4	0,0	-0,1	-0,2	0,5	-0,1	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	3,2	0,7	3,0	1,6	-0,6	-1,3	..	-0,6	-0,7	-1,3	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	106,2	108,1	107,3	108,0	108,9	108,1	108,6	110,4	112,2	108,7	104,9
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	60,6	57,2	56,2	60,7	55,7	56,3	46,3	58,4	57,3	50,9	30,7
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	71,5	64,1	63,6	68,4	62,0	62,4	51,2	65,2	63,7	55,5	34,1
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,9	1,2	0,5	0,1	0,3	0,1	..	x	x	x	x
Privater Konsum	1,4	1,3	0,4	0,2	0,5	0,1	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,1	1,7	0,5	0,4	0,6	0,4	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	5,7	0,9	5,0	-3,8	4,4	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,5	2,2	0,5	1,2	-0,5	1,1	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,4	-0,5	0,3	-1,2	0,9	-0,8	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	0,1	-0,5	-0,4	0,1	-0,2	-0,1	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	194,7	224,7	41,8	56,3	56,0	70,5	..	23,1	1,7	23,0	..
Leistungsbilanz	360,2	326,9	91,9	60,3	97,0	77,8	..	26,9	31,8	40,2	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,1	2,7	3,1	2,0	3,2	2,6	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	111,5	103,1	105,8	103,8	102,0	100,6	100,2	100,9	102,6	103,4	94,5
Industrievertrauen (Saldo)	6,7	-5,1	-0,3	-4,0	-7,1	-9,2	-8,0	-9,3	-7,0	-6,2	-10,8
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	55,0	47,4	49,1	47,7	46,4	46,4	47,2	46,3	47,9	49,2	44,5
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	103,1	97,1	99,4	98,5	95,2	95,4	92,7	96,3	95,9	96,0	86,1
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	0,7	-1,4	-0,6	-1,5	-1,8	-2,2	..	-3,1	-1,6	-1,6	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-4,9	-7,1	-7,0	-7,0	-6,8	-7,6	-8,8	-8,1	-8,1	-6,6	-11,6
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	1,6	2,3	2,4	2,1	2,6	2,1	..	2,1	2,1	2,7	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	83,8	82,3	83,5	82,7	81,8	81,0	80,9	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	8,2	7,6	7,8	7,6	7,5	7,4	..	7,4	7,4	7,3	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,5	1,2	0,4	0,2	0,2	0,3	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	4,2	4,9	4,7	4,6	5,7	4,9	..	4,9	5,2	5,5	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,2	5,2	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	3,0	3,5	3,1	3,2	3,2	3,5	..	3,5	3,7	3,8	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,32	-0,36	-0,31	-0,32	-0,40	-0,40	-0,41	-0,39	-0,39	-0,41	-0,42
10-Jahres Zinssatz (%)	1,27	0,59	1,11	0,80	0,17	0,27	0,28	0,37	0,32	0,14	0,38
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	1,59	0,94	1,42	1,12	0,57	0,67	0,68	0,76	0,71	0,55	0,79
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	115,3	117,9	133,4	114,3	114,5	109,7	122,8	98,7	99,1	103,9	164,9
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	375,2	373,8	353,1	372,9	374,4	394,0	373,6	401,5	406,8	407,1	308,5
Wechselkurs USD je EUR	1,18	1,12	1,14	1,12	1,11	1,11	1,10	1,11	1,11	1,09	1,11
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	98,9	97,3	97,4	97,3	97,7	97,0	96,7	96,7	96,2	95,6	98,1
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	93,4	91,2	91,6	91,4	91,4	90,4	89,5	90,1	89,3	88,7	90,6
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-0,5	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	87,9	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

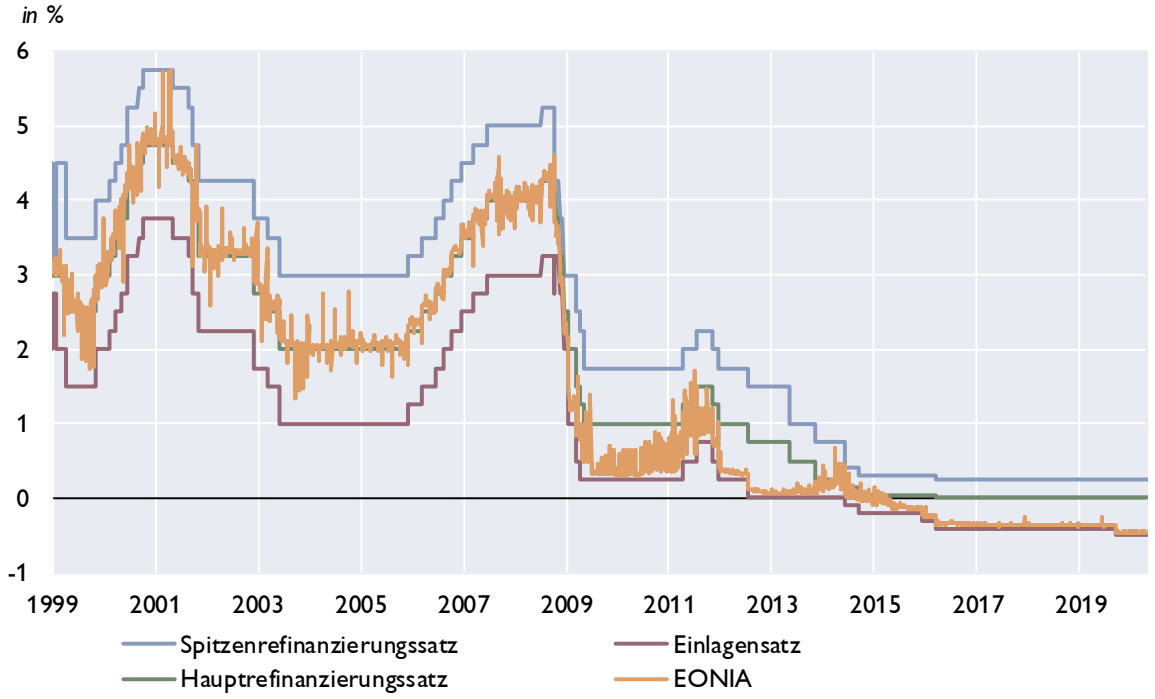
[1] *ILO-Definition.*

[2] *Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).*

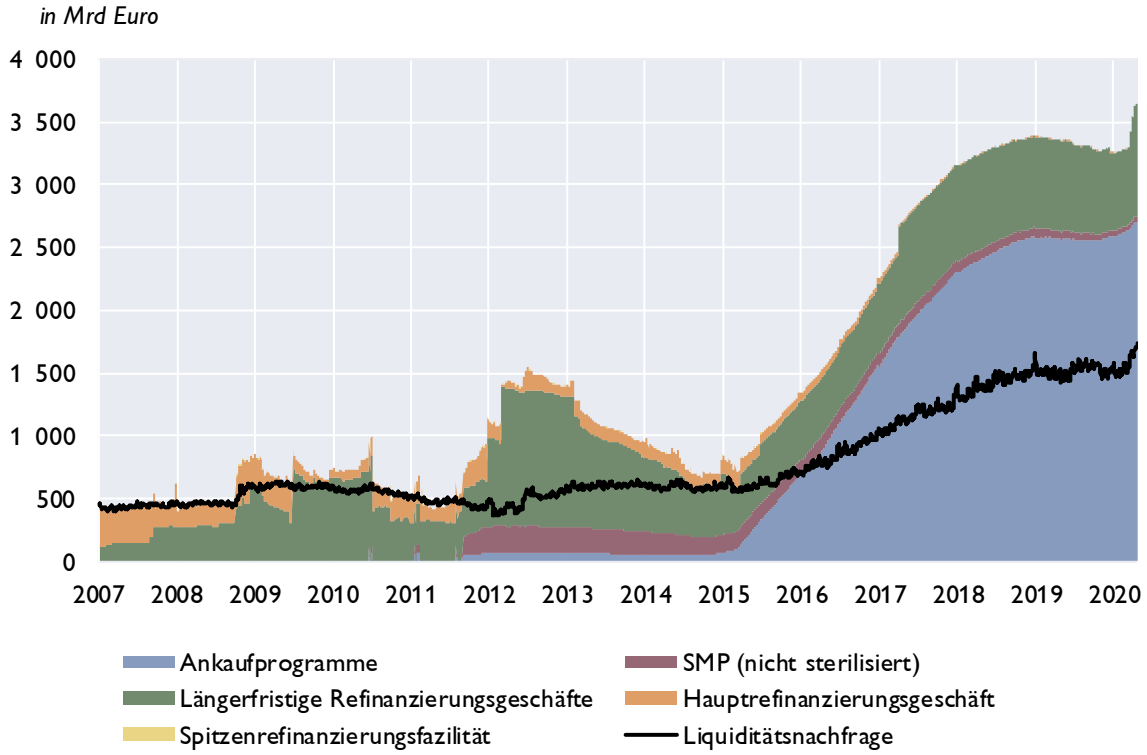
[3] *Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und EONIA



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

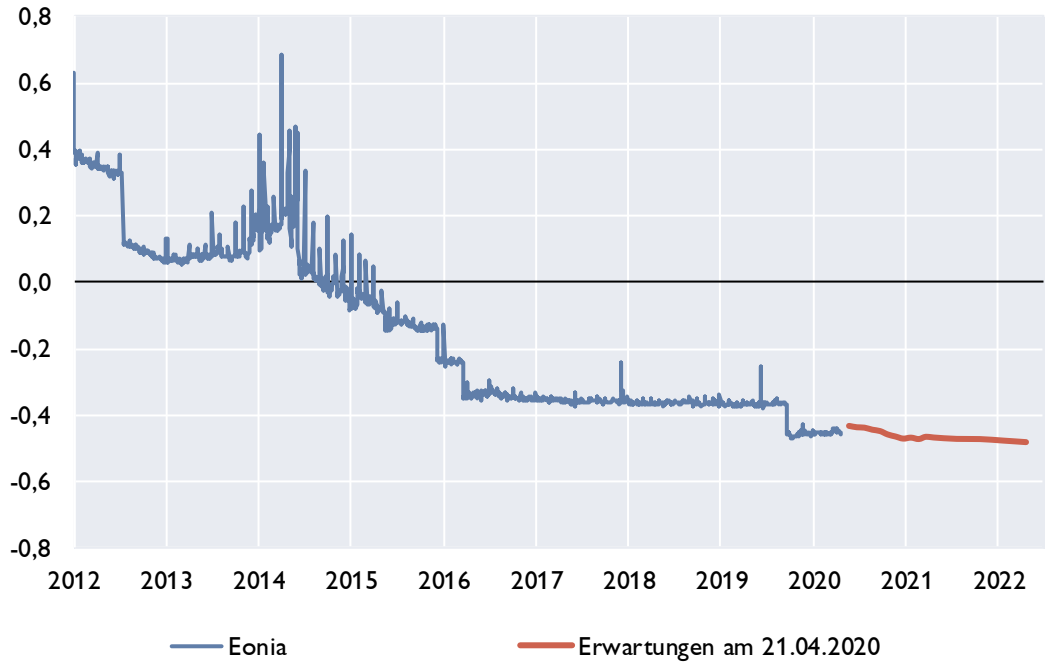


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

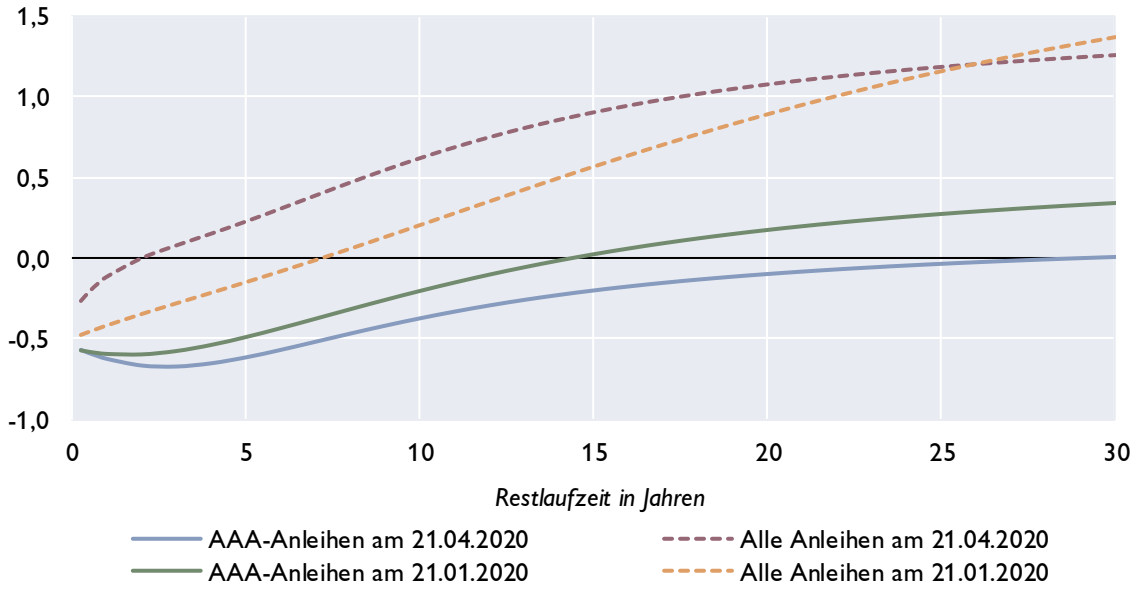
Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

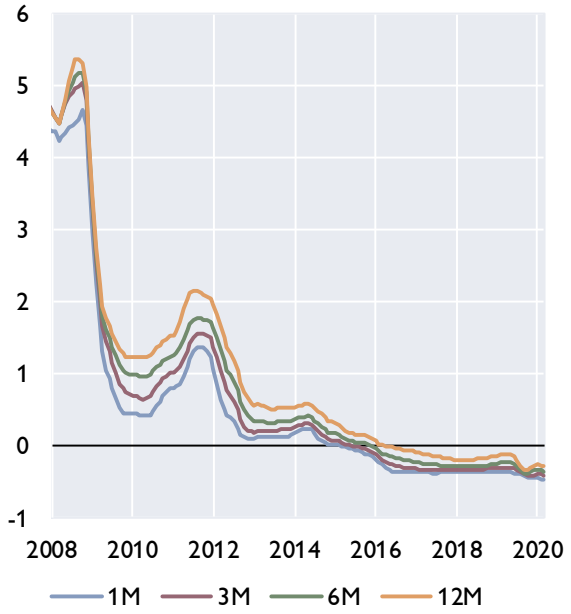


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

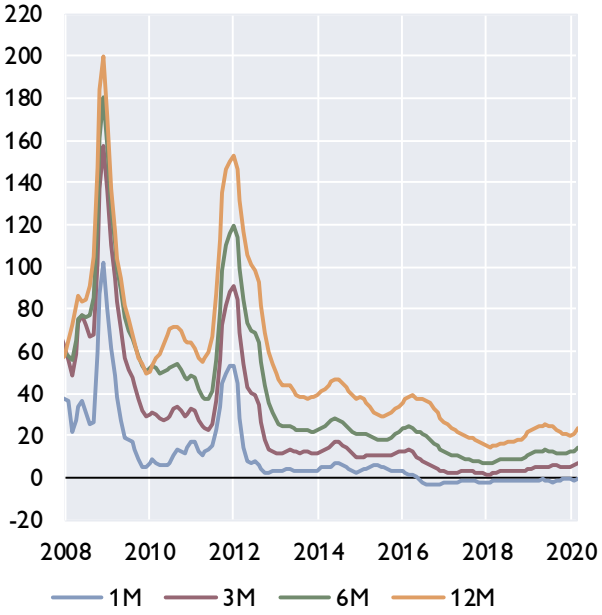
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



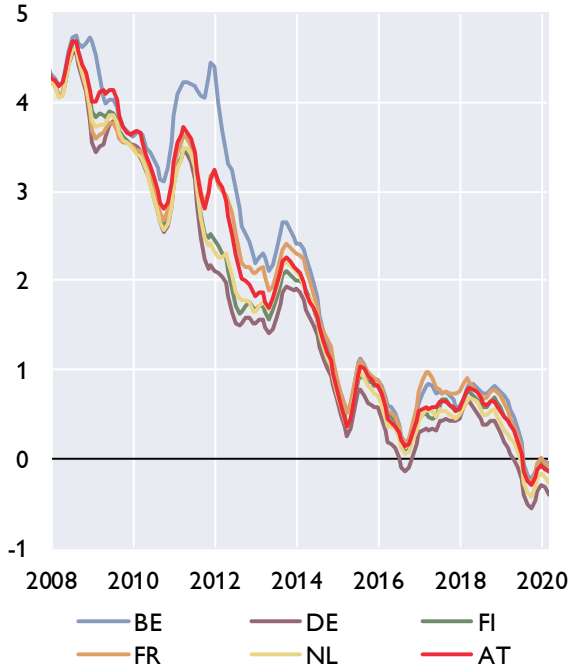
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



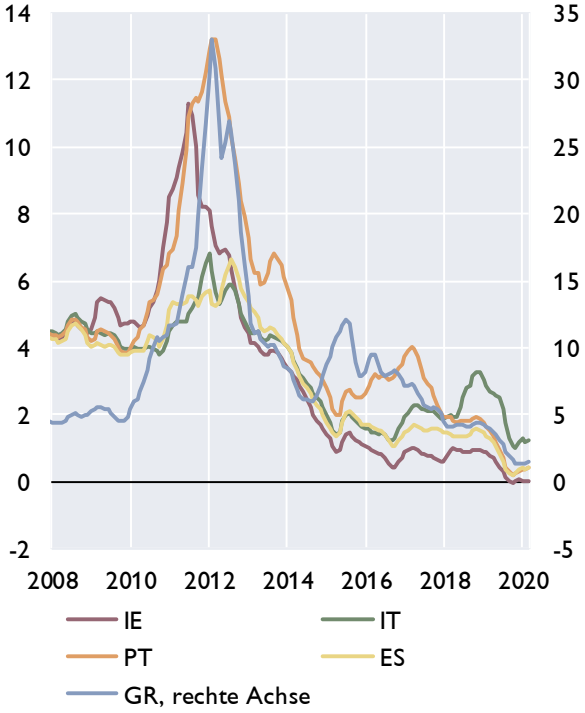
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

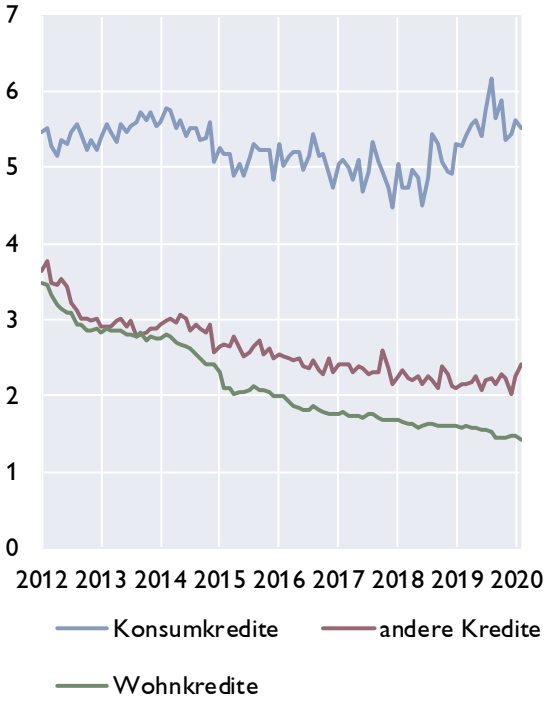


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

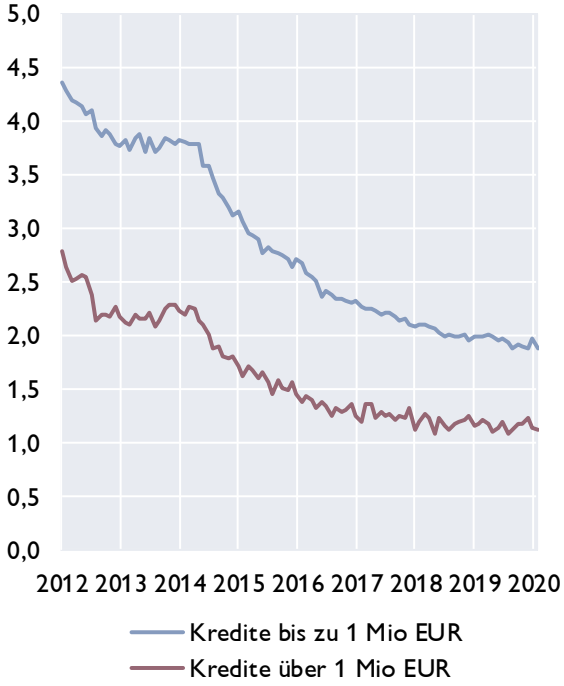
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



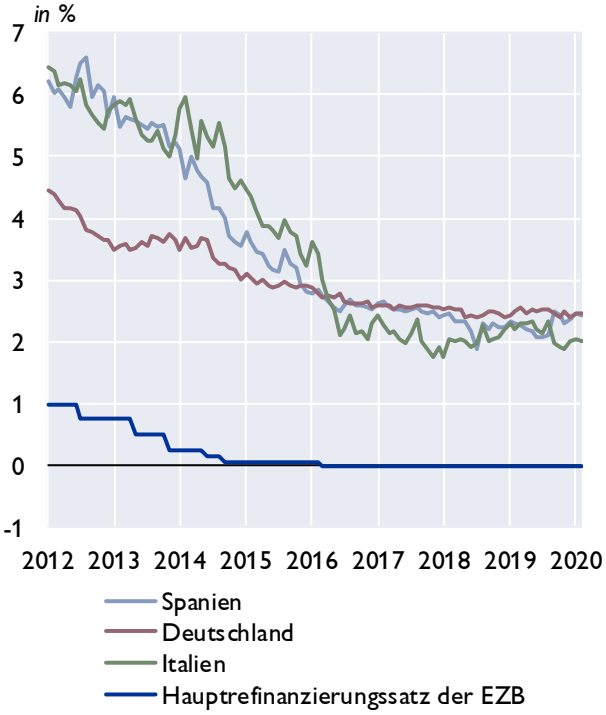
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



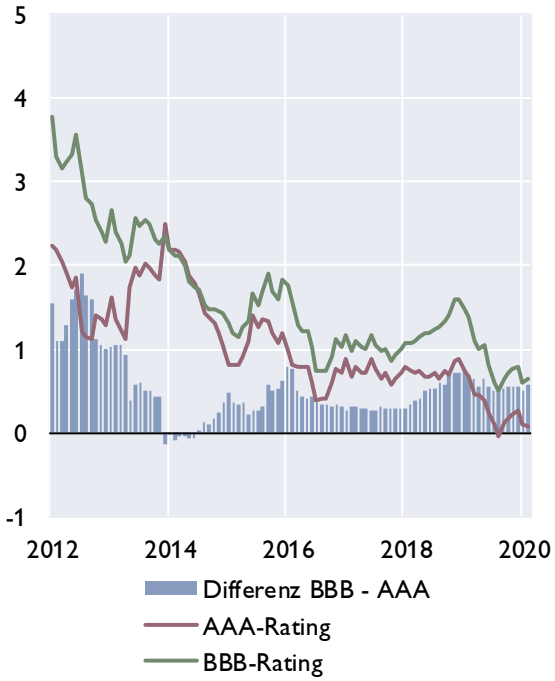
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

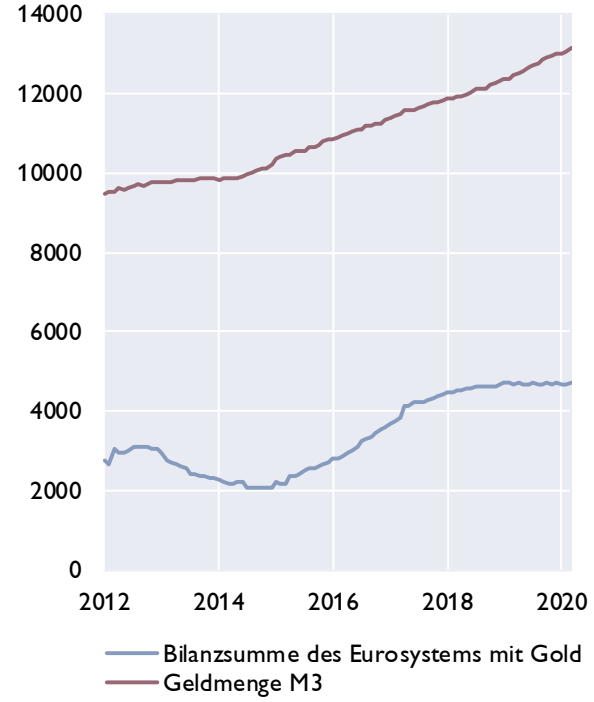


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

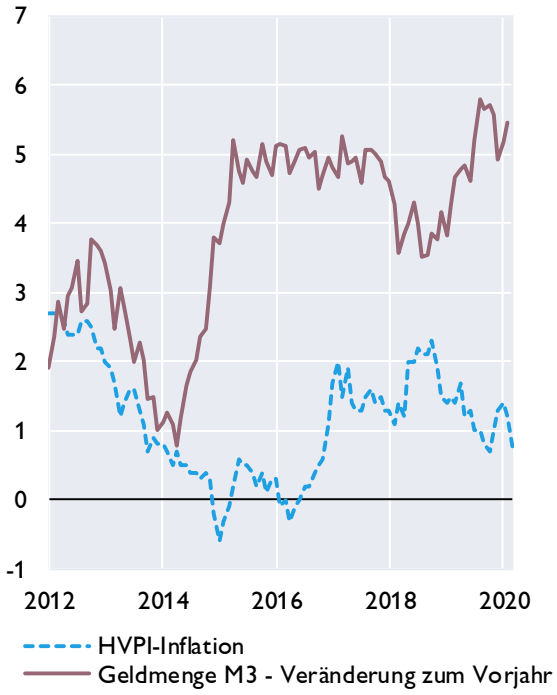
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



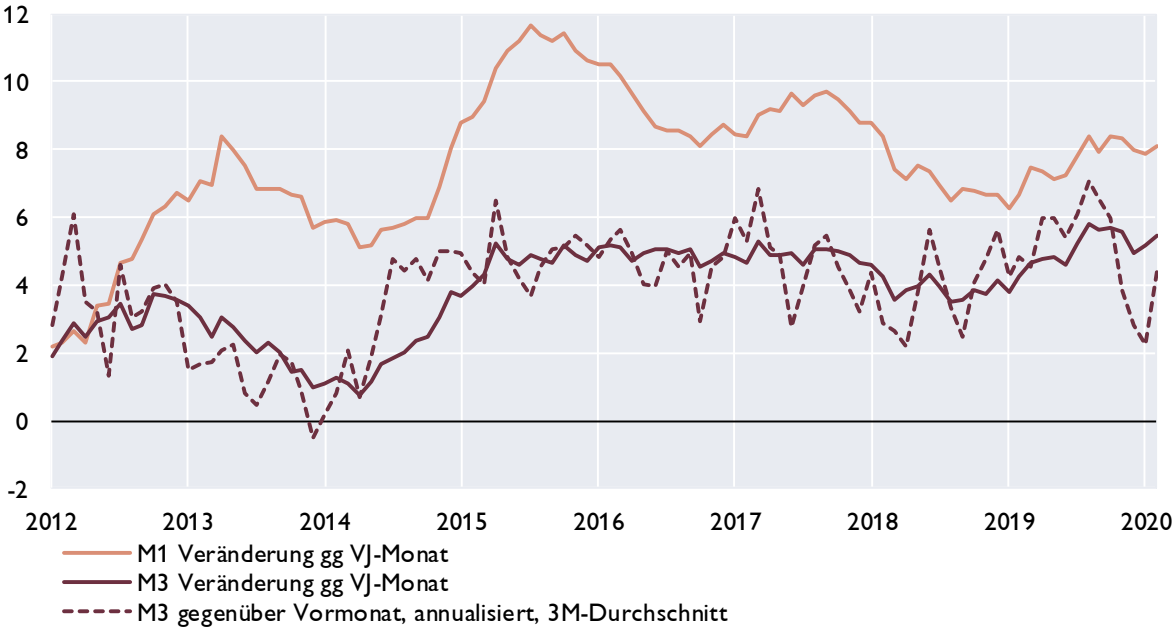
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

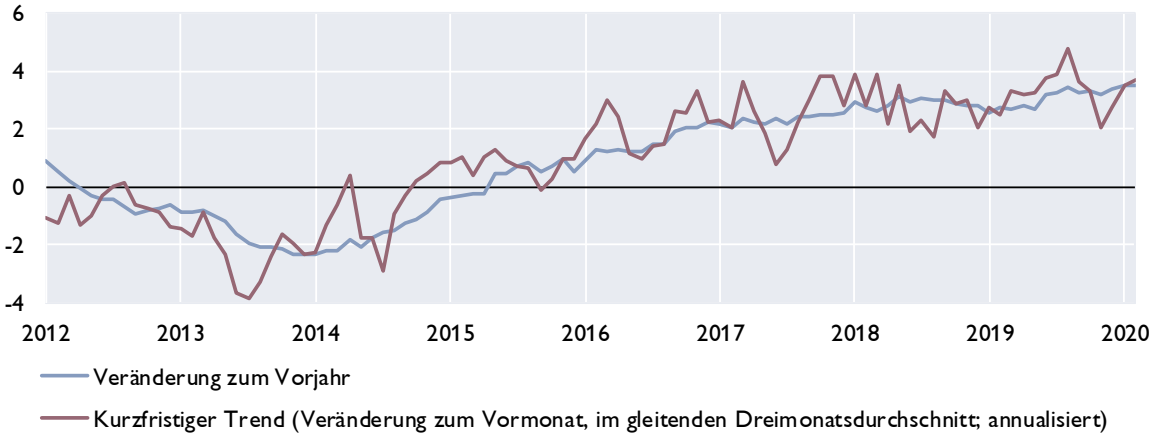
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2018	2019	Sep.19	Okt.19	Nov.19	Dez.19	Jän.20	Feb.20
Aktiva	Kredite	2,6	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
	Kredite an öffentliche Haushalte	2,0	−1,9	−1,1	−1,4	−1,4	−1,9	−1,9	−2,0
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	2,9	3,4	3,2	3,2	3,2	3,4	3,4	3,4
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*2,8*	*3,4*	*3,2*	*3,3*	*3,2*	*3,4*	*3,5*	*3,5*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	4,4	3,1	7,3	6,3	5,2	3,1	4,7	6,6
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,4	−2,8	1,2	−0,8	−0,6	−2,8	−1,3	1,0
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	0,8	1,5	1,8	1,5	1,7	1,5	1,2	0,9

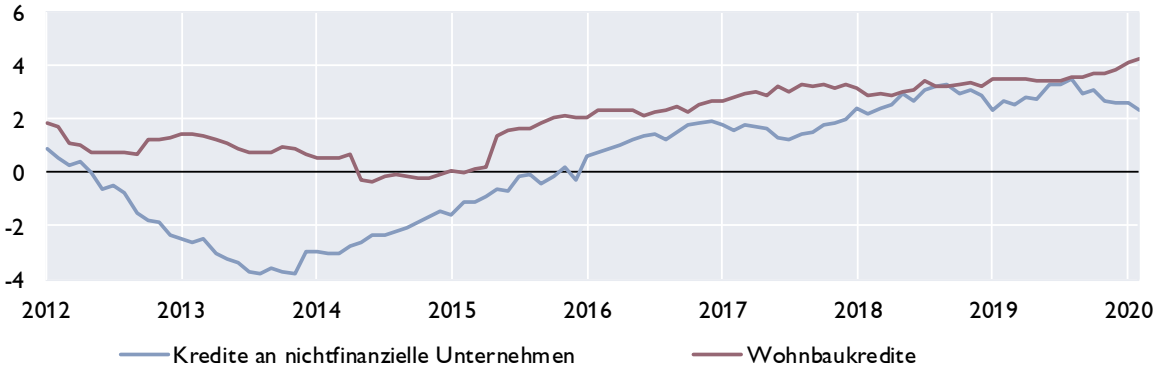
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



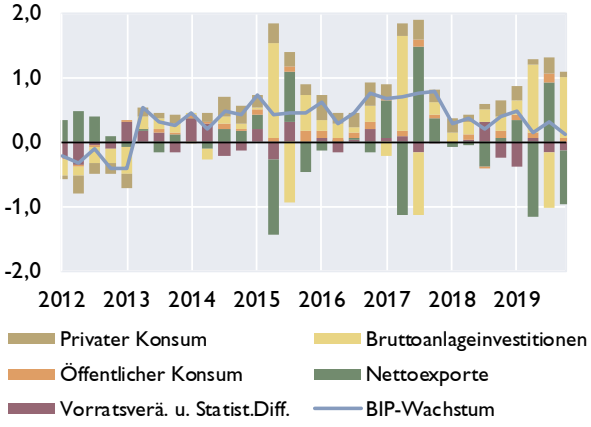
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

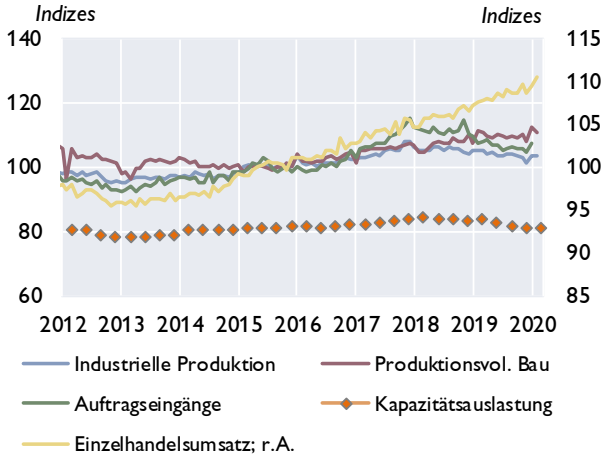
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

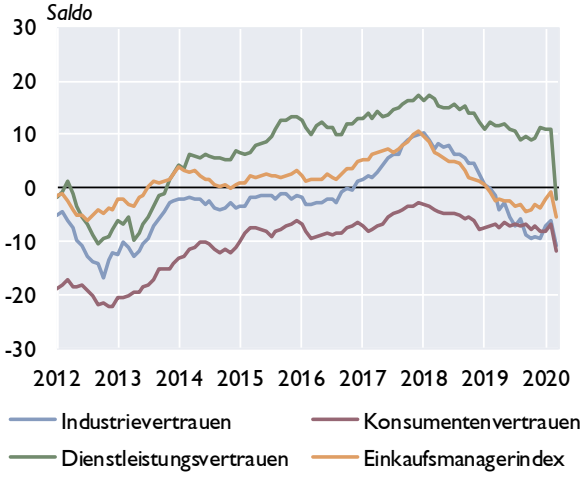
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



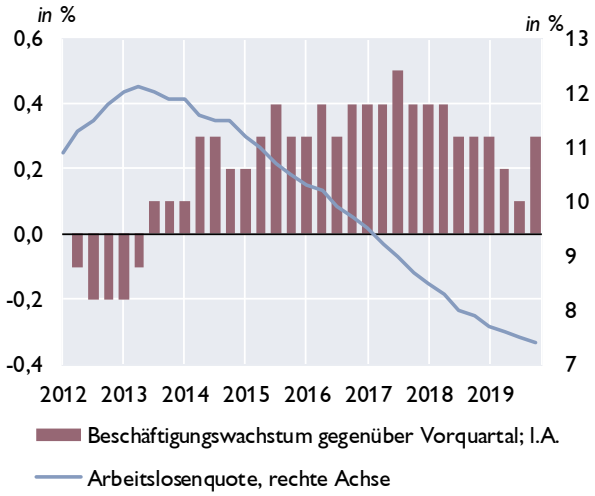
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2017	2018	2019	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19	4Q19
Leistungsbilanz	348,2	360,9	320,5	102,2	67,9	30,4	114,3	107,8
Güter	345,6	300,3	322,3	73,4	65,7	74,2	85,6	96,8
Dienstleistungen	71,5	116,3	68,1	22,2	23,2	3,1	45,1	−3,4
Einkommen	67,3	95,2	80,9	49,7	33,0	−18,3	20,8	45,3
Laufende Transfers	−136,3	−150,9	−150,8	−43,0	−53,9	−28,7	−37,3	−30,9
Vermögensübertragungen	−20,3	−35,0	−19,9	−44,9	−4,2	−15,4	2,0	−2,2
Kapitalbilanz	340,7	373,4	278,3	79,3	92,2	−2,1	105,4	82,8
Direktinvestitionen	−45,1	122,4	10,7	−37,0	103,6	−90,8	26,6	−28,7
Portfolioinvestitionen	369,5	209,6	−50,0	81,3	−87,4	−51,7	−41,2	130,4
Finanzderivate	25,4	92,5	37,0	29,8	5,4	32,8	4,2	−5,4
Sonstige Investiitionen	−8,0	−76,1	277,4	−0,7	67,8	104,8	115,7	−10,9
Währungsreserven	−1,1	25,0	3,2	5,8	2,8	2,8	0,1	−2,5
Statistische Differenz	12,8	47,5	−22,3	21,9	28,4	−17,1	−10,9	−22,7
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	3,2	3,1	2,7	2,8	3,1	2,0	3,2	2,6

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

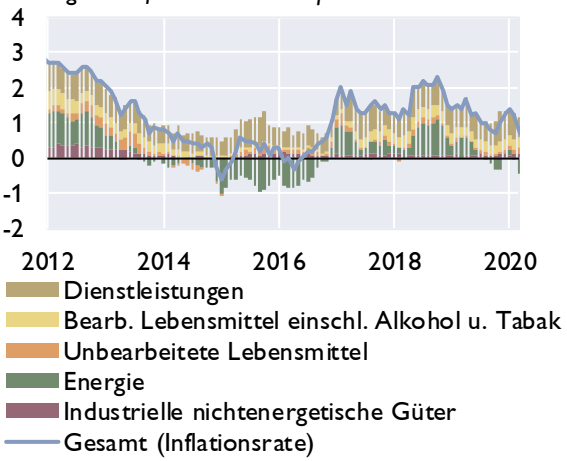
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2019	2018	2019	Dez.19	Jän.20	Feb.20	Mär.20
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	1,8	1,2	1,3	1,4	1,2	0,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,1	1,7	1,4	1,7	1,7	1,8	2,3
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	4,1	3,1	3,4	3,5	3,3	3,0
Bekleidung und Schuhe	5,9	0,1	0,7	0,9	0,3	0,9	1,0
Wohnung, Wasser, Energie	16,1	2,4	1,7	0,7	0,6	0,2	−0,4
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,1	0,4	0,4	0,6	0,4	0,7	0,7
Gesundheitspflege	4,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8
Verkehr	15,6	3,3	1,1	1,9	3,0	1,8	−0,6
Nachrichtenübermittlung	3,0	−1,1	−2,1	−1,4	−1,4	−1,1	−1,3
Freizeit und Kultur	8,8	1,0	0,3	1,1	0,0	0,4	0,1
Bildungswesen	1,0	−1,8	0,2	0,9	0,5	0,4	0,4
Hotels, Cafes und Restaurants	10,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,6	1,4	1,6	1,7	1,6	1,7	1,7

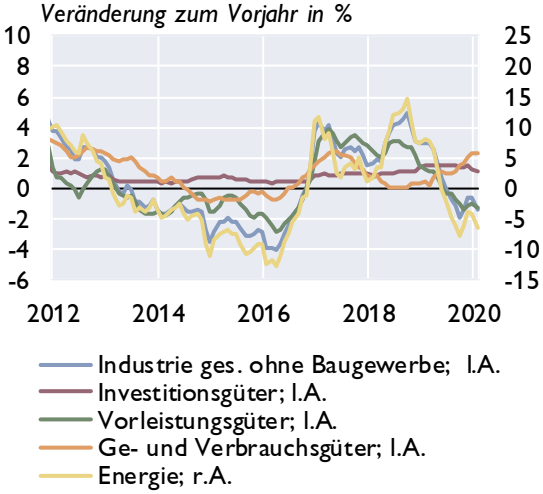
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



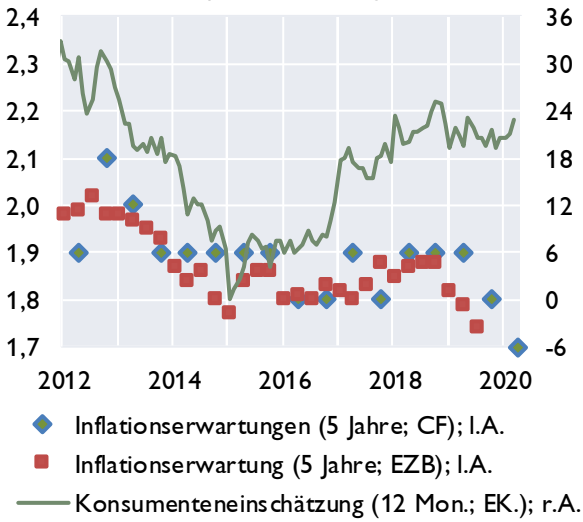
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



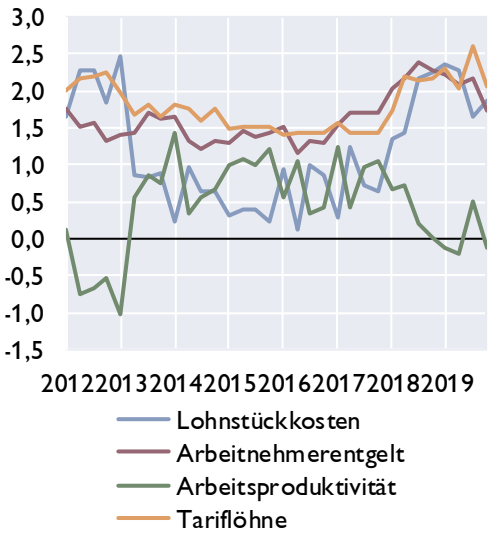
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

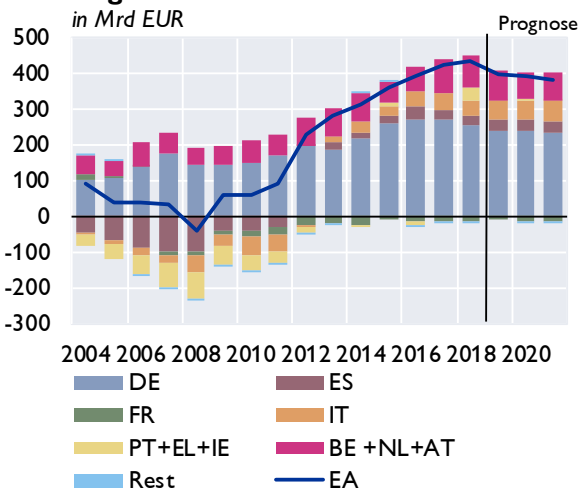
Veränderung zum Vorjahr in %

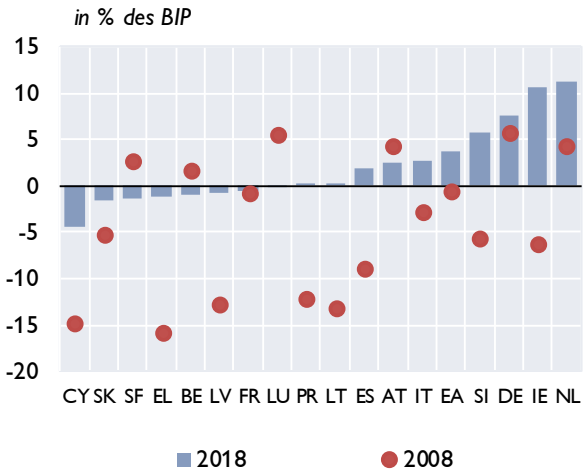


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts. **) Schnellschätzung.*

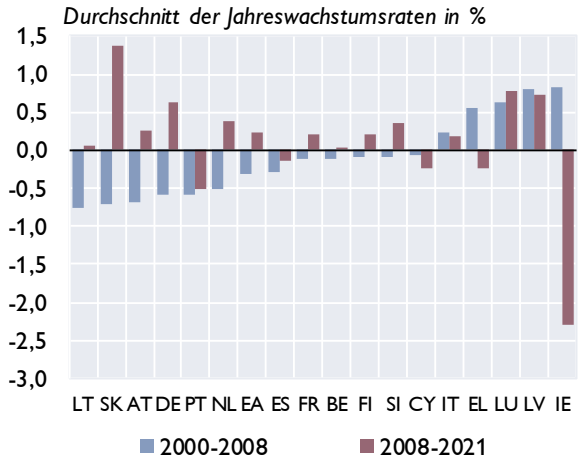
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

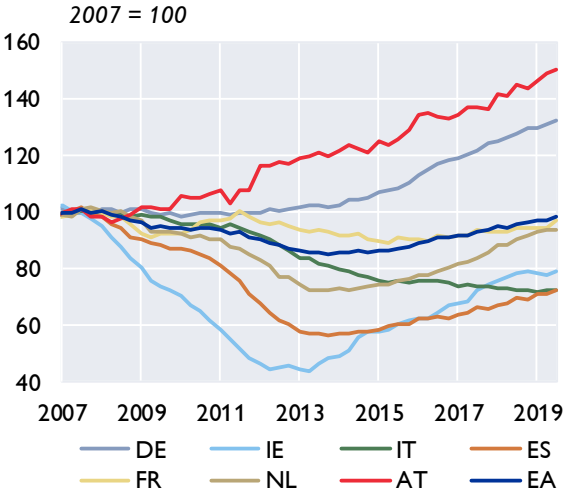




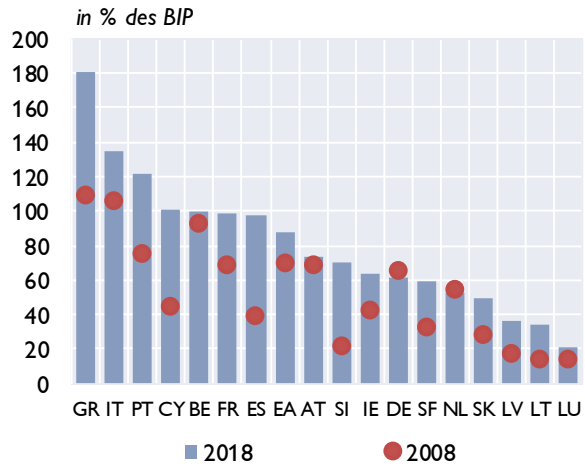
Lohnstückkosten[1]



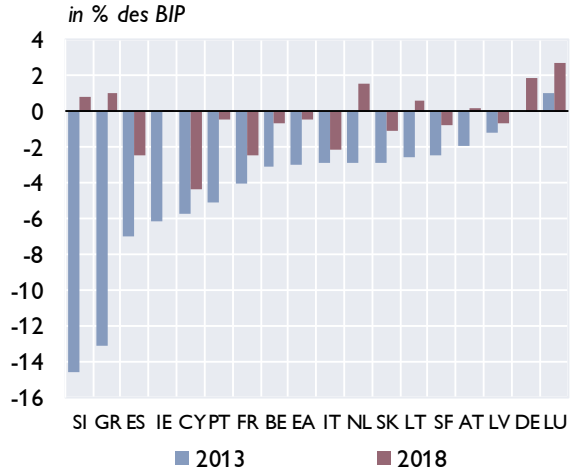
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



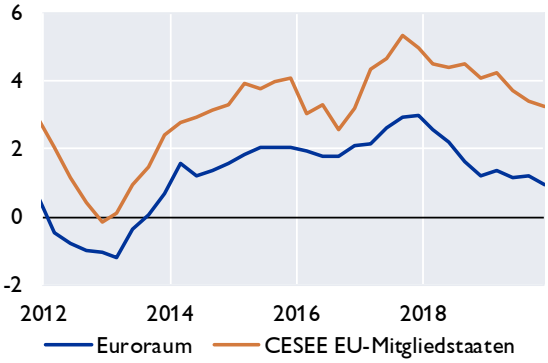
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose November 2019.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

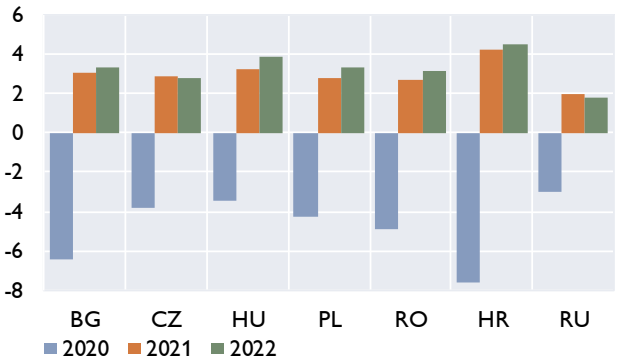
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



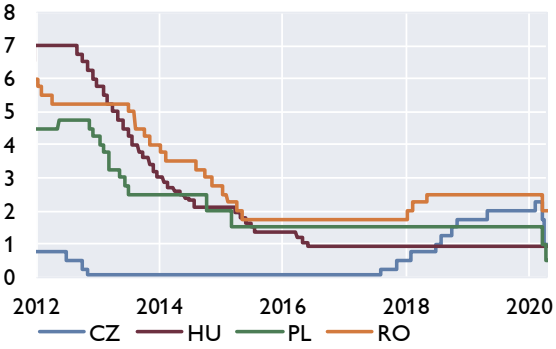
OeNB-BOFIT[1] Prognose April 2020

reales BIP-Wachstum in %



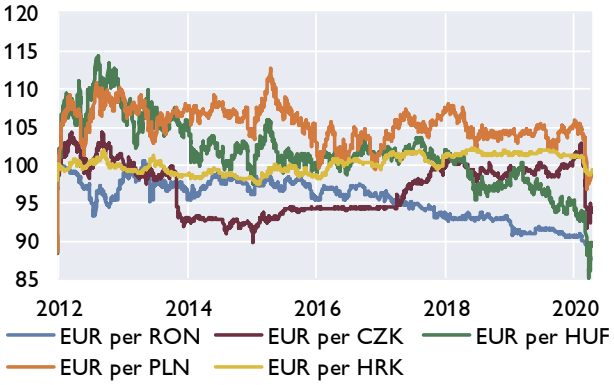
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2012=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	Oktober 2019		Februar 2020		April 2020		März 2020	
	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021
Bulgarien	−4,5	3,0	2,9	3,1	−4,0	6,0	2,8	2,3
Estland	×	×	2,2	2,4	−7,5	7,9	2,7	2,6
Kroatien	−7,6	4,2	2,6	2,3	−9,0	4,9	2,7	2,7
Lettland	×	×	2,3	2,4	−8,6	8,3	2,0	2,3
Litauen	×	×	2,6	2,4	−8,1	8,2	2,8	2,6
Polen	−4,3	2,8	3,3	3,3	−4,6	4,2	3,6	3,3
Rumänien	−4,9	2,7	3,8	3,5	−5,0	3,9	3,2	2,8
Russland	−3,0	2,0	×	×	−5,5	3,5	2,1	2,3
Slowakei	×	×	2,2	2,6	−6,2	5,0	2,0	2,4
Slowenien	×	×	2,7	2,7	−8,0	5,4	2,6	2,7
Tschechische Republik	−3,8	2,9	2,1	2,2	−6,5	7,5	2,2	2,4
Ungarn	−3,5	3,2	3,2	2,8	−3,1	4,2	3,3	2,6

[1] *Bank of Finland Institute for Economies in Transition.*

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2019	Prognose[1] 2020	2021	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19	4Q19
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,4	−6,9	4,6	1,5	1,3	1,3	1,6	1,2
Deutschland	0,6	−7,0	5,2	0,6	1,0	0,3	0,6	0,5
Estland	4,3	−7,5	7,9	5,0	4,6	4,4	4,5	4,0
Irland	5,5	−6,8	6,3	3,7	7,3	4,2	4,5	6,3
Griechenland	1,9	−10,0	5,1	1,8	1,6	2,8	2,3	1,0
Spanien	2,0	−8,0	4,3	2,1	2,2	2,0	1,9	1,8
Frankreich	1,3	−7,2	4,5	1,2	1,3	1,5	1,5	0,9
Italien	0,3	−9,1	4,8	0,0	0,2	0,4	0,5	0,1
Zypern	3,2	−6,5	5,6	3,8	3,3	3,1	3,3	3,2
Lettland	2,2	−8,6	8,3	5,3	3,3	2,7	1,8	1,0
Litauen	3,9	−8,1	8,2	3,7	4,1	3,9	3,8	3,8
Luxemburg	2,3	−4,9	4,8	1,3	0,3	2,9	2,8	3,1
Malta	4,4	−2,8	7,0	8,1	5,6	4,5	3,3	4,3
Niederlande	1,8	−7,5	3,0	2,1	2,0	1,6	1,8	1,6
Österreich	1,6	−7,0	4,5	2,2	1,9	1,7	1,5	0,9
Portugal	2,2	−8,0	5,0	2,3	2,4	2,1	1,9	2,2
Slowenien	2,4	−8,0	5,4	3,3	3,5	2,3	2,1	1,7
Slowakische Republik	2,3	−6,2	5,0	3,6	3,3	2,3	1,7	1,9
Finnland	1,0	−6,0	3,1	0,9	0,5	1,1	1,6	0,6
Euroraum	1,2	−7,5	4,7	1,2	1,4	1,2	1,3	1,0
Bulgarien	3,4	−4,0	6,0	3,4	3,8	3,5	3,2	3,1
Tschechische Republik	2,6	−6,5	7,5	2,6	2,8	2,7	2,5	2,0
Dänemark	2,4	−6,5	6,0	3,1	1,9	2,7	2,6	2,3
Kroatien	2,9	−9,0	4,9	2,6	4,0	2,4	2,8	2,7
Ungarn	4,9	−3,1	4,2	5,1	5,3	5,1	4,8	4,6
Polen	4,1	−4,6	4,2	4,6	4,7	4,1	4,0	3,7
Rumänien	4,1	−5,0	3,9	4,3	5,0	4,4	3,2	4,2
Schweden	1,2	−6,8	5,2	2,1	1,4	1,0	1,9	0,8
EU	1,5	−7,1	4,8	1,5	1,7	1,5	1,6	1,3
Türkei	0,9	−5,0	5,0	−2,8	−2,3	−1,6	1,0	6,0
Vereinigtes Königreich	1,4	−6,5	4,0	1,4	2,0	1,3	1,3	1,1
USA	2,3	−5,9	4,7	1,1	3,1	2,0	2,1	2,1
Japan	0,7	−5,2	3,0	−0,2	0,8	0,9	1,7	−0,7
Schweiz	0,9	−6,0	3,8	1,4	0,8	0,3	1,1	1,5
Russland	1,3	−5,5	3,5	2,8	0,4	1,1	1,5	2,1
Brasilien	1,1	−5,3	2,9	1,2	0,6	1,1	1,2	1,7
China	6,8	1,2	9,2	6,5	6,4	6,2	6,0	6,0
Indien	6,2	1,9	7,4	5,6	5,7	5,6	5,1	4,7

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, IWF, Macrobond.

[1] *IWF WEO Prognose April 2020.*

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2019	Prognose[2] 2020	2021	Nov.19	Dez.19	Jän.20	Feb.20	Mär.20
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,2	0,3	1,1	0,4	0,9	1,4	1,0	0,4
Deutschland	1,4	0,3	1,2	1,2	1,5	1,6	1,7	1,3
Estland	2,3	1,5	2,0	1,8	1,8	1,6	2,0	1,0
Irland	0,9	0,4	1,7	0,8	1,1	1,1	0,9	0,5
Griechenland	0,5	−0,5	1,0	0,5	1,1	1,1	0,4	0,2
Spanien	0,8	−0,3	0,7	0,5	0,8	1,1	0,9	0,1
Frankreich	1,3	0,3	0,7	1,2	1,6	1,7	1,6	0,8
Italien	0,6	0,2	0,7	0,2	0,5	0,4	0,2	0,1
Zypern	0,5	0,7	1,0	0,5	0,7	0,7	1,0	0,1
Lettland	2,7	−0,3	3,0	2,0	2,1	2,2	2,3	1,4
Litauen	2,2	−0,3	1,7	1,7	2,7	3,0	2,8	1,7
Luxemburg	1,6	0,7	1,5	1,0	1,8	2,5	1,8	0,3
Malta	1,5	0,6	1,9	1,3	1,3	1,4	1,1	1,2
Niederlande	2,7	0,5	1,2	2,6	2,8	1,7	1,3	1,1
Österreich	1,5	0,4	1,7	1,2	1,8	2,2	2,2	1,6
Portugal	0,3	−0,2	1,4	0,2	0,4	0,8	0,5	0,1
Slowenien	1,7	0,4	1,4	1,4	2,0	2,3	2,0	0,7
Slowakische Republik	2,8	1,1	1,4	3,2	3,2	3,2	3,1	2,4
Finnland	1,1	0,9	1,7	0,8	1,1	1,2	1,1	0,9
Euroraum	1,2	0,2	1,0	1,0	1,3	1,4	1,2	0,7
Bulgarien	2,5	1,0	1,9	2,2	3,1	3,4	3,1	2,4
Tschechische Republik	2,6	2,1	2,0	3,0	3,2	3,8	3,7	3,6
Dänemark	0,7	0,7	1,2	0,6	0,8	0,8	0,7	0,3
Kroatien	0,8	1,3	1,2	0,8	1,3	1,8	1,2	0,5
Ungarn	3,4	3,3	3,2	3,4	4,1	4,7	4,4	3,9
Polen	2,1	3,2	2,6	2,4	3,0	3,8	4,1	3,9
Rumänien	3,9	2,2	1,5	3,8	4,0	3,9	2,9	2,7
Schweden	1,7	0,5	1,5	1,8	1,7	1,5	1,3	0,8
EU	1,4	0,6	1,2	1,3	1,6	1,7	1,6	1,1
Türkei	15,2	12,0	12,0	10,6	11,8	12,2	12,4	11,9
Vereinigtes Königreich	1,8	1,2	1,5	1,5	1,3	1,8	1,7	..
USA	1,8	0,6	2,2	2,0	2,3	2,5	2,3	1,5
Japan	1,0	0,2	0,4	0,5	0,8	0,7	0,4	..
Schweiz	0,4	−0,4	0,6	−0,3	−0,1	0,2	−0,2	−0,4
Russland	4,5	3,1	3,0	3,5	3,1	2,4	2,3	2,6
Brasilien	3,7	3,6	3,3	3,3	4,3	4,2	4,0	..
China	2,9	3,0	2,6	4,5	4,5	5,4	5,2	4,3
Indien	7,7	3,3	3,6	8,6	9,6	7,5	6,8	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Macrobond.

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *IWF WEO Prognose April 2020.*

Arbeitslosenquoten[1]

	2019	Prognose[2] 2020	2021	Nov.19	Dez.19	Jän.20	Feb.20	Mär.20
	in %							
Belgien	5,4	7,3	6,8	5,2	5,2	5,2	5,2	..
Deutschland	3,2	3,9	3,5	3,2	3,2	3,2	3,2	..
Estland	4,5	6,0	4,7	4,3	4,4	4,7	..	..
Irland	5,0	12,1	7,9	4,7	4,7	4,8	4,8	5,4
Griechenland	17,3	22,3	19,0	16,7	16,4	16,4	..	..
Spanien	14,1	20,8	17,5	13,8	13,7	13,7	13,6	..
Frankreich	8,5	10,4	10,4	8,2	8,2	8,2	8,1	..
Italien	..	12,7	10,5	9,7	9,8	9,8	9,7	..
Zypern	7,1	8,8	7,4	6,5	6,3	6,0	5,8	..
Lettland	6,3	8,0	6,3	5,9	6,3	6,5	6,4	..
Litauen	6,3	8,9	8,1	6,5	6,4	6,6	6,6	..
Luxemburg	5,6	7,7	6,8	5,6	5,6	5,7	5,7	..
Malta	3,4	5,0	4,4	3,4	3,3	3,4	3,3	..
Niederlande	3,4	6,5	5,0	3,5	3,2	3,0	2,9	2,9
Österreich	4,5	5,5	5,0	4,2	4,2	4,3	4,4	..
Portugal	6,5	13,9	8,7	6,7	6,7	6,7	6,5	..
Slowenien	4,5	9,0	6,0	4,1	3,8	3,7	3,6	..
Slowakische Republik	5,8	8,0	7,4	5,6	5,6	5,5	5,5	..
Finnland	6,7	8,3	8,4	6,7	6,6	6,5	6,5	..
Euroraum	7,6	10,4	8,9	7,4	7,4	7,4	7,3	..
Bulgarien	4,2	8,0	4,5	4,2	4,2	4,1	4,1	..
Tschechische Republik	2,0	7,5	6,0	2,1	2,0	2,0	2,0	..
Dänemark	5,0	6,5	6,0	5,1	4,9	4,8	4,9	..
Kroatien	6,7	11,5	8,0	6,4	6,3	6,3	6,2	..
Ungarn	3,4	5,4	4,0	3,4	3,4	3,4	..	..
Polen	3,3	9,9	8,0	2,9	2,9	2,9	2,9	..
Rumänien	3,9	10,1	6,0	4,0	4,0	3,9	3,9	..
Schweden	6,8	10,1	8,9	7,3	6,6	7,2	7,5	6,7
EU	6,7	x	x	6,6	6,5	6,5	6,5	..
Türkei	13,7	17,2	15,6	13,2	13,1	..	..	..
Vereinigtes Königreich	3,8	4,8	4,4	3,7	3,7	3,8	..	..
USA	3,7	10,4	9,1	3,5	3,5	3,6	3,5	..
Japan	2,3	3,0	2,3	2,2	2,2	2,4	2,4	..
Schweiz	2,3	2,7	2,6	2,3	2,3	2,3	2,3	..
Russland	4,6	4,9	4,8	4,6	4,6	4,7	4,6	..
Brasilien	11,9	14,7	13,5	11,2	11,0	11,2	11,6	..
China	3,6	4,3	3,8	3,6	3,6	3,7	3,7	3,7
Indien	7,4	x	x	7,2	7,6	7,2	7,8	8,7

Quelle: Eurostat, Macrobond, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *IWF WEO Prognose April 2020.*

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Prognose[1] 2020	Prognose[1] 2021
	in % des BIP								
Belgien	1,8	1,5	1,4	0,6	1,2	−1,0	−1,2	−0,7	−1,1
Deutschland	6,6	7,4	8,6	8,7	8,3	7,7	7,1	6,6	6,7
Estland	0,3	0,7	1,8	1,7	2,7	2,0	1,7	−2,7	−1,9
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	0,5	10,6	−9,5	6,3	5,3
Griechenland	−2,2	−2,1	−0,2	−1,1	−1,0	−1,1	−2,1	−6,5	−3,4
Spanien	2,0	1,7	2,0	3,2	2,7	1,9	2,0	2,2	2,4
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,6	−0,6	−0,6	−0,8	−0,7	−0,6
Italien	1,1	1,9	1,4	2,6	2,7	2,6	3,0	3,1	3,1
Zypern	−1,5	−4,1	−0,5	−4,2	−5,1	−4,4	−6,7	−8,3	−5,6
Lettland	−2,5	−2,3	−0,9	1,4	1,0	−0,7	−0,5	−2,2	−1,5
Litauen	1,7	3,5	−2,4	−1,1	0,5	0,3	4,3	6,0	4,5
Luxemburg	−1,4	−1,0	0,3	0,2	−0,9	−0,0	4,5	4,0	4,4
Malta	0,2	5,8	2,8	3,8	10,5	9,8	8,4	3,3	6,1
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,8	11,2	10,9	9,0	9,4
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,9	1,7	2,5	2,6	1,9	2,0
Portugal	1,0	−0,1	−0,0	0,6	1,0	0,1	−0,1	0,3	−0,4
Slowenien	2,3	5,1	3,9	4,9	6,3	5,8	6,6	0,8	3,2
Slowakische Republik	3,1	2,6	−0,6	−2,0	−1,9	−1,6	−3,2	−3,0	−2,4
Finnland	−2,0	−1,4	−0,8	−1,9	−0,8	−1,4	−0,1	−3,5	−3,0
Euroraum	2,8	3,1	3,4	3,6	3,8	3,8	2,7	2,6	2,7
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,1	4,6	4,0	1,7	0,6
Tschechische Republik	−1,1	−1,2	−1,5	0,1	0,3	−0,2	−0,0	−2,1	−0,9
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,9	8,0	5,7	7,9	4,8	5,3
Kroatien	1,6	2,0	4,6	2,5	4,1	2,9	2,9	−4,0	−1,5
Ungarn	3,5	1,2	2,3	4,7	2,3	−0,3	−0,8	−0,1	−0,6
Polen	−0,5	−1,4	0,2	−0,0	0,2	−0,4	0,5	0,2	0,1
Rumänien	−1,0	−0,5	−1,1	−2,0	−3,4	−4,4	−4,7	−5,5	−4,7
Schweden	4,6	3,9	3,4	3,1	3,3	2,4	3,9	2,2	4,0
EU	1,3	1,7	1,8	2,0	2,5	2,2	2,9	2,7	2,9
Türkei	−6,6	−4,6	−3,6	−3,8	−5,5	−3,6	1,1	0,4	−0,2
Vereinigtes Königreich	−4,8	−4,7	−4,9	−5,2	−3,5	−4,3	−3,8	−4,4	−4,5
USA	−2,1	−2,1	−2,2	−2,3	−2,3	−2,4	−2,3	−2,6	−2,8
Japan	0,9	0,8	3,1	4,0	4,3	3,5	3,6	1,7	1,9
Schweiz	11,6	8,8	11,2	9,0	6,2	10,1	12,2	7,2	8,8
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	2,0	6,9	3,8	0,7	0,6
Brasilien	−3,2	−4,1	−3,0	−1,3	−0,4	−0,8	−2,7	−1,8	−2,3
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,6	0,4	1,0	0,5	1,0
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−1,1	−0,6	−1,4

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *IWF-Prognose April 2020. Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden nur bedingt mit den realisierten Werten der EK vergleichbar.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden					Staatsschulden				
			Prognose[1]					Prognose[1]		
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021
	in % des BIP									
Belgien	−0,7	−0,7	−1,7	−8,9	−6,0	101,8	102,0	101,0	99,8	98,8
Deutschland	1,2	1,9	1,4	−5,5	−1,2	65,3	61,7	58,6	55,7	53,1
Estland	−0,8	−0,5	−0,4	−8,3	−3,0	9,3	8,3	8,2	7,9	7,6
Irland	−0,3	0,0	0,3	−5,2	−0,8	67,8	63,7	60,9	57,7	56,2
Griechenland	0,7	1,0	0,4	−9,0	−7,9	176,2	184,9	176,6	171,4	167,1
Spanien	−3,0	−2,5	−2,6	−9,5	−6,7	98,6	97,1	96,4	95,2	94,0
Frankreich	−2,8	−2,5	−3,0	−9,2	−6,2	98,4	98,4	99,3	99,2	99,0
Italien	−2,4	−2,1	−1,6	−8,3	−3,5	134,1	132,2	133,2	133,7	133,9
Zypern	1,7	−4,8	2,7	−1,8	1,9	93,9	102,5	96,1	89,4	85,0
Lettland	−0,5	−0,7	−0,4	−5,2	−3,7	38,6	35,9	36,3	34,9	35,0
Litauen	0,5	0,7	0,2	−7,6	−2,5	39,3	34,2	31,8	29,9	28,3
Luxemburg	1,4	2,4	2,7	−2,8	0,2	22,4	21,4	21,3	21,1	21,0
Malta	3,4	2,0	1,3	−7,2	−0,4	50,3	45,2	42,3	39,1	35,7
Niederlande	1,3	1,5	1,7	−6,2	−2,1	56,9	52,4	49,2	47,3	45,5
Österreich	−0,7	0,1	0,4	−7,1	−1,6	78,3	73,8	70,7	67,7	65,1
Portugal	−3,0	−0,4	0,2	−7,1	−1,9	126,0	120,1	117,6	114,8	109,3
Slowenien	0,0	1,1	0,5	−6,6	−2,1	74,1	70,4	67,1	64,5	62,2
Slowakische Republik	−1,0	−0,7	−1,3	−5,9	−2,8	51,3	48,9	48,4	47,8	47,2
Finnland	−0,7	−0,7	−1,4	−6,7	−3,8	60,9	59,3	58,9	59,1	59,9
Euroraum	−0,9	−0,5	−0,7	−7,5	−3,6	89,8	85,4	83,9	82,3	80,8
Bulgarien	1,1	0,1	−1,0	−2,9	−1,4	25,3	20,4	19,2	18,0	16,9
Tschechische Republik	1,6	0,9	0,3	−4,7	−1,7	34,7	32,6	31,6	30,5	29,7
Dänemark	1,7	0,5	2,5	−7,0	−0,3	35,5	34,3	33,0	31,8	33,8
Kroatien	0,8	0,2	−0,0	−6,5	−2,6	78,0	74,6	71,1	68,3	65,5
Ungarn	−2,4	−2,2	−2,0	−3,0	−1,6	72,9	70,8	67,5	65,1	62,9
Polen	−1,5	−0,4	−0,7	−6,7	−3,5	50,6	48,9	47,8	47,3	47,1
Rumänien	−2,6	−2,8	−4,6	−8,9	−7,0	35,1	36,7	37,4	38,6	39,8
Schweden	1,4	0,9	0,4	−5,3	−1,6	40,7	38,5	36,9	35,4	33,8
EU	−1,0	−0,6	−0,6	−7,2	−3,4	83,6	81,9	80,4	78,9	77,6
Türkei	−2,8	−3,1	−5,3	−7,5	−6,7	28,2	30,2	30,1	30,8	31,7
Vereinigtes Königreich	−2,4	−1,4	−2,1	−8,3	−5,5	86,3	86,8	85,6	84,8	84,6
USA	−4,3	−5,7	−5,8	−15,4	−8,6	106,0	104,3	106,2	108,0	110,0
Japan	−3,0	−3,2	−2,8	−7,1	−2,1	235,0	237,1	237,7	237,6	238,4
Schweiz	1,2	1,3	0,9	−5,1	−1,9	33,5	40,5	38,6	37,3	36,0
Russland	−1,5	2,9	1,9	−4,8	−3,0	15,6	14,6	16,5	17,7	18,3
Brasilien	−7,9	−7,2	−6,0	−9,3	−6,1	91,6	87,9	91,6	93,9	94,5
China	−3,9	−4,8	−6,4	−11,2	−9,6	55,6	50,6	55,6	60,9	65,4
Indien	−7,0	−6,4	−7,4	−7,4	−7,3	69,0	68,1	69,0	68,5	67,7

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
[1] *IWF-Prognose April 2020.*

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB		WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	März 2020	Dez. 2019	März 2020	Dez. 2019	März 2020	Dez. 2019	November 2019		April 2020		Nov.19 / Feb. 20	
	Szenario	Prognose	Szenario	Prognose	Szenario	Prognose	Prognose		Prognose		Prognose	
	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2021	2020	2021	2020	2021
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real[3]	−3,2	1,1	−2,5	1,2	−2,0	1,3	1,3	1,3	−7,0	4,5	1,3	1,3
Privater Konsum, real	×	1,3	−1,4	1,6	×	1,4	1,6	1,6	×	×	1,5	1,3
Öffentlicher Konsum, real	×	1,1	×	0,9	×	1,0	0,2	0,9	×	×	1,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	×	1,0	×	1,6	×	0,7	1,7	1,5	×	×	1,2	1,1
Exporte, real	×	1,7	×	2,3	×	1,6	1,4	1,3	×	×	2,3	2,3
Importe, real	×	1,8	×	2,4	×	1,4	2,0	1,5	×	×	2,3	2,0
Arbeitsproduktivität[1]	×	0,4	×	0,2	×	0,5	0,6	0,5	×	×	0,7	0,8
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP Deflator	×	1,6	×	1,8	×	1,6	1,4	1,4	×	×	1,7	1,7
VPI	×	x	1,3	1,5	1,3	1,5	×	×	×	×	×	×
HVPI[3]	×	1,4	×	1,5	×	1,5	1,5	1,4	0,4	1,7	1,6	1,5
Lohnstückkosten	×	1,7	×	2,0	×	1,7	×	×	×	×	1,3	1,1
	Veränderung zum Vorjahr in %											
Beschäftigte	×	0,9	−1,1	1,1	−1,1	0,8	0,8	0,8	×	×	0,7	0,6
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition ausgenommen WIFO und IHS											
Arbeitslosenquote[4]	×	4,7	8,4	7,4	8,4	7,5	4,5	4,6	5,5	5,0	4,6	4,6
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	×	2,3	×	1,8	×	x	0,7	0,6	1,9	2,0	2,1	2,2
Finanzierungssaldo des Staates	−5,4	0,2	−5,5	0,3	−5,0	0,2	0,4	0,3	−7,1	−1,6	0,2	0,4
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel[3]	33,8	59,6	×	60,0	46,0	62,0	60,0	60,0	35,6	37,9	60,4	56,9
Kurzfristiger Zinssatz in %[3]	×	−0,4	×	−0,5	×	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4
USD/EUR-Wechselkurs[3]	×	1,10	×	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,12	1,13	1,11	1,11
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real Euroraum[3]	×	1,1	×	1,3	−2,0	1,2	1,1	1,2	−7,5	4,7	1,2	1,2
BIP, real USA	×	2,0	×	1,8	0,0	1,8	2,0	2,0	−5,9	4,7	1,8	1,6
BIP, real Welt	×	2,9	×	x	1,6	3,0	2,9	3,0	−3,0	5,8	3,0	3,1
Welthandel[2]	×	1,4	×	x	−2,5	1,2	1,6	2,3	−11,0	8,4	2,3	2,6

[1] OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.
[2] IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte. - [3] EU-Kommission: Interimsprognose vom Februar 2020. - [4] Wifo und IHS Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

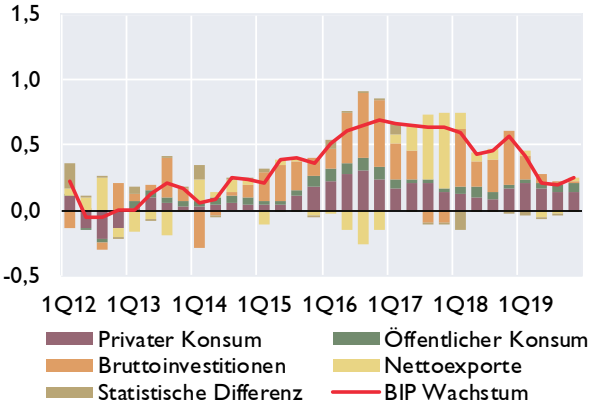
	2018	2019	2019 Q1	2019 Q2	2019 Q3	2019 Q4	2020 Q1	2019 Dez.	2020 Jän.	2020 Feb.	2020 März
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,1	1,5	1,6	1,7	1,3	1,4	2,0	1,8	2,2	2,2	1,6
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5	1,8	2,1	2,1	2,1	2,3	2,0
Nationaler VPI	2,0	1,5	1,7	1,7	1,4	1,3	1,9	1,7	2,0	2,2	1,6
Deflator des privaten Konsums	2,1	1,6	1,9	1,7	1,5	1,5	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,7	1,7	1,8	1,7	1,7	1,7	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	2,4	0,1	1,5	0,6	−0,7	−1,0	..	−0,4	−0,3	−0,8	..
Großhandelspreisindex	4,2	0,0	2,0	0,9	−1,0	−1,6	−1,8	−0,4	0,7	−1,2	−4,7
Tariflohnindex	2,8	3,0	3,0	3,0	3,0	3,1	2,6	3,1	2,7	2,4	2,5
BIP je Erwerbstätigen	2,3	2,1	2,1	2,3	2,3	1,7	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,2	2,4	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	1,0	..	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	2,3	1,5	0,4	0,2	0,2	0,3	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,1	1,2	0,4	0,3	0,3	0,3	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	0,8	0,9	0,2	0,2	0,3	0,4	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	2,8	0,9	0,2	0,1	0,4	..	×	×	×	×
Exporte	5,9	2,6	0,7	0,3	0,3	0,2	..	×	×	×	×
Importe	4,5	2,8	0,7	0,5	0,3	0,1	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	2,4	1,6	1,9	1,8	1,7	1,0	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,1	1,2	1,1	1,2	1,4	0,9	..	×	×	×	×
Nettoexporte	0,9	0,1	−0,2	0,3	−0,3	0,5	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,4	0,3	0,9	0,3	0,5	−0,4	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	5,7	2,5	4,7	2,2	2,3	−2,7	..	2,3	..	..	..
Importe	5,8	1,2	5,6	1,1	2,9	−3,9	..	−2,4	..	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	13,9	14,2	6,4	0,8	2,3	4,6	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	9,4	10,2	5,7	0,8	1,5	2,2	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	9,0	10,5	4,9	−0,8	1,4	4,9	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,3	2,6	5,1	−0,8	1,4	4,8	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	114,0	102,8	105,5	103,5	102,6	102,6	100,0	99,7	101,8	103,2	95,0
Industrievertrauen (%-Saldo)	8,6	−5,3	−2,4	−4,4	−5,4	−9,1	−8,8	−8,7	−9,5	−5,7	−11,1
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	4,8	0,5	5,6	0,4	0,0	−3,8	..	−4,7	0,7	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	88,7	86,6	87,0	87,2	86,7	85,3	84,8	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	13,2	11,7	12,5	12,4	11,3	10,7	13,4	11,0	12,9	14,8	12,6
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	26,7	16,4	20,3	16,9	15,7	12,7	13,1	12,0	17,1	16,0	6,1
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	0,9	−2,7	−1,6	−2,3	−3,2	−3,2	−4,4	−3,6	−2,8	−3,0	−7,5
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−10,0	−11,5	−9,8	−13,1	−10,8	−12,1	−18,1	−13,6	−14,5	−14,8	−25,1
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,1	1,2	−1,7	1,4	2,7	1,1	..	0,4	0,7	6,1	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	2,4	1,5	2,0	1,7	1,2	1,1	−1,0	1,2	1,1	0,7	−5,0
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−8,2	−3,5	−4,7	−3,4	−3,2	−2,3	17,5	−1,6	−3,4	−2,7	65,7
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,7	7,4	8,3	6,9	6,6	7,6	9,7	8,5	8,6	8,1	12,3
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,9	4,5	4,7	4,6	..	..	..	4,2	4,3	4,4	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	8,0	4,9	6,3	6,8	6,1	5,2	..	4,9	5,5	5,9	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	5,2	5,3	5,4	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	5,2	2,8	3,8	3,5	3,8	2,8	..	2,8	3,0	2,6	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,3	−0,4	−0,3	−0,3	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,7	0,1	0,4	0,2	−0,3	−0,1	−0,1	−0,0	−0,1	−0,3	−0,1
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 330	3 032	2 985	3 055	2 964	3 128	2 800	3 162	3 167	3 099	2 160
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−0,1	0,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	0,2	0,7	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	74,0	70,4	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

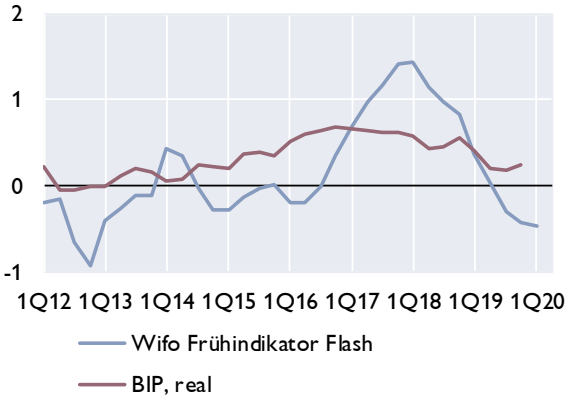
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



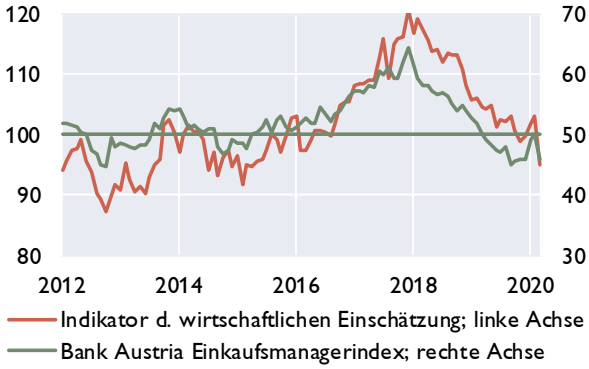
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



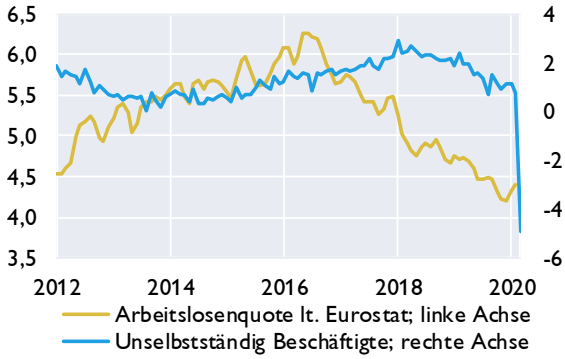
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2017	2018	2019	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19	4Q19
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	5,7	9,0	10,5	1,8	4,9	−0,8	1,4	4,9
Güter	1,5	3,6	3,8	−0,1	0,6	0,7	0,9	1,6
Dienstleistungen	10,3	10,3	10,4	2,3	5,8	0,1	1,4	3,1
Primäreinkommen	−3,3	−1,1	−0,2	0,6	−0,1	−1,0	0,0	0,9
Sekundäreinkommen	−2,7	−3,9	−3,5	−1,0	−1,3	−0,7	−0,9	−0,6
Vermögensübertragungen	−0,3	−0,2	−0,1	−0,1	−0,1	0,0	−0,1	0,1
Kapitalbilanz	8,1	10,3	11,8	0,4	1,8	3,6	4,7	1,7
Direktinvestitionen	−3,0	2,7	5,7	2,5	−0,9	4,1	2,6	−0,1
Portfolioinvestitionen	19,4	3,5	−7,3	0,5	−1,2	−2,6	−1,6	−1,8
Finanzderivate	−0,9	−0,8	1,4	0,1	0,0	0,1	0,4	0,9
Sonstige Investiitionen	−4,3	2,7	12,2	−2,6	3,9	1,8	3,0	3,4
Währungsreserven[3]	−3,1	2,1	−0,2	−0,1	0,0	0,2	0,3	−0,7
Statistische Differenz	2,6	1,6	1,4	−1,3	−3,1	4,5	3,4	−3,3
Leistungsbilanz in % des BIP	1,6	2,3	2,6	1,8	5,1	−0,8	1,4	4,8

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2016 endgültige Daten, 2017 und 2018 revidierte Daten, 2019 provisorische Daten.*

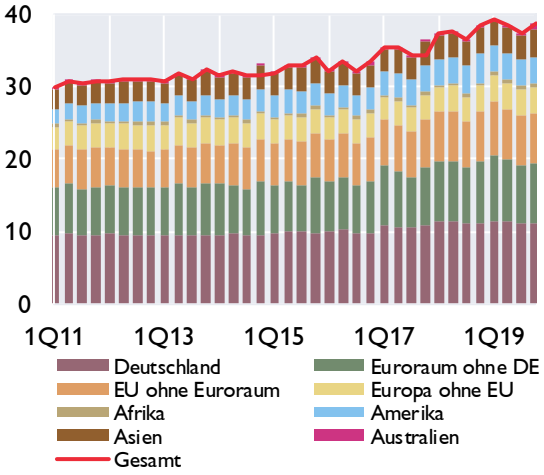
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2017	141 940	147 542	−5602,5	8,2	8,8
2018	150 071	156 056	−5985,1	5,7	5,8
2019	153 788	157 973	−4184,8	2,5	1,2
Jän.-Dez. 18	150 071	156 056	−5985,1	5,7	5,8
Jän.-Dez. 19	153 788	157 973	−4184,8	2,5	1,2
Juli 19	13 509	14 386	−876,4	5,8	9,9
Aug. 19	10 961	11 499	−537,5	−2,8	−4,5
Sep. 19	12 925	13 134	−209,1	3,2	2,9
Okt. 19	14 762	14 398	363,7	4,5	−2,4
Nov. 19	12 887	13 104	−216,3	−4,2	−8,0
Dez. 19	11 078	11 335	−257,8	2,3	−2,4

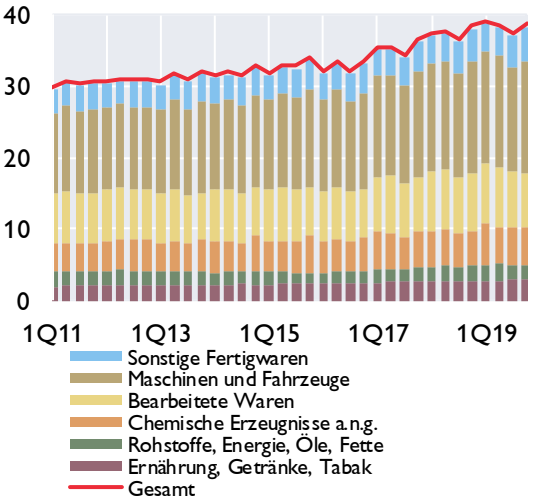
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

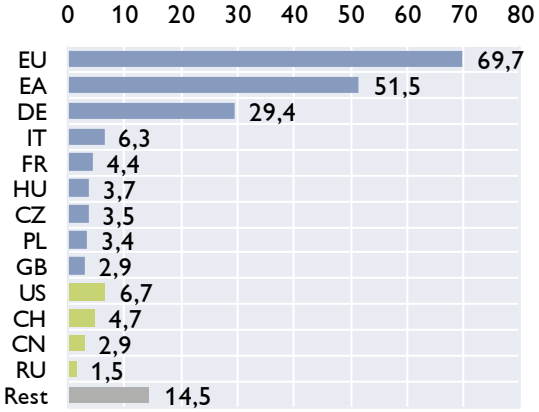
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2019

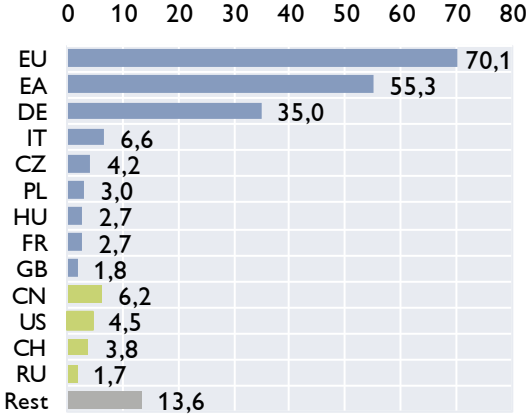
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



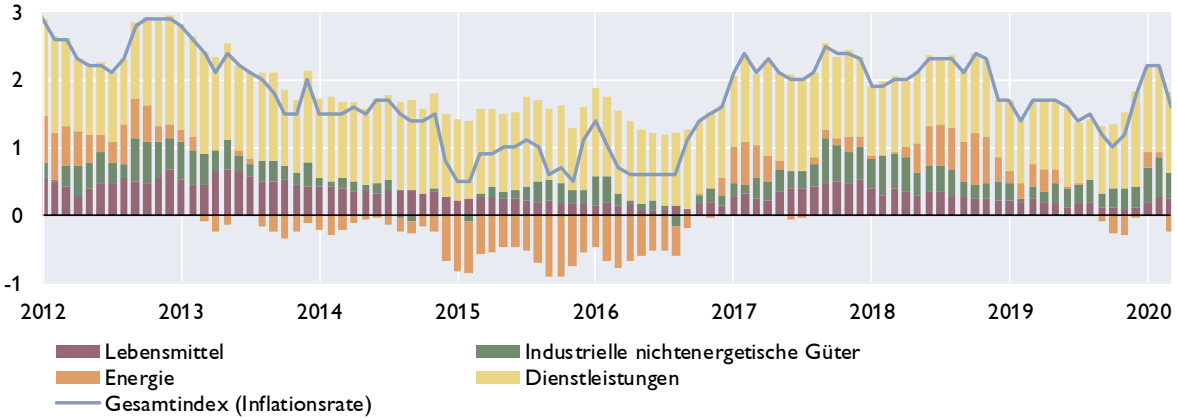
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2020	2018	2019	Nov.19	Dez.19	Jän.20	Feb.20	Mär.20
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,1	1,5	1,2	1,8	2,2	2,2	1,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,2	1,5	1,1	0,5	0,9	1,2	1,9	1,9
Alkoholische Getränke und Tabak	3,5	3,9	1,0	0,9	0,5	1,5	1,7	0,8
Bekleidung und Schuhe	6,9	0,6	0,8	0,6	0,9	2,1	1,5	0,3
Wohnung, Wasser, Energie	14,1	2,5	2,7	1,6	2,2	2,9	2,6	2,2
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,1	2,3	1,4	1,5	1,7	1,4	1,8	2,1
Gesundheitspflege	5,3	2,2	1,2	1,0	1,1	1,5	1,9	1,8
Verkehr	14,1	2,9	0,2	−0,5	1,5	2,9	1,9	−0,2
Nachrichtenübermittlung	2,1	−2,3	−2,7	−3,4	−4,0	−4,4	−4,2	−4,3
Freizeit und Kultur	10,8	1,2	1,3	2,0	2,6	2,0	2,6	1,7
Bildungswesen	1,1	2,9	2,6	2,3	2,2	2,1	2,1	2,1
Hotels, Cafes und Restaurants	16,0	3,0	2,8	2,9	3,5	3,2	3,3	3,3
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,6	2,0	1,8	1,7	2,2	2,0	2,0	1,8

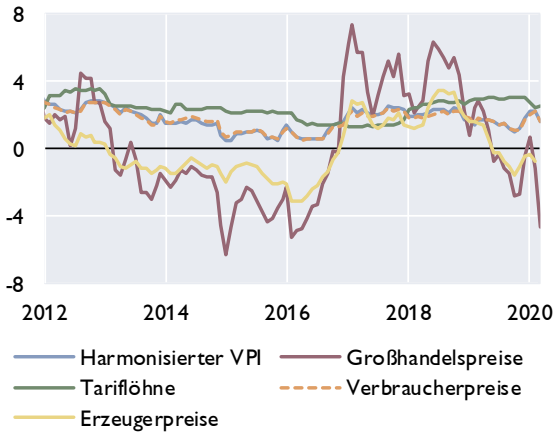
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2016	2017	2018	2019
Arbeitsproduktivität[1]	0,6	0,8	0,6	0,3
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,3	1,6	2,7	2,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	1,3	1,0	1,7	−1,0
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	1,7	0,8	2,2	2,4
Sachgütererzeugung	−1,3	−2,1	1,0	..

[1]In der Gesamtwirtschaft.
[2]Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2017	2018	2019	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19	4Q19
Gesamt	**144 500**	**149 819**	**152 709**	**24 688**	**47 999**	**28 352**	**50 377**	**25 981**
Inländer	38 523	39 390	39 944	7 439	9 447	9 169	13 705	7 624
Ausländer	105 977	110 430	112 765	17 249	38 552	19 184	36 672	18 357
darunter								
Deutschland	53 576	56 285	56 683	8 366	18 450	9 907	19 363	8 961
Osteuropa	11 640	12 499	13 216	2 277	5 508	2 079	3 190	2 439
Niederlande	9 765	10 036	10 355	1 077	5 133	885	3 129	1 209
Schweiz	5 063	4 975	4 931	980	1 490	917	1 562	962
Vereinigtes Königreich	3 740	3 802	3 679	612	1 605	670	805	600
Italien	2 897	2 863	2 886	596	481	498	1 336	571
Belgien	2 783	2 826	2 897	284	1 155	475	976	290
Frankreich	1 804	1 797	1 809	267	486	349	699	275
Dänemark	1 576	1 559	1 649	136	991	105	397	155
USA	1 783	1 926	2 050	436	326	558	707	459
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**2,6**	**3,7**	**1,9**	**6,4**	**−2,4**	**6,7**	**1,9**	**5,2**
Inländer	1,4	2,2	1,4	2,7	−0,8	3,0	1,3	2,5
Ausländer	3,1	4,2	2,1	8,1	−2,7	8,6	2,2	6,4

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2017	2018	2019	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19	4Q19
Deutschland	8 435	9 007	9 224	1 737	3 177	1 518	2 670	1 859
Niederlande	1 224	1 262	1 349	167	755	99	311	184
Schweiz	1 225	1 402	1 432	289	513	228	394	297
Italien	750	779	850	187	185	172	313	181
CESEE[1]	2 740	3 000	3 217	683	1 152	581	729	755
Restl. Europa	2 215	2 394	2 506	391	1 161	362	572	410
Rest der Welt	1 523	1 715	1 915	371	412	450	634	419
Gesamt	**18 112**	**19 559**	**20 493**	**3 825**	**7 355**	**3 410**	**5 623**	**4 105**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2017	2018	2019	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19	4Q19
Deutschland	2 221	2 271	2 310	467	464	628	691	526
Italien	1 414	1 537	1 458	227	152	452	655	198
Kroatien	826	944	979	42	39	212	655	73
Europäische Mittelmeerländer[2]	1 084	1 088	1 214	183	105	303	603	203
Restl. Europa	2 533	2 868	2 963	569	496	767	1 086	615
Rest der Welt	1 376	1 435	1 374	375	394	266	396	319
Gesamt	**9 454**	**10 143**	**10 298**	**1 863**	**1 650**	**2 628**	**4 086**	**1 934**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

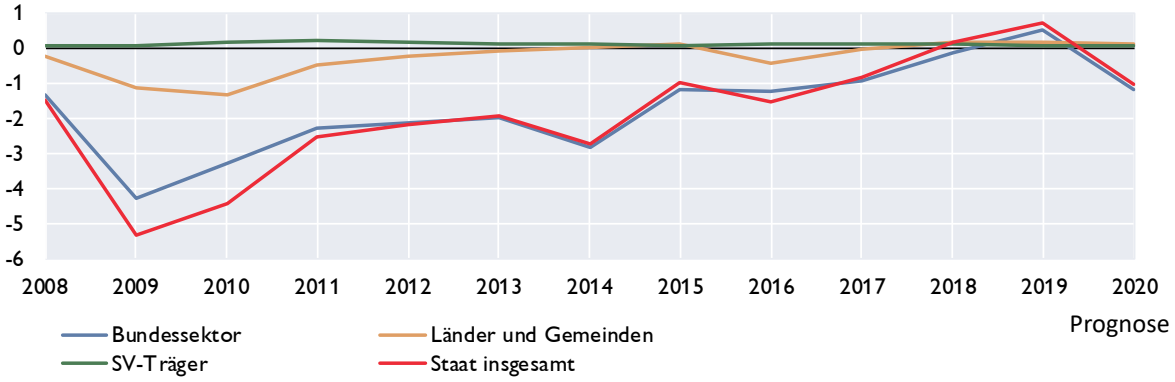
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2016	−4,4	−1,5	0,4	−5,5	−1,2	−0,4	0,1	−1,5
2017	−3,4	−0,1	0,5	−3,0	−0,9	−0,0	0,1	−0,8
2018	−0,5	0,7	0,5	0,7	−0,1	0,2	0,1	0,2
2019	2,0	0,7	0,2	2,9	0,5	0,2	0,1	0,7
2020	−4,7	0,5	0,2	−4,1	−1,2	0,1	0,0	−1,0

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

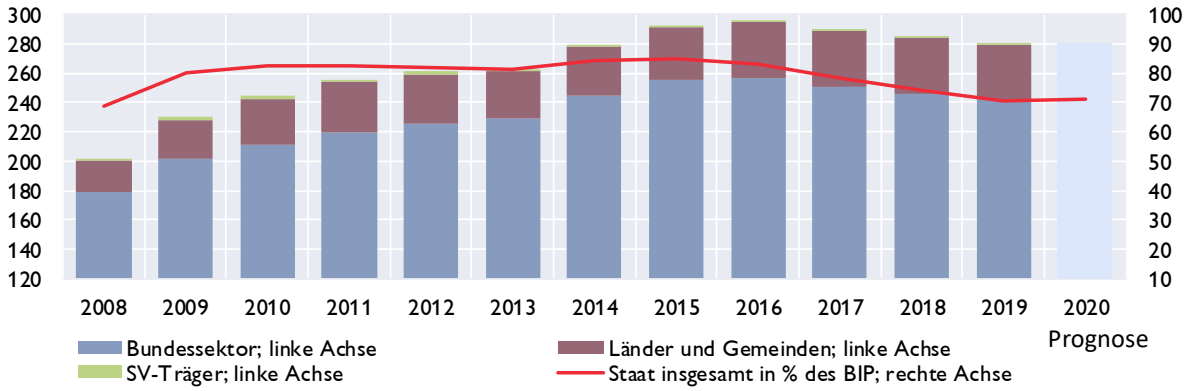


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2016	257,3	37,9	1,1	296,3	72,0	10,6	0,3	82,9
2017	251,2	37,7	0,9	289,9	67,8	10,2	0,2	78,3
2018	246,2	37,8	1,3	285,3	63,8	9,8	0,3	74,0
2019	241,8	37,6	1,0	280,4	60,7	9,4	0,3	70,4
2020	.	.	.	280,7	.	.	.	71,3

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



2020: BMF-Prognose (budgetäre Notifikation).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

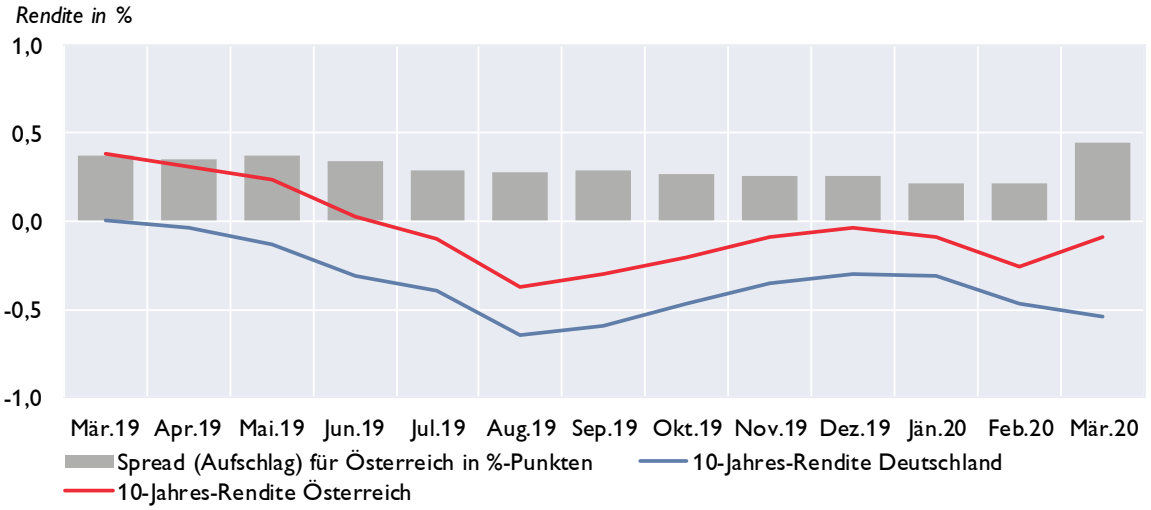
Finanzierungshaushalt[1] Allgemeine Gebarung	Jänner bis Februar 2019	Jänner bis Februar 2020	Vorl. Erfolg 2019	BVA 2020	Veränderung 2020/2019
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	12 694	11 766	78 870	79 174	0,4
Einzahlungen	13 557	14 590	80 356	79 689	–0,8
Nettofinanzierungsbedarf[2]	863	2 825	1 486	515	–65,4

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Februar 2019	Jänner bis Februar 2020	Vorl. Erfolg 2019	BVA 2020	Veränderung 2020/2019
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	7 666	8 336	46 090	44 562	–3,3
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*1 039*	*1 351*	*4 925*	*4 200*	*–14,7*
Körperschaftsteuer	*1 768*	*1 814*	*9 385*	*9 000*	*–4,1*
Lohnsteuer	*4 506*	*4 757*	*28 481*	*27 900*	*–2,0*
Kapitalertragsteuern	*309*	*355*	*2 990*	*3 150*	*5,4*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	6 916	7 463	44 147	44 307	0,4
davon: Umsatzsteuer	*5 136*	*5 580*	*30 046*	*30 300*	*0,8*
Öffentliche Abgaben brutto	15 080	16 375	90 893	89 510	–1,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	6 006	6 260	32 729	31 888	–2,6
Überweisungen an die Europäische Union	732	884	3 149	3 100	–1,6
Öffentliche Abgaben netto[3]	8 342	9 231	55 015	54 522	–0,9

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*
[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*
[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



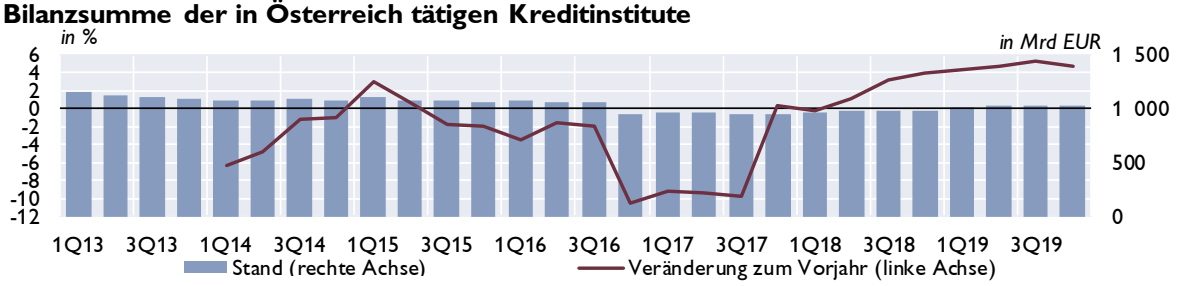
Quelle: BMF, EZB.

Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

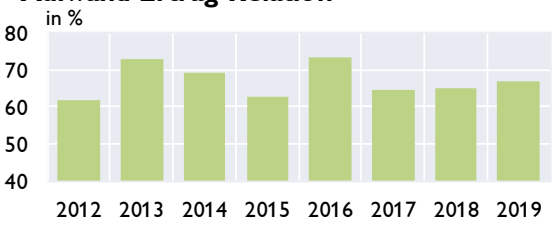
Vermögenslage	4. Quartal 2019	4. Quartal 2018	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	in Mio EUR			in %
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	75 246	75 051	195	0,3
Darlehen und Kredite	743 862	703 613	40 249	5,7
Schuldverschreibungen	130 068	131 620	−1 552	−1,2
Eigenkapitalinstrumente	6 789	5 908	881	14,9
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	21 006	19 389	1 617	8,3
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21 639	20 894	745	3,6
Materielle Vermögenswerte	12 292	10 334	1 958	18,9
Immaterielle Vermögenswerte	2 957	2 939	18	0,6
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	18 423	16 233	2 190	13,5
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 032 283	985 981	46 302	4,7
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	20 906	24 993	−4 087	−16,4
Einlagen von Kreditinstituten	101 249	103 179	−1 930	−1,9
Einlagen von Nichtbanken	615 430	583 670	31 760	5,4
Begebene Schuldverschreibungen	150 394	141 375	9 019	6,4
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	14 364	12 471	1 893	15,2
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	729	781	−52	−6,7
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[2)]	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[2)]	554	1 049	−495	−47,2
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	23 437	19 552	3 885	19,9
Rückstellungen	13 072	12 488	584	4,7
Eigenkapital und Minderheitenanteile	92 148	86 423	5 725	6,6
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis [2)]*	*−7 040*	*−6 811*	*−229*	*−3,4*
**hievon: Minderheitenanteile*	*6 312*	*6 402*	*−90*	*−1,4*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 032 283	985 981	46 302	4,7

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

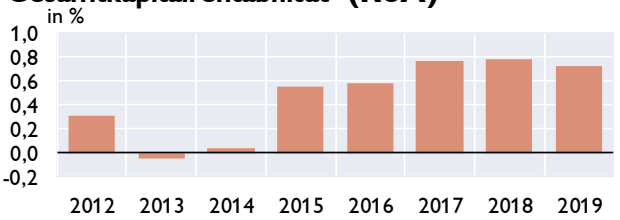
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.*

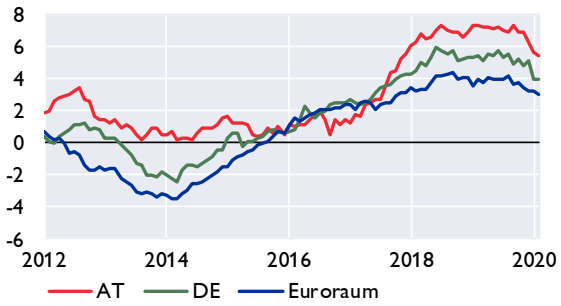
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2017	156,4	5 604	3,1	2,9	143,8	4 314	5,5	3,2
2018	161,9	5 747	3,5	3,2	153,0	4 395	6,9	4,1
2019	168,8	5 938	4,2	3,6	162,9	4 463	6,3	3,2
Mai.19	163,4	5 798	3,6	3,4	158,1	4 472	7,1	4,0
Jun.19	164,6	5 831	4,4	3,3	159,0	4 472	7,2	3,9
Jul.19	165,4	5 850	4,3	3,4	159,8	4 498	7,0	4,0
Aug.19	165,9	5 865	4,3	3,4	160,4	4 494	6,9	4,2
Sep.19	167,3	5 882	4,3	3,4	161,8	4 479	7,3	3,6
Okt.19	167,2	5 900	4,3	3,5	162,2	4 497	6,9	3,8
Nov.19	167,7	5 923	4,2	3,5	163,8	4 501	6,9	3,4
Dez.19	168,8	5 938	4,2	3,6	162,9	4 463	6,3	3,2
Jän.20	168,9	5 954	4,3	3,7	163,4	4 480	5,7	3,2
Feb.20	169,0	5 967	4,3	3,8	163,9	4 483	5,4	3,0

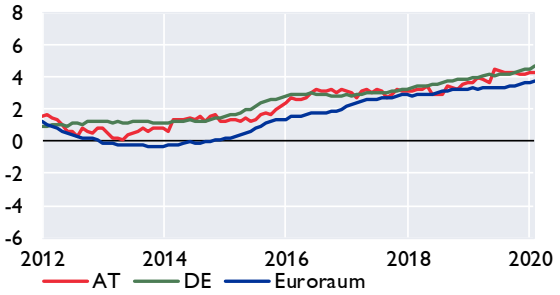
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



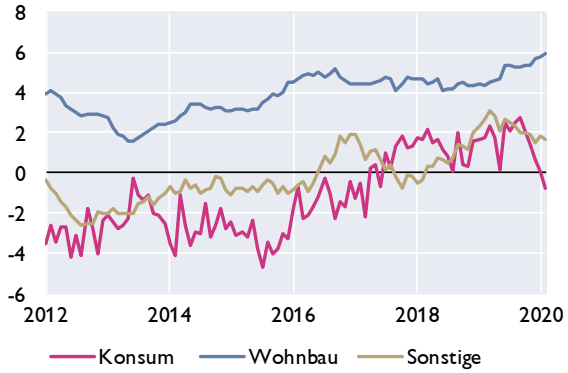
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



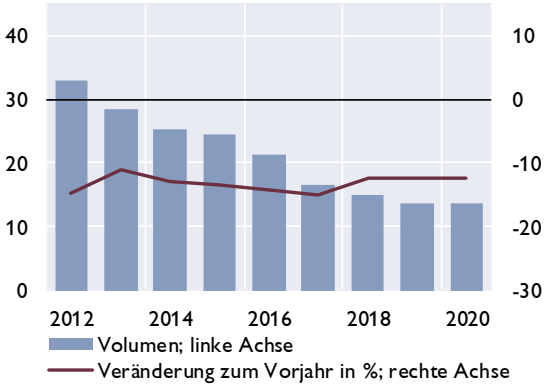
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR in %

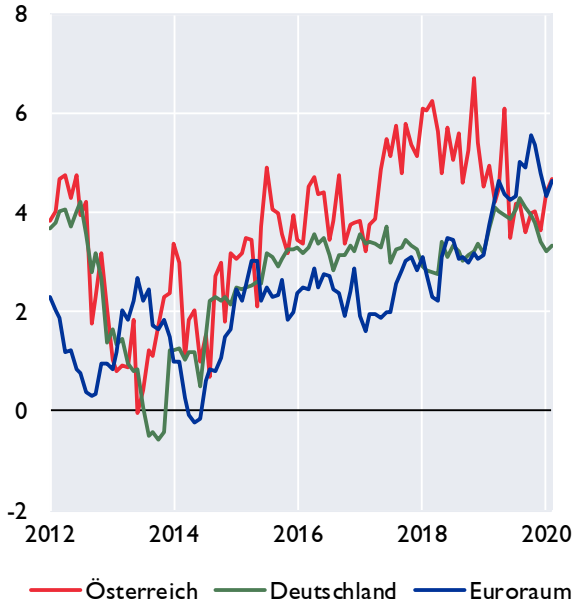


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

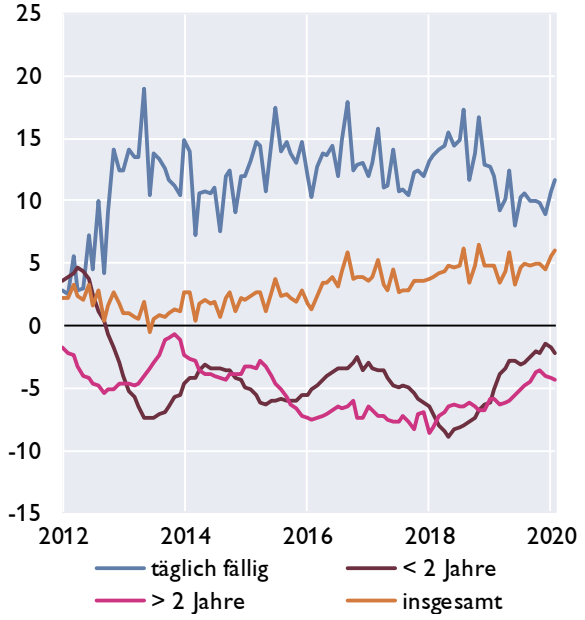
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



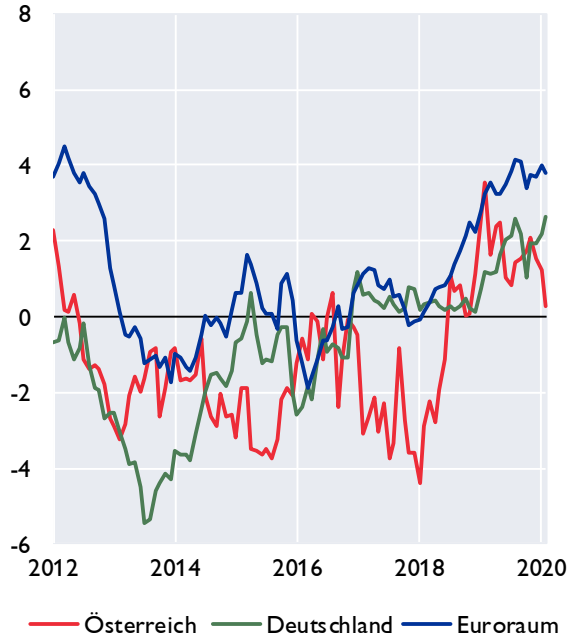
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



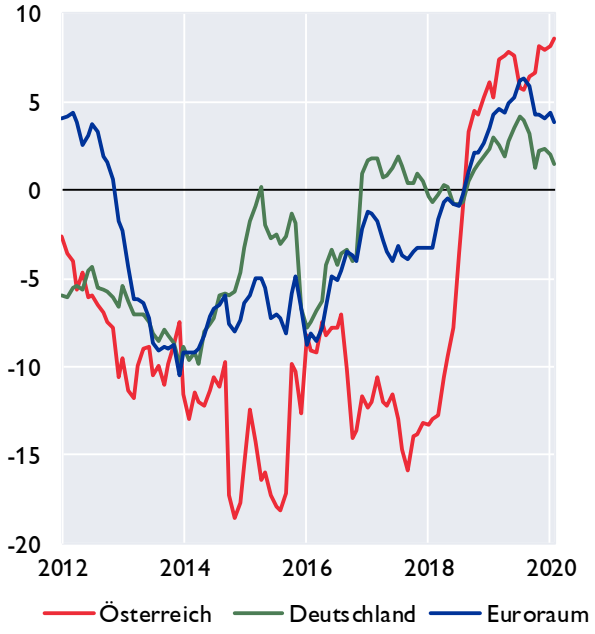
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

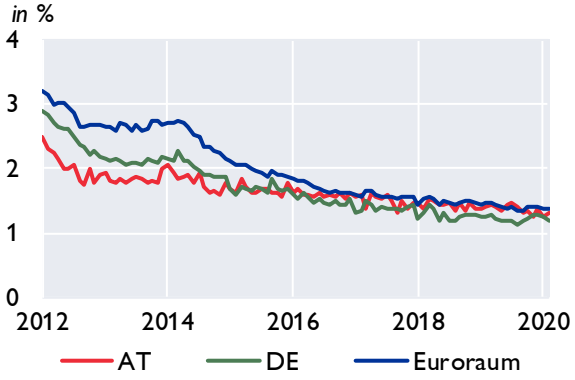


Quelle: OeNB, EZB

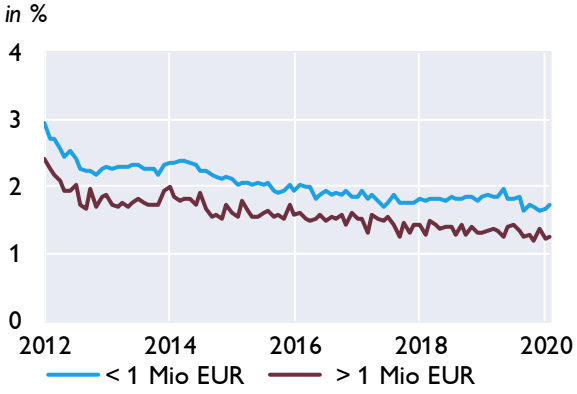
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

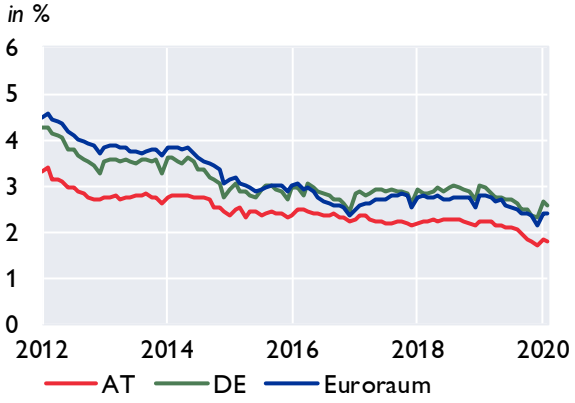


Nach Kredithöhe in Österreich

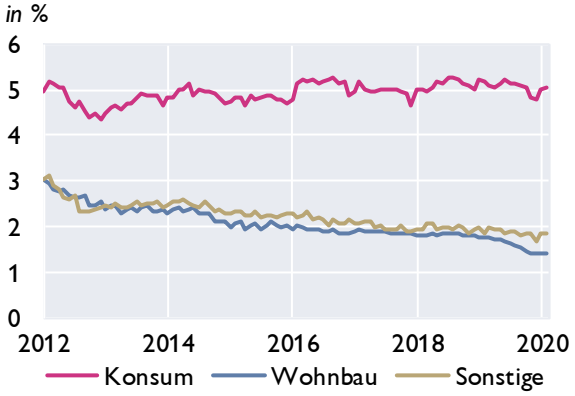


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

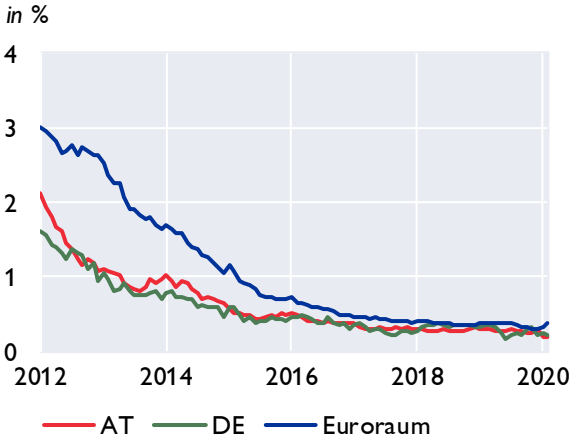


Nach Verwendungszweck in Österreich

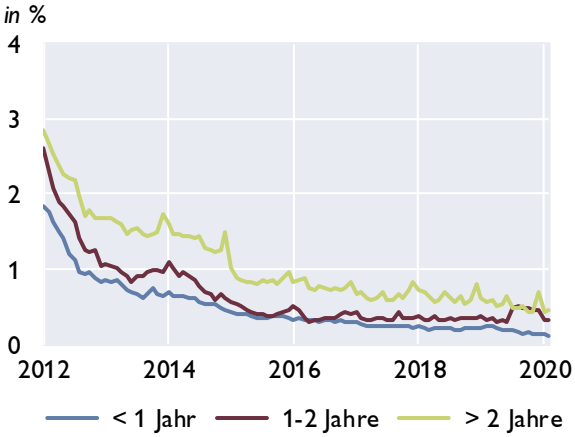


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Seite 33

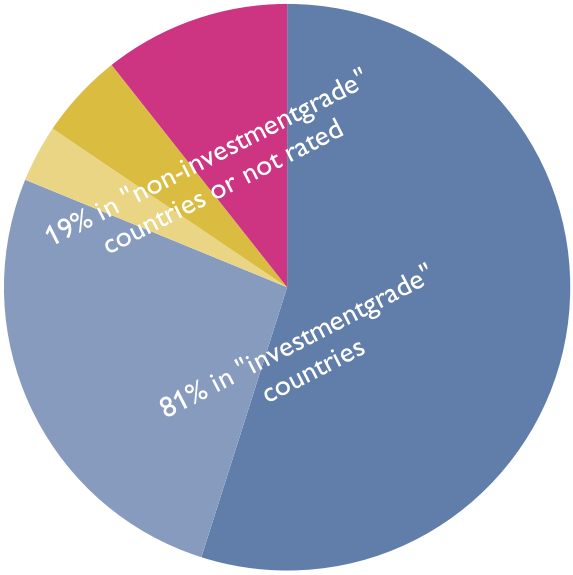
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Ertragslage	4. Quartal 2019 in Mio EUR	4. Quartal 2018	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	15 589	15 210	379	2,5
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*24 087*	*23 819*	*268*	*1,1*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*8 498*	*8 609*	*−111*	*−1,3*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)2)	0	0	-	-
Dividendenerträge	612	628	−16	−2,5
Provisionsergebnis, netto	7 226	7 097	129	1,8
**hievon: Provisionserträge*	*9 641*	*9 528*	*113*	*1,2*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*2 415*	*2 431*	*−16*	*−0,7*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	340	195	145	74,4
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken	0	1	−1	−100,0
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−292	−628	336	A
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto2)	296	−96	392	A
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	729	1 171	−442	−37,7
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	−28	14	−42	R
Sonstige betriebliche Erträge	3 358	3 112	246	7,9
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2 831	2 681	150	5,6
Betriebserträge, netto	**24 997**	**24 023**	**974**	**4,1**
(Verwaltungsaufwendungen)	14 413	14 232	181	1,3
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*8 740*	*8 602*	*138*	*1,6*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*5 673*	*5 631*	*42*	*0,7*
(Abschreibungen)	1 359	1 084	275	25,4
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	277	122	155	127,0
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	683	225	458	203,6
Betriebsergebnis	**8 264**	**8 361**	**−97**	**−1,2**
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	−14	18	−32	R
(Sonstige Rückstellungen)	271	60	211	351,7
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	718	353	365	103,4
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	−15	7	−22	R
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	27	38	−11	−28,9
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	1 276	1 064	212	19,9
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen2)	19	−131	150	A
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS2)	3	65	−62	−95,4
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**8 631**	**8 959**	**−328**	**−3,7**
(Ertragssteuern)	1 382	1 444	−62	−4,3
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**7 249**	**7 515**	**−266**	**−3,5**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	85	−9	94	A
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern2)	14	14	-	-
(Minderheitenanteile)	634	605	29	4,8
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**6 713**	**6 916**	**−203**	**−2,9**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	47 001	44 221	48 558	55 827	69 914	75 815	77 843
Slowakei	25 093	26 319	29 261	30 149	31 127	33 256	35 985
Rumänien	25 778	25 896	23 498	24 454	24 555	25 737	27 531
Kroatien	22 038	18 878	18 167	17 147	16 841	17 328	17 811
Ungarn	18 109	15 460	14 263	14 485	15 901	16 817	18 590
Polen	17 017	16 688	19 121	16 574	16 311	7 985	8 460
Republik Serbien	4 865	3 565	4 029	4 210	4 579	5 376	5 344
Slowenien	8 079	5 494	4 716	4 488	4 805	4 823	6 155
Bulgarien	3 626	3 456	3 368	3 476	3 759	4 173	4 624
Bosnien Herzgowina	4 124	3 438	3 238	3 277	3 337	3 620	3 800
Republik Montenegro	865	392	346	405	811	892	954
Türkei	929	1011	889	924	859	737	642
Mazedonien	350	306	292	330	345	396	1 107
Aserbeidschan	144	247	239	293	267	244	213
Litauen	161	144	131	124	164	171	253
Lettland	126	53	77	132	119	140	148
Estland	50	51	14	17	14	14	37
Andere	23 411	19 151	16 190	16 958	16 504	19 553	23 778
Gesamt	201 768	184 768	186 397	193 269	210 215	217 078	233 275

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 4. Quartal 2019	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	14 267	*14 267*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 142
Bargeld	1 611	8 078	*8 020*	*0*	*22*	*34*	*2*	24 267	0	4 908
Täglich fällige Einlagen	61 068	122 702	*104 544*	*5 320*	*9 471*	*2 576*	*791*	166 946	6 015	85 330
Sonstige Einlagen	17 491	175 279	*163 298*	*1 572*	*9 578*	*470*	*360*	98 925	1 243	50 478
Kurzfristige Kredite	28 627	70 770	*61 401*	*4*	*8 442*	*919*	*4*	2 755	0	30 381
Langfristige Kredite	110 379	441 034	*403 830*	*185*	*31 647*	*5 357*	*15*	164	12	82 430
Handelskredite	55 768	57	*1*	*0*	*56*	*0*	*0*	15	5	19 254
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	85	2 188	*1 765*	*400*	*23*	*0*	*0*	2 108	3	11 499
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5 276	317 133	*175 928*	*83 310*	*3 119*	*54 289*	*488*	26 386	1 223	317 434
Börsennotierte Aktien	26 979	55 616	*4 739*	*31 507*	*18 166*	*1 203*	*0*	27 318	876	54 605
Nicht börsennotierte Aktien	42 407	64 829	*24 521*	*234*	*31 867*	*7 957*	*250*	6 593	17	25 698
Investmentzertifikate	13 974	164 842	*16 284*	*64 761*	*23 863*	*36 405*	*23 529*	65 995	2 990	22 947
Sonstige Anteilsrechte	188 343	113 702	*28 794*	*1 992*	*78 330*	*4 586*	*0*	138 351	2 039	150 086
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	83 170	x	1 810
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 011	3 318	*0*	*0*	*0*	*3 318*	*0*	3 832	0	857
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	47 485	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	13 288	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	8 994	11 342	*4 612*	*4*	*5 307*	*1 095*	*324*	8 693	187	6 196
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	564 011	1 565 157	*1 012 002*	*189 290*	*219 891*	*118 210*	*25 763*	716 292	14 611	866 056
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	-1	*-1*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	9	902	*905*	*0*	*-23*	*17*	*2*	710	0	1 433
Täglich fällige Einlagen	3 866	-5 897	*-3 932*	*-1 334*	*381*	*-682*	*-330*	13 687	499	-1 228
Sonstige Einlagen	-867	11 954	*11 691*	*135*	*-47*	*54*	*122*	-2 548	-142	4 278
Kurzfristige Kredite	-954	-4 988	*-4 117*	*0*	*-788*	*-87*	*4*	333	0	8 847
Langfristige Kredite	2 544	30 638	*23 688*	*-1*	*6 884*	*66*	*0*	-28	0	-4 095
Handelskredite	4 229	-39	*0*	*0*	*-39*	*0*	*0*	1	1	-167
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-55	-626	*-591*	*-27*	*-8*	*0*	*0*	519	-10	1 986
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	160	199	*311*	*754*	*46*	*-971*	*58*	-1 440	-145	12 939
Börsennotierte Aktien	659	889	*-209*	*1 257*	*-123*	*-36*	*0*	836	10	-457
Nicht börsennotierte Aktien	2 160	4 007	*348*	*103*	*3 213*	*102*	*241*	122	-3	370
Investmentzertifikate	612	4 376	*-31*	*2 238*	*1 441*	*277*	*451*	2 574	59	1 574
Sonstige Anteilsrechte	6 198	3 913	*1 038*	*129*	*2 844*	*-98*	*0*	276	5	3 719
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-1 146	x	-115
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-3	262	*0*	*0*	*0*	*262*	*0*	-3	0	-31
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	525	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 173	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-2 475	-954	*-41*	*24*	*-998*	*63*	*-3*	47	4	-3 464
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	16 084	44 634	*29 060*	*3 278*	*12 784*	*-1 033*	*546*	15 635	278	25 589
Nettogeldvermögen	-304 696	6 047	*16 873*	*-5 942*	*-15 249*	*8 034*	*2 330*	519 246	11 399	-38 426
Finanzierungssaldo	-2 347	1 609	*-332*	*-1 705*	*2 408*	*868*	*370*	9 439	128	-11 795

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 4. Quartal 2019	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	2 142	*2 142*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	14 267
Bargeld	x	36 729	*36 729*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 219
Täglich fällige Einlagen	x	437 372	*437 372*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	24 549
Sonstige Einlagen	x	255 765	*255 765*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	96 596
Kurzfristige Kredite	42 731	22 746	*0*	*413*	*20 922*	*1 410*	*1*	9 228	422	56 991
Langfristige Kredite	278 967	30 214	*0*	*133*	*29 013*	*1 060*	*8*	185 257	2 572	131 535
Handelskredite	51 331	44	*0*	*0*	*44*	*0*	*0*	3	1	21 253
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	594	5 552	*5 552*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	1 961
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	38 056	168 836	*144 512*	*0*	*20 793*	*3 532*	*0*	x	x	192 223
Börsennotierte Aktien	89 611	36 919	*26 852*	*x*	*4 005*	*6 063*	*x*	x	x	56 836
Nicht börsennotierte Aktien	37 217	66 255	*51 202*	*546*	*8 716*	*5 611*	*180*	x	x	59 809
Investmentzertifikate	x	194 091	*0*	*194 091*	*0*	*0*	*x*	x	x	87 745
Sonstige Anteilsrechte	298 188	156 628	*20 622*	*48*	*135 858*	*99*	*0*	x	10	143 642
Lebensversicherungsansprüche	x	80 333	*x*	*x*	*0*	*80 333*	*x*	x	x	4 647
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	8 537	*x*	*x*	*0*	*8 537*	*x*	x	x	2 482
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 170	34 189	*8 304*	*x*	*0*	*2 641*	*23 245*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	13 288	*0*	*0*	*13 288*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	18 842	9 470	*6 077*	*0*	*2 501*	*891*	*0*	2 558	206	7 726
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	868 707	1 559 110	*995 129*	*195 232*	*235 139*	*110 176*	*23 433*	197 046	3 211	904 481
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-1
Bargeld	x	3 188	*3 188*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-138
Täglich fällige Einlagen	x	11 504	*11 504*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-1 342
Sonstige Einlagen	x	2 476	*2 476*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	10 829
Kurzfristige Kredite	-2 012	8 261	*0*	*316*	*8 920*	*-974*	*-1*	-614	-40	-2 550
Langfristige Kredite	15 991	-3 926	*0*	*-28*	*-4 281*	*382*	*1*	6 649	181	8 607
Handelskredite	3 936	-25	*0*	*0*	*-25*	*0*	*0*	2	0	43
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	73	512	*516*	*x*	*-4*	*0*	*0*	x	x	-238
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-152	13 520	*10 656*	*x*	*2 798*	*66*	*0*	x	x	2 890
Börsennotierte Aktien	463	-301	*-75*	*x*	*-226*	*0*	*0*	x	x	1 767
Nicht börsennotierte Aktien	196	67	*604*	*x*	*-591*	*-19*	*0*	x	x	6 343
Investmentzertifikate	x	4 649	*0*	*4 649*	*0*	*0*	*0*	x	x	4 983
Sonstige Anteilsrechte	1 208	4 986	*1 261*	*2*	*3 721*	*1*	*0*	x	0	7 878
Lebensversicherungsansprüche	x	-1 489	*0*	*x*	*0*	*-1 489*	*0*	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-1	*0*	*x*	*0*	*-1*	*0*	x	x	226
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	49	475	*169*	*x*	*0*	*130*	*176*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 173	*0*	*0*	*1 173*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1 322	-2 043	*-908*	*-30*	*-1 109*	*4*	*0*	159	9	-2 139
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	18 431	43 025	*29 392*	*4 982*	*10 375*	*-1 901*	*176*	6 195	149	37 384
Nettogeldvermögen	-304 696	6 047	*16 873*	*-5 942*	*-15 249*	*8 034*	*2 330*	519 246	11 399	-38 426
Finanzierungssaldo	-2 347	1 609	*-332*	*-1 705*	*2 408*	*868*	*370*	9 439	128	-11 795

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*